



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

GZ-Interview mit Dr. Uwe Brandl:

Krise als Chance für eine neue Denkstruktur

Die Corona-Krise bestimmt das Jahr 2020. Welche Lehren sich daraus bereits jetzt für die bayerischen Gemeinden ziehen lassen und mit welchen Herausforderungen sie künftig konfrontiert sind, darüber sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags und Bürgermeister von Abensberg, Dr. Uwe Brandl.

GZ: Corona ohne Ende oder „Never waste a good crisis“: was ist Ihr persönlicher Blick auf die aktuelle Situation?

Brandl: Die Lage ist sehr diffus und wir wissen noch nicht, wie sich die Jahre 2021/22 mit Blick

auf müssen sich die Kommunen einstellen, stehen uns finanziell schwere Zeiten bevor?

Brandl: Die Politik setzt zwar aktuell Zeichen, insbesondere durch investive Anreize die Krise zu bewältigen. Dem Bürger wird

de Weiterbildungsangebote zu platzieren. Ich denke konkret an den Bildungsbereich, die öffentliche Verwaltung und den Wirtschaftssektor allgemein. Der Markt ist aktuell nicht in der Lage, hier ausreichend Fachkräfte zur Verfügung zu stellen. Die Situation bleibt schwierig.

GZ: Welche Lösungen bieten sich an?

Brandl: Die Politik täte gut daran, intensiv darüber nachdenken, wo Zukunftsfelder tatsächlich zu definieren und zu verorten sind. Der Standort Deutschland muss wieder interessant für Investoren werden. Das wirtschaftliche Wertschöpfungspotenzial ausschließlich dem Automobilsektor zu überantworten, halte ich für falsch. Jetzt wäre es notwendig, sich umzuorientieren. Im Hinblick auf unsere Innovationsfähigkeit gilt es, in den Bereichen digitale Technik und künstliche Intelligenz echte Akzente zu setzen und sich weniger von einem Wirtschaftszweig abhängig zu machen.

Außerdem muss unterbunden werden, dass ausländische Konzerne über neue Wertschöpfungsketten, sprich digitale Datentransfers, Mehrwerte generieren, die nicht unserer Volkswirtschaft zugutekommen. Ich plädiere für eine Online-Steuer oder Datentransfersteuer, die hierzulande eher diskutiert werden sollte als eine Reichensteuer, die ein vergleichsweise geringes (Fortsetzung auf Seite 4)



Gespräch in Corona-Zeiten: Dr. Uwe Brandl und Constanze von Hassel.

auf die Einnahmen- und Ausgabe-seite konkret darstellen. Ich gehe aber von deutlich steigenden kommunalen Ausgaben wegen Corona aus, nicht nur, aber vor allem beim kommunalen Anteil an den Kosten der Unterkunft, im Gesundheitssektor und bei den sozialen Diensten. Im Gegenzug fehlen die Einnahmen, das bereitet uns Sorgen. Hinzu kommt: Wenn weniger Menschen in Lohn und Brot sind, ist das kein positiver Ansatz für eine zufriedene Ortsgemeinschaft. Durch Corona wird das Auseinanderklaffen von Reich und Arm sicher noch weiterbefördert werden.

GZ: Es gibt Medien-Berichte, wonach die Stadt Hanau zwischenzeitlich mehr Hundesteuer als Gewerbesteuer eingenommen hat. Weder das Land noch der Bund haben eine Gelddruckmaschine. Wor-

suggestiert, dass Geld im Überfluss vorhanden ist. Aktuell verschulden wir die Generation unserer Enkel in nie dagewesenen Umfang. Dabei wird die Frage, wie Ausgabenlasten zu reduzieren sind, von der Politik schlichtweg nicht diskutiert. Dies gilt im Übrigen für ganz Europa.

GZ: Werden die Positionen des Gemeindetags bei den Regierungsverantwortlichen wahrgenommen und sind Sie mit dem Krisenmanagement zufrieden?

Brandl: Die Wahrnehmung auf politischer Ebene divergiert. Es besteht aber die Neigung, das Augenmerk stärker auf die größeren Einheiten zu richten. Insofern ist unser Verband bemüht, die Betroffenheiten der kleineren Einheiten unter 50.000 Einwohner immer wieder gebetsmühlenartig zu artikulieren. Ob dies bei den Regierungsverantwortlichen in dem Maße ankommt, wie wir uns das vorstellen, darf getrost mit einem Fragezeichen versehen werden. Ich nenne hier nur das Beispiel Schülerbeförderung mit dem Vorschlag, mehr Busse einzusetzen, um die Abstandsregeln einhalten zu können. Klingt zunächst vernünftig, ist aber im ländlichen Raum nicht umsetzbar, da es dort schlicht an Buskapazitäten fehlt.

GZ: Stichwort Fachkräftemangel: Schon vor der Krise war es schwierig, geeignetes Personal zu finden. Hat Corona die Situation entspannt?

Brandl: Es wird notwendig sein, über das eigene Personal oder über die Ertüchtigung von Quereinsteigern schleunigst qualifizierte, berufsbelegten-



Der CSU-Vorsitzende Ministerpräsident Dr. Markus Söder mit drei seiner Vorgänger: Dr. Theo Waigel, Dr. Edmund Stoiber und Erwin Huber.

75 Jahre CSU

Auftaktveranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung mit Buch und Web-Portal-Präsentation

„Es gibt vielleicht einen Grund, weshalb die CSU noch nie einen Kanzler gestellt hat.“ Der bayerische Ministerpräsident, Dr. Markus Söder, ließ bei der Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung der CSU keinen Raum für Spekulationen, was seine politische Zukunft angeht. Sein Platz sei in Bayern, sein Auftrag sei es für Bayern etwas zu erreichen und in Deutschland mitzugestalten, so der Parteichef.

Am 12.09.1945 wurde die Christlich-Soziale-Union in Bayern gegründet. Seither ist es ihr, als regional verankerte Partei, gelungen, bundespolitisch aufzutreten. Momentan stellt die CSU drei Bundesminister.

Einladung zur Ergänzung des Archivs

Die Hanns-Seidel-Stiftung, Archiv und Gedächtnis der Partei, hat jetzt das Buch „75 Entwürfe über eine Partei. Was Sie über die CSU wissen sollten!“ und das Webportal www.csu-geschichte.de mit Schlaglichtern aus 75 Jahren Parteige-

schichte vorgestellt. Die Stiftung lädt ausdrücklich dazu ein, eigene archivierte Schätze zur Historie hinzuzufügen.

Live-Talk bleibt im Netz

Aufgrund der derzeit geltenden Beschränkungen war an große Feierlichkeiten nicht zu denken. Allerdings ist der ca. einstündige Live-Talk des Ministerpräsidenten unter www.hss.de abrufbar. Söder nutzte die Gelegenheit, den vielen Haupt- und Ehrenamtlichen sowie den Abgeordneten zu danken, die die Partei prägen: „Bayern ist das Land der unbegrenz-

ten Möglichkeiten und die CSU hat einen entscheidenden Anteil daran.“ Für die kommenden 25 Jahre sieht der Parteivorsitzende die große Aufgabe darin, „auf die digitale Welt eine Antwort zu geben.“

Verankert in der Mitte des Volkes

Mit Sorge blickt Söder auf die vielen Verschwörungstheorien, die gerade durch die sozialen Medien geistern. Dabei betont er die große gesellschaftliche Erregungsfähigkeit der Meinungsfreiheit und der Nicht-Einmischung des Staates. Allerdings erkennt er eine Gefahr, dass dieses hohe Gut von rechts kaputt geredet wird: „Wer fest an solche Sachen glaubt, der leitet irgendwann für sich ein Recht daraus ab.“ Daher sei es Verpflichtung des Staates hier Haltung zu zeigen und trotzdem die Maxime „leben und leben lassen“ nicht zu verraten. „Denn dann“, so der Parteichef, „kann die CSU in der Mitte des Volkes verankert bleiben.“



„Wir brauchen gut ausgebildete Fachkräfte“, meint die Vorzimmerperle. Pseudo-akademisierte Berufsbezeichnungen machen noch lange keine guten Handwerker aus. Die aber sind das Rückgrat und die Leistungsträger unserer Wirtschaft. Seite 15

Landtagspräsidentin Ilse Aigner zum Internationalen Tag der Demokratie:

Verantwortung für unser Gemeinwesen übernehmen

In einer neuen Videoserie porträtiert der Landtag bekannte Persönlichkeiten aus ganz Bayern, die sich in besonderer Weise für unsere Gesellschaft engagieren

Anlässlich des Internationalen Tags der Demokratie am 15. September rief Landtagspräsidentin Ilse Aigner die Menschen in Bayern dazu auf, sich für die Gemeinschaft einzubringen: „Demokratie lebt davon, dass möglichst viele mitmachen. Nur wenn viele Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen, funktioniert unsere Demokratie.“

Und Aigner mahnte, Demokratie als Gabe und zugleich Aufgabe zu sehen: „Für uns ist es selbstverständlich, dass wir freie Wahlen haben, dass es Gerichte gibt, die ohne Einfluss eines Diktators Recht sprechen und es eine unabhängige Presse gibt. Mit diesen Freiheiten leben zu dürfen, ist ein großes Geschenk. Das müssen wir immer wieder aufs Neue zeigen und dafür werben!“, so Aigner.

Um das Bewusstsein für den Wert der Demokratie zu fördern, porträtiert der Bayerische Landtag in seiner neuen Videoserie „Meine Stimme für Demokratie“ bekannte Persönlichkeiten aus dem Freistaat, die sich

in besonderer Weise für unsere Gesellschaft engagieren und Verantwortung für unsere Gemeinschaft übernehmen. Teil der Reihe sind unter anderem Christian Springer, Jutta Speidel, Ralf Nemetschek, Christine Theiss, Rainer Maria Schießler und Joana Osman. Sie sind nicht nur in den Medien oder auf der Bühne aktiv – sondern engagieren sich auch mit eigenen Vereinen oder in Stiftungen für Meinungsvielfalt und unterstützen Menschen dabei, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Jede Woche wird ein neuer Beitrag auf den sozialen Kanälen und der Homepage des Landtags veröffentlicht. Alle Videos

finden Sie auch in der Videomediathek des Landtags.

Im Jahr 2007 bestimmten die Vereinten Nationen den 15. September als Internationalen Tag der Demokratie. Ziele sind die Förderung und Verteidigung der Grundsätze der Demokratie.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Herbstklausuren der Landtagsfraktionen von CSU und FW . . .	2
Gesellschaft auf Leben mit Corona einstellen	2
Fachtagung: Transformationsprozess in Tunesien unterstützen .	2
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Mit der Pandemie weiterhin professionell umgehen	3
Perspektiven für ländliche Räume	3
Hinweis Bayerisches FachkräfteForum	4
Gegen Angriffe auf die Demokratie	4
Kommunikationstechnik • IT	5 - 8
Kommunale Energiethemen	9 - 13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Herbstklausur der CSU-Landtagsfraktion in München:

Chancen für den Standort Bayern

Traditionell findet die Arbeitstagung der CSU-Landtagsfraktion im September in Kloster Banz statt. Die Entwicklung der Corona-Infektionszahlen Anfang September machte jedoch die Verlegung in den Bayerischen Landtag notwendig. Corona und die Auswirkungen waren auch des Schwerpunktthema der diesjährigen Herbstklausur.

Zum Auftakt ging es vor allem um medizinische Aspekte. Zu Gast im Fraktionsvorstand waren Prof. Dr. Ulrike Protzer, Direktorin des Instituts für Virologie an der Technischen Universität München, und Prof. Dr. Clemens Wendtner, Chefarzt für Infektiologie an der München Klinik Schwabing. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn war per Videoübertragung zugeschaltet. Er sei Bayern „sehr dankbar für das umfangreiche Testen bei den Reiserückkehrern“, betonte Spahn. Helge Braun, der Chef des Bundeskanzleramtes, berichtete aus Sicht des Bundes über die Koordinierung der Corona-Krise.

In einem Panel, an dem Siegmund Hammel, der Leiter des Amts für Familie und Jugend Eichstätt und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Oberbayerischen Jugendamtsleitungen, und Siegfried Reck, der Schulleiter des Gymnasiums Fränkische Schweiz in Ebermannstadt, teilnahmen, setzte sich der Fraktionsvorstand mit den Corona-Herausforderungen für Schulen, Familien und die Jugendhilfe auseinander. In einer Entschließung sprach er sich für die verstärkte Digitalisierung von Bildung und Schule aus. Damit sollen „sämtliche Möglichkeiten, die ein intelligentes Online-Lernen bietet, sowohl im Präsenz- als auch im möglicherweise notwendigen Distanzunterricht“ voll ausgeschöpft werden können. So ließen sich beispielsweise mögliche Nachteile in den Lernvoraussetzungen ausgleichen.

Gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, mit Hildegard Müller, der Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie, und mit Prof. Dr. Monika Schnitzer, Mitglied im Gremium der so genannten Wirtschaftsweisen, wurden im Anschluss die wirtschaftspolitischen Herausforderungen durch Corona und die Chancen für den Standort Bayern detailliert erörtert.

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages und Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, sowie Mathias Ritzmann, persönlich haftender Gesellschafter und Mitglied der Geschäftsführung des Bankhauses Max Flessa in Schwein-

furt, beleuchteten zudem die besonderen Herausforderungen für den bayerischen Mittelstand, das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Einhelliger Tenor: „Wir müssen die Chancen erkennen und ergreifen.“ So ist auch die verabschiedete Entschließung überschrieben. Darin fordert die Fraktion u.a. die Unternehmenssteuer zu senken, den Soli sofort komplett zu streichen und flexiblere Arbeitszeiten zu ermöglichen.

Entschließung zu Gesundheit und Pflege

Die Ergebnisse des Gesprächs mit Dr. Monika Baumgartner-Schneider, der Leiterin des Gesundheitsamts am Landratsamt Dachau, Roland Beierwal-

Herbstklausur der FW-Landtagsfraktion:

Gesellschaft auf Leben mit Corona einstellen

Bei ihrer Herbstklausur in München hat sich die Freie Wähler-Landtagsfraktion mit den Folgen der Corona-Pandemie befasst und Wege für einen erfolgreichen Neustart des öffentlichen Lebens aufgezeigt. Mit der Verabschiedung mehrerer Resolutionen legte die Fraktion zudem die parlamentarischen Schwerpunkte der kommenden Monate fest.

So haben sich die Abgeordneten mit Resolutionen zum Breitensport während der Corona-Pandemie sowie mit „Cocooning“ – dem richtigen Umgang mit Risikogruppen – befasst. Darüber hinaus wollen sie zusammen mit den Ministerien für Wirtschaft und Kultus eine „Bayerische Kultur- und Kreativwirtschaftsagenda“ gründen, um für eine deutlich bessere Vernetzung zwischen den meist freiberuflich schaffenden Künstlern zu sorgen. Wichtig sei auch, für einheitliche und verbindliche Öffnungen im Sportbereich zu sorgen.

Lebensqualität sichern, Heimat stärken

Unter dem Motto „Lebensqualität sichern, Heimat stärken“ will die FW-Fraktion die regionalen Wirtschaftskreisläufe vor allem im Bereich der Grundversorgung mit Lebensmitteln, der Energieversorgung und im Gesundheitswesen stärken. „Wir setzen uns dafür ein, abgewanderte Produktionsmöglichkeiten und Wertschöpfungspotenziale wieder zurückzuholen und richten dazu die Ansiedlungsoffensive Invest in Bavaria neu aus“, heißt es dazu. „Auch mit der Förderung von Robotik oder Additiver Fertigung und den Investitionen in die außeruniversitäre Forschung sorgen wir dafür, dass industrielle Produktion an Hochlohn-Standorten wie Bayern attraktiv bleibt – auch und vor allem abseits der großen Ballungsräume.“

Mit Blick auf die „Klimaanpassung für lebenswerte und zukunftssichere Kommunen“ wollen die FW bei Neubauten eine verpflichtende Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern und insbesondere die Vorhaltung von eigenen Speicherkapazitäten in den Häusern. Dazu sollen die bestehenden Förderprogramme optimiert und weiter ausgebaut werden.

Neu angelegte Gärten und Grünflächen – gerade im Siedlungsbereich – sollen vielfältige Lebensräume für seltene Tiere und Pflanzen bieten. Flächen sollen deshalb bestmöglich mit-

tes, dem Kreisgeschäftsführer des Bayerischen Roten Kreuzes Kronach, und Prof. Dr. Robert Obermaier, Chefarzt der Klinik für Allgemein-, Viszeral-, Minimalinvasive Chirurgie und Proktologie am Klinikum St. Elisabeth in Straubing, flossen schließlich in eine Entschließung zu Gesundheit und Pflege ein. Die Kernforderungen: Ein unabhängigeres Gesundheitssystem, die Bekämpfung des Fachkräftemangels im Gesundheits- und Pflegebereich, die weitere Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und das Bekenntnis zur flächendeckenden Versorgung der Patienten durch leistungsfähige Krankenhäuser einschließlich Notfallversorgung.

„Corona ist nicht weg, sondern bleibt“, machte Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Grundsatzrede deutlich. Ziel müsse es sein, einerseits weiterhin die Vernünftigen vor den Unvernünftigen zu schützen und andererseits einen zweiten

Flächenlockdown unbedingt zu verhindern. Söder unterstrich dabei die Wichtigkeit der bayerischen Teststrategie für ein regional differenziertes Vorgehen.

Schwierige Lage der Wirtschaft

Sorgen bereitet ihm indes die anhaltend schwierige Lage der bayerischen Wirtschaft. Diese mache auch vor staatsseigenen Betrieben wie Messen und Flughäfen nicht halt, weshalb der Bau einer dritten Startbahn am Münchner Flughafen in weite Ferne rücke.

Über die derzeitigen Überbrückungsmaßnahmen hinaus kündigte der Ministerpräsident die Beschleunigung der Behördenverlagerung und der Hightech-Agenda an. „Wir schreiben schon im nächsten Jahr 730 Professuren aus, beschleunigen das Bauen im Hochschulbereich und machen einen großen Aufschlag bei Luft- und Raumfahrt sowie bei Start-ups. Das kostet 900 Mio. Euro und beschleunigt die Hightech-Agenda um zwei Jahre.“ Hinzu kämen Projekte im Bereich Quantencomputing und Biomedizin. „Wir holen uns die modernsten und besten Ideen ins Land und schaffen damit neue Produkte, Wertschöpfung und Dienstleistung. Das alles hat Strahlkraft und Wirkung und hilft auch den Firmen, die Stellen abbauen!“ DK

Corona-Hilfen für Kommunen:

Der Bund hat Wort gehalten

Bund und Länder haben über die Finanzhilfen für Landkreise, Städte und Gemeinden, die infolge der Corona-Pandemie notwendig sind, entschieden. Mit breiter Mehrheit wurde ein milliardenschweres Hilfspaket beschlossen. Damit können die Kommunen handlungsfähig bleiben und weiter investieren.

Der Bund kompensiert einerseits in diesem Jahr Gewerbesteuerausfälle in Milliardenhöhe. Zum anderen beteiligt er sich dauerhaft stärker an den Kosten für Unterkunft und Heizung bei Hartz-IV-Empfängern. Für beide Maßnahmen wurde eine Änderung des Grundgesetzes beschlossen - konkret geht es um eine einmalig anwendbare Ausnahmeregelung für das Jahr 2020.

Gewerbesteuer eingebrochen

Wegen der massiven Folgen der Corona-Krise ist die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen eingebrochen. Der Ausgleich dieser Mindereinnahmen führt nun für den Bund zu Mehrausgaben im Jahr 2020 in Höhe von 6,1 Mrd. Euro und für die Länder zu einer Mehrbelastung in Höhe von 4,8 Mrd. Euro. Mit den Milliardenmitteln soll verhindert werden, dass die Kommunen nicht mehr investieren können, was wiederum massive Folgen auch für den Bau und das Handwerk hätte, weil Städte und Gemeinden zahlreiche Aufträge vergeben.

Die dauerhafte stärkere Beteiligung des Bundes an Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende kostet mittelfristig rund 3,4 Mrd. Euro pro Jahr. Auch dafür musste das Grundgesetz geändert werden. Der Bund konnte sich bisher höchstens mit 49 Prozent an bundesweiten Ausgaben für die Leistungen für Unterkunft und Heizung beteiligen. Möglich ist dies nun bis zu einer Grenze von 75 Prozent.

Steuerschätzung Bayern 2020:

4,2 Mrd. Euro weniger Steuereinnahmen

Nach der aktuellen Steuerschätzung kann der Freistaat in 2020 mit etwa 4,2 Milliarden Euro weniger an Steuereinnahmen rechnen als vor der Krise erwartet. Auch wenn der Konjunkturlinienbruch nicht so tief ausfällt wie im Mai befürchtet, ist dies der mit Abstand stärkste Einbruch der letzten Jahrzehnte“, stellte Finanzminister Albert Füracker die Ergebnisse der außerordentlichen Steuerschätzung für Bayern vor. □

Engagement Global:

Transformationsprozess in Tunesien unterstützen

Informationsveranstaltung für bayerische Kommunen zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Tunesien

Seit 2012 besteht eine Länderpartnerschaft zwischen dem Freistaat Bayern und Tunesien mit dem Ziel, den Transformationsprozess in Tunesien zu unterstützen. Hierfür spielt die kommunale Ebene eine besondere Rolle. Seit 2018 werden bayerische und tunesische Kommunen durch das bestehende Projekt „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit Bayern Tunesien“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global in Kooperation mit dem Regionalbüro der Hanns-Seidel-Stiftung in Tunis darin bestärkt, entwicklungspolitische Partnerschaften einzugehen und gemeinsame Projektideen zu entwickeln und umzusetzen.

Die Veranstaltung am 29.10.2020 richtet sich an bayerische Kommunen und Kreisverwaltungen, die Interesse an einer Partnerschaft mit einer tunesischen Kommune haben. Informiert wird über die Möglichkeiten kommunalen Engagements sowie die Unterstützungsangebote des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Termin: Donnerstag, 29. Oktober 2020, 10:00 - 15:00 Uhr

Ort: Marias Platzl Hotel, Mariahilfplatz 4, 81541 München

Veranstalter: SKEW – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Anmeldung: <https://skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail-crm/informationsveranstaltung-f%C3%BCr-bayerische-kommunen-zur-kommunalen-entwicklungszusammenarbeit-mit-tunesien.html>

Anmeldeschluss: Donnerstag, 15. Oktober 2020

Infos unter: <https://skew.engagement-global.de/kommunale-entwicklungszusammenarbeit-bayern-tunesien.html>

Internet: <https://skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail-crm/informationsveranstaltung-f%C3%BCr-bayerische-kommunen-zur-kommunalen-entwicklungszusammenarbeit-mit-tunesien.html> □

erhalten bleibt“, erklärte der DLT-Präsident.

Auch aus Sicht von Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, stärken die verabschiedeten Corona-Hilfen die Handlungsfähigkeit der Kommunen in der Krise. Der Ausgleich der drastischen Gewerbesteuerausfälle für 2020 durch Bund und Länder und die dauerhaft höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft seien echte Hilfen. Damit sei ein großes Paket geschnürt worden. „Das wissen die Städte sehr zu schätzen.“

In diesem Jahr können die Städte laut Dedy noch gut investieren, weil die Gewerbesteuerverluste aufgefangen werden. „Danach ziehen allerdings dunkle Wolken auf. Im nächsten Jahr fehlen bundesweit allein bei der Gewerbesteuer – der wichtigsten kommunalen Steuer – mehr als 6 Mrd. Euro. Deshalb brauchen wir auch für 2021 und 2022 Hilfe von Bund und Ländern. Es geht darum, die Investitionskraft der Kommunen zu stärken, damit die Konjunktur wieder besser in Gang kommt.“

Kompensation der Steuerausfälle

Auch der DStGB begrüßt die staatlichen Hilfen zur Wahrung der kommunalen Handlungsfähigkeit. Die Kompensation von Steuerausfällen müsse aber über die Gewerbesteuer hinaus auch auf die anderen gemeindlichen Steuerquellen, vor allem den Einkommensteueranteil, ausgedehnt werden. Die Kompensation für die Corona-bedingten Mindereinnahmen und die Entlastung für die Kommunen bei den Kosten der Unterkunft müssten noch in diesem Jahr in den kommunalen Kassen ankommen.

Zudem fordert der DStGB, dass die Städte und Gemeinden auch in den Jahren 2021 und 2022 vom Staat Corona-bedingte Kompensationsleistungen erhalten. Gerade jetzt müssten kommunale Investitionen auf einem hohen Niveau gesichert werden und es dürfe nicht gegen die Wirtschaftskrise angespart werden. DK

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Siegfried Schick
84494 Lohkirchen
am 5.10.

Bürgermeister Franz Uome
95352 Marktkeugast
am 26.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Thoma
97892 Kreuzwertheim
am 3.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Norbert Stumpf
91088 Bubenreuth
am 6.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Corona und die große Transformation:

Perspektiven für ländliche Räume

Sommerkolloquium von Hanns Seidel Stiftung und Akademie Ländlicher Raum

Die Krisenmaßnahmen infolge der Corona-Pandemie haben bei der Digitalisierung der Arbeits- und Lebensbereiche einen regelrechten Schub ausgelöst. Plötzlich werden im Vergleich zu den dicht bebauten und bevölkerten Städten die Qualitäten auf dem Land neu bewertet. Die Frage, ob diese Erfahrung auch dauerhaft Perspektiven für ländliche Räume eröffnen könnte, wurde beim Sommerkolloquium von Hanns Seidel Stiftung und Akademie Ländlicher Raum mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in München unter Corona-Bedingungen ausführlich erörtert.

Akademiepräsident Prof. Holger Magel forderte eingangs dazu auf, das Momentum der neuen Wertschätzung für den ländlichen Raum zu nutzen. „Wir brauchen endlich Verstärkung und eine durch Corona gar verschärfte Beschäftigung mit der Notwendigkeit und den Bedingungen ländlichen Lebens und Wirtschaftens als Pendant zur ebenfalls unverzichtbaren Stadt. Arbeitsplatz und hohes Einkommen sind natürlich wichtig, sehr wichtig sogar. Allein – sie bedeuten nicht alles, sie bilden Lebensqualität und Wohlergehen nicht völlig ab, was in vielen Statistiken und Jubelannoncen regelmäßig zu kurz kommt“, betonte Magel.

Benötigt werde – ob neu erfunden oder nur wiederbelebt – ein resilienter und Infrastruktur-Staat, der gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern garantiert. „Wir sprechen von der Herstellung räumlicher Gerechtigkeit, die entfernungsunabhängig und unabhängig von der Gnade der familiären Geburt sein muss“, machte Magel deutlich.

„Ländliche Räume sollten nicht als Raum der Defizite wahrgenommen werden. Das Land kann mit Freiheit punkten – mit dem eigenen Garten, Freizeit- und Erholungsangeboten vor Ort und mit Naturerleben“, hob der Landtagsabgeordnete Sandro Kirchner, selbst „überzeugtes Dorfkind, das in die Rhön zurückgekehrt ist“, hervor. Ein gutes Beispiel sei der Landkreis Bad Kissingen, der in einer Image-Kampagne mit dem selbstbewussten Slogan „Hier gehts besser“ auf seine Stärken aufmerksam macht.

Die Pandemie, so Kirchner, habe sich zunächst vor allem als Digitalisierungsschub erwiesen. Im Zuge der Ausgangsbeschränkungen mussten zahlreiche Arbeitnehmer auf das Modell „Homeoffice“ umsteigen. Sie hätten erlebt, dass es auch vorteilhaft sein kann, wenn man nicht täglich zur Arbeit in die Stadt pendeln muss.

Diesen Umstand griff Prof. Dr. Diane Ahrens vom Technologie

Campus Grafenau auf, die die bayerischen Modellprojekte zu digitalen Dörfern begleitet. Sie berichtete, dass beispielsweise in der Gemeinde Spiegelau im Bayerischen Wald die Nachfrage nach Coworking Spaces zugenommen hat. Die Idee dahinter ist, dass Arbeitnehmer nicht mehr so weit pendeln müssen, sondern relativ nah an ihrem Wohnort arbeiten können. Dafür werden ihnen gut ausgestattete Arbeits- und Besprechungsräume zur Verfügung gestellt, die sie stunden-, tage- oder wochenweise mieten können.

Dezentrales Arbeiten

Umfragen zeigen Ahrens zufolge, dass dezentrales Arbeiten auch unabhängig von den Umständen der Corona-Pandemie eine Option bleibt: Ein Drittel der Befragten würde dies befürworten, ein Drittel steht dem ablehnend gegenüber, könnte es sich aber unter bestimmten Voraussetzungen vorstellen, während ein Drittel unschlüssig ist.

Ländliche Räume, die mit mehr Grün und weniger Lebenshaltungskosten punkten, könnten gerade für jungen Familien und Senioren attraktiv sein, wenn sie es verstehen, vor allem die für diese Zielgruppen notwendigen Basisangebote mithilfe „smarter Lösungen“ bereit zu halten, unterstrich die Forscherin. Dazu müssten sie Unternehmen, Dienstleister und weitere Akteure als Partner einbinden und gemeinsam strategische Modelle erschließen. Neben „Arbeit 4.0“, Telemedizin und einem bedarfsgerechten Nahversorgung- und Mobilitätsnetz sei für diese Zielgruppe insbesondere auch an Kinderbetreuung und Tagespflege zu denken.

Unternehmen brauchen Fachkräfte vor Ort und eine leistungsfähige Verwaltung. Daher ist es in ihrem Interesse, dass auch ländliche Regionen bei den digitalen Serviceleistungen mithalten können. Doch bislang funktioniere der analoge Weg für alle noch zu gut, gab Dr. Benedikt Rüdhardt vom Verband der Bayerischen Wirtschaft zu

bedenken. Klaus Ulrich, im Bayerischen Wirtschaftsministerium für die Landesentwicklung zuständig, will daher stärker die regionale Ebene adressieren und auf der Grundlage von Erhebungen der spezifischen Versorgungssituation und Bedürfnisse die digitalen Angebote gezielt verbessern. Damit dies gelingt, müssten regionale Knotenpunkte entsprechend gestärkt werden. Eine Überlegung könnte dabei auch sein, die Ämter für Ländliche Entwicklung stärker für Digitalisierung zu nutzen.

Mehr Fläche gefordert

Auch nach Einschätzung von Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, sprechen Argumente wie mehr Wohnraum und Freiraum sowie Homeoffice- bzw. Telearbeitsmöglichkeit für die ländlichen Räume, sofern sie über eine gute Digital- und Verkehrsinfrastruktur verfügen. Doch dies impliziert aber auch einen Nebeneffekt, so Schmid: „Profitieren kann der ländliche Raum nur, wenn er mehr Flächen beanspruchen kann.“

Unklar bleibe auch, wie gut sich die Wirtschaft erholt und wie gut es damit auch um die Arbeitslosigkeit bestellt ist. Bislang haben Experten festgestellt, dass vor allem das mittlere Qualifizierungsniveau gelitten hat, also Arbeitnehmer, die in der Produktion (insbesondere Autoindustrie) oder in klassischen Feldern der Tourismusregionen beschäftigt waren. Dabei ist der Anteil hochqualifizierter Jobs in den vergangenen Jahren ohnehin stark gestiegen. Hier sieht Schmid im Vergleich zu den Städten eher Verluste für die ländlichen Räume. **DK**

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur als Vater schulpflichtiger Kinder habe ich leise aufgeatmet, als die Schulen Anfang September fast überall in Bayern den Unterricht im neuen Schuljahr im „Regelbetrieb“ aufgenommen haben. Wobei Regelbetrieb natürlich nicht heißt, dass alles so ist, wie noch vor einem Jahr, als noch niemand mit der weltweiten Ausbreitung eines Virus gerechnet hat. Schüler und Lehrer müssen zumindest außerhalb der Unterrichtsstunden Masken tragen, die Kinder dürfen nicht alle zusammen die Pause verbringen und die ABC-Schützen konnten nicht wie sonst durch die komplette Schulfamilie willkommen geheißen werden. Aber immerhin ist wieder ein Stück Normalität in unser Alltagsleben eingekkehrt.

Wir müssen mit der Pandemie weiterhin professionell umgehen

Bei aller Freude darüber ist mein Optimismus dennoch nicht ganz ungetrübt. Das liegt weniger an den wieder ansteigenden Fallzahlen, mit denen ich nach dem Ende der Sommerferien fest – und ehrlicherweise sogar in noch höherem Ausmaß – gerechnet hatte. Größere Sorge bereitet mir die Beobachtung, dass die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich auch weiterhin strikt an die Hygienevorgaben zu halten, mehr und mehr abzunehmen scheint. Diesen Trend führe ich nicht zuletzt darauf zurück, dass das Vertrauen der Menschen in die Arbeit von Politik und Behörden angeschlagen ist.

Dass zu Beginn einer so nicht zu erwartenden Situation – nicht umsonst wurde ja auch der Katastrophenfall ausgerufen – nicht alles perfekt laufen konnte, ist klar. Jetzt sind jedoch einige Monate vergangen, in denen wir

GZ

KOLUMNE
Christoph Göbel

Erfahrungen sammeln konnten und mussten. Das Abflachen der Fallzahlen in den letzten Wochen und Monaten hat uns die Zeit verschafft, daraus Schlüsse zu ziehen und Organisationsstrukturen zu modifizieren bzw. zu festigen.

Gerade in dieser Zeit, in der durch die jüngsten Paniken das Vertrauen in der Bevölkerung bröckelt und die Menschen durch die gesunkenen Fallzahlen und die damit einhergehenden Lockerungen der Vorsichtsmaßnahmen

die Situation nicht mehr so ernst nehmen wie noch zu Anfang der Pandemie, müssen wir alles daran setzen, die gerechtfertigten Erwartungen der Menschen an einen professionellen Umgang mit dem pandemischen Geschehen so gut es geht zu erfüllen. Und dies wird nicht einfach werden, ist die personelle Situation in den Gesundheitsämtern doch vielerorts weiterhin angespannt.

Im Landkreis München haben wir uns daher entschlossen, ab sofort wieder auf die bereits erprobte Unterstützung durch unsere Kommunen zu bauen und sie erneut in den Betrieb dezentraler Testzentren einzubinden und mit dem Kontaktpersonenmanagement zu beauftragen. Für die große Unterstützung, die wir hier aus unseren Städten und Gemeinden erfahren, bin ich sehr dankbar. Denn nur so können wir sowohl schnelle Einzel- und Reihentestungen als auch eine Nachverfolgung möglicher Kontaktpersonen ohne Zeitverzug garantieren. Dies sehe ich als ein entscheidendes Kriterium an, eine zweite Infektionswelle zu verhindern.

Wenn die Behörden weiterhin Hand in Hand arbeiten und sich zudem jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin so gut wie möglich an die Hygieneregeln hält, dann bin ich sehr zuversichtlich, dass wir das Infektionsgeschehen maßgeblich mit beeinflussen können. Setzen wir also alles daran, dass es uns gelingt!

In diesem Sinne grüßt Sie sehr herzlich

Ihr Christoph Göbel

Stv. Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Landrat des Landkreises München

Gesundheitsministerium erweitert

Gesundheitssicherheit und Öffentlicher Gesundheitsdienst werden mit eigenen Abteilungen gestärkt

Für noch mehr Schlagkraft im Kampf gegen die Corona-Pandemie verstärkt Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml ihr Ministerium mit zwei neuen Abteilungen. „Wir haben das bayerische Gesundheitsministerium strukturell und personell ausgebaut, um noch schlagkräftiger auf die Herausforderungen der Corona-Pandemie reagieren zu können. In den zurückliegenden Monaten konnten wir viele Erfahrungen bei der Bekämpfung der Pandemie sammeln und lassen dieses Wissen in organisatorischen Anpassungen einfließen“, so die Ministerin.

Künftig wird es zwei neue Fachabteilungen geben: die Abteilung 6 ‚Gesundheitssicherheit‘ und die Abteilung 7 ‚Öffentlicher Gesundheitsdienst‘. Die Abteilung 6 ist für die in der Corona-Pandemie so wichtigen Themen wie Gesundheitssicherheit, Pandemieplanung, Schutzausrüstung, Pandemiezentraler, Sicherstellung Materialversorgung und unser zentrales Instrument Testungen zuständig.

„Eines meiner zentralen Anliegen war es zudem, den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) mit einer eigenen Abteilung zu stärken. Der ÖGD kümmert sich engagiert um den Gesundheitsschutz unserer Bevölkerung, aber auch um deren Gesundheitsvorsorge und -versorgung. Gerade bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie stellt der ÖGD mit den Gesundheitsämtern vor Ort einen zentralen Eckpfeiler dar. So befasst sich die neue Abteilung 7 unter anderem mit den Grundsatzangelegenheiten des ÖGD, Aus- und Fortbildung, dem Personal des ÖGD sowie den digitalen Fachanwendungen des ÖGD“, unterstrich Huml.

Damit gliedert sich das StMGP nun neben der Zentralabteilung (u.a. mit den Bereichen Haus-

halt, Personal, Organisation) in acht Fachabteilungen. Daneben bleibt auch die Taskforce Corona-Pandemie bestehen.

Ende August kam zudem mit Staatssekretär Klaus Holetschek ein ausgewiesener gesundheits- und pflegepolitischer Experte ins Gesundheitsministerium. Die Ministerin ist sich sicher, dass „seine breiten Erfahrungen auf ministerieller, kommunaler wie auch Gremien-Ebene eine Bereicherung“ darstellen.

Aus dem Münchner Rathaus ins Gesundheitsministerium zurückgekehrt ist zudem die bisherige Gesundheitsreferentin der Landeshauptstadt, Stephanie Jacobs. Sie vertritt die Amtschef des StMGP, MD Dr. Winfried Brechmann, dies gilt auch für die Leitung der Taskforce Corona-Pandemie. Ihr werden als leitende Beamtin die Abteilung 4 ‚Pfleger‘ sowie die beiden neu geschaffenen Abteilungen 6 ‚Gesundheitssicherheit‘ und 7 ‚Öffentlicher Gesundheitsdienst‘ zugewiesen. Als vormalige Leiterin des größten kommunalen Gesundheitsamts Deutschlands ist Jacobs zudem interimsmäßig mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Leiterin der neuen Abteilung 7 ‚Öffentlicher Gesundheitsdienst‘ betraut. **□**

Schnelle Pflegereform gefordert

Bayerns Pflegeministerin: Wir brauchen eine zukunftsfeste und generationengerechte Finanzierungsgrundlage

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml fordert vom Bund weitere Reformen bei der Pflegeversicherung – auch bei den Kosten der Ausbildung. Huml betonte: „Die Bekämpfung der Corona-Pandemie darf nicht von anderen wichtigen Aufgaben abhalten. Das gilt insbesondere für die Pflege. Der Start der neuen Pflegeausbildung in diesem Jahr ist ein Meilenstein für die Sicherstellung des Fachkräftebedarfs der Zukunft. Wir dürfen diese Verantwortung nicht auf die Pflegebedürftigen abwälzen!“

Die Ministerin erläuterte: „Wir

brauchen endlich eine Entlastung der Pflegebedürftigen von ihrem Kostenanteil für die Ausbildung. Aktuell erhalten Pflegebedürftige, die in Pflegeheimen oder von ambulanten Pflegediensten versorgt werden, aufgrund des Teilleistungssystems der Pflegeversicherung die Rechnungen für die Teilfinanzierung der neuen Pflegeausbildung. Die Kostenbelastung zum Beispiel von Pflegebedürftigen im Heim, die derzeit in Bayern bei durchschnittlich knapp über 2.000 Euro liegt, kann allein aufgrund der Kosten der Ausbildung in den nächsten Jahren nochmal um etwa 10 Prozent anwachsen.“ Für Huml ist klar, dass die Pflegebedürftigen und ihre Familien nicht überlastet werden dürfen. Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die pflegerische Versorgung müsse sich auch in einer gesamtgesellschaftlichen Finanzierung widerspiegeln.

Mit dem Start der neuen Pflegeausbildung werden die Kosten der Ausbildung auf die Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Länder und die Pflegeversicherung umgelegt. Auch der Freistaat Bayern übernimmt einen Teil des Gesamtfinanzierungsbedarfs der Pflegeausbildungskosten in Bayern. Da es sich bei der Pflegeversicherung um eine Teilleistungsversicherung handelt, müssen die Pflegeeinrichtungen allerdings diese Kosten an die von ihnen versorgten Pflegebedürftigen weitergeben. Diese Rechnungen kommen nun bei den Pflegebedürftigen an.

Huml unterstrich: „Je erfolgreicher wir mit der neuen Pflegeausbildung sind und je mehr Auszubildende da sind, desto teurer wird es für die Pflegebedürftigen – das kann nicht sein!“ Huml ergänzte: „Die Corona-Pandemie hat uns nachdrücklich vor Augen geführt, wie wichtig die Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit der Pflegekräfte ist. Wir dürfen an ihrer Ausbildung nicht sparen!“ Die Ministerin verwies darauf, dass eine durch den Steuerzahler finanzierte Übernahme der Ausbildungskosten durch die Pflegeversicherung auch eine enorme Bürokratie-Entlastung darstelle. „Die Ausbildungskosten müssten nicht mehr auf rund 30.000 Pflegeeinrichtungen und in der Folge auf die von ihnen versorgten Pflegebedürftigen umgelegt werden. Die entsprechende Datenerhebung, Rechnungslegung und die Geldflüsse könnten entfallen.“ **□**

TUM-Publikation:

„Change – Denkanstöße für die Zeit nach Corona“

Im Rahmen des HSS- und ALR-Sommerkolloquiums präsentierte Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Molls, Sprecher der TUM Senior Excellence Faculty und Direktor des TUM Institute for Advanced Study, eine neue Publikation, in der rund 90 namhafte Forscher schildern, welche Lehren sie aus der Corona-Krise ziehen.

Unter Molls Führung wurde ein einmaliges, 300 Seiten starkes Schriftwerk mit einer Vielzahl prägnanter und geistreicher Denkanstöße erstellt. Laut Prof. Dr. Thomas F. Hofmann, Präsident der Technischen Universität München, der gemeinsam mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Markus Söder, und dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Wolfgang Schäuble, für die Geleitworte verantwortlich zeichnet, handelt es sich um „ein Zeitdokument des Mehrwerts unserer generationsübergreifenden Universitätsgemeinschaft in Krisenzeiten“. Es zeige neue Perspektiven aus unterschiedlichsten Fachrichtungen, Hintergründen und Sichtweisen für die Nachwelt auf, für deren sichere, gesunde und nachhaltige Entwicklung heute alle gemeinsam die Verantwortung tragen.

Prof. Molls zufolge wird die Welt nach Corona eine andere sein. „Wissenschaft muss dabei – getragen von Vernunft und Nachhaltigkeit – Perspektiven schaffen und zu dieser Veränderung beitragen. Wir als Kollektiv von Autorinnen und Autoren haben in unserer Schrift versucht, nach bestem Wissen und Gewissen Impulse zu geben.“ **DK**

Krise als Chance für ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Einnahmeplus generieren würde. Hier könnte ein neuer Wohlstand für unser Land entstehen. Bund, Land und Kommunen sollten angemessen an der Wertschöpfung beteiligt werden.

GZ: Stichwort Klimakrise und Energiewende. Die Stadt Abensberg hat vor einem Jahr ein vorbildliches Energiewende-Projekt auf die Beine gestellt. Unter der Marke „Naturstrom Abensberg“ wird ein regionaler Strommarkt aufgebaut, der lokale Stromerzeuger und Verbraucher vor Ort zusammenbringt. Wie lautet Ihre Zwischenbilanz?

Große Hoffnung Wasserstoff

Brandl: Wir sind mit der Entwicklung im ersten Jahr sehr zufrieden. Von insgesamt 6.000 Haushalten haben wir bereits knapp 1.000 Haushalte unter Vertrag. Wir können mit attraktiven Strompreisen aufwarten, stoßen Allergien bei der effizienten Energieverteilung klar an regulatorische Grenzen. Wir produzieren in Abensberg über 200 Prozent der benötigten Kapazitäten über die Bestandsanlagen. 2019 haben wir vier Großanlagen zugebaut, so dass wir eigentlich auf einem sehr guten Weg wären. Allerdings bräuchten wir u.a. eine Möglichkeit, Strom zu speichern, ohne dafür bestraft zu werden. Dies funktioniert aber leider nicht.

GZ: Eine Krise ist auch eine Chance für eine neue Denkstruktur. Momentan geht der Trend wieder zu mehr Individualverkehr. Müssen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur überdacht werden? Ist der verstärkte Ausbau des ÖPNV der Weisheit letzter Schluss?

Brandl: Ich gehe davon aus, dass 70 Prozent der Geschäftsreisen substituiert werden. Für ausreichend digital erschlossene, periphere Räume ist es eine Riesenchance, wenn die berufliche Tätigkeit keine ständige Präsenz am Arbeitsplatz erfordert. Klar ist auch: Homeoffice entlastet die Umwelt durch weniger Verkehr.

Die Abkehr vom ÖPNV in den Ballungsräumen insbesondere

zum Individualverkehr in den Ballungsräumen ist für mich wenig überraschend. Das ist eine reflexartige Konsequenz von Vorgaben wie Abstand zu halten und Menschenansammlungen zu vermeiden. Grundsätzlich glaube ich nicht, dass der ÖPNV in allen Landesteilen eine gute Lösung bietet. Mit einem getakteten Personenverkehr ist er gerade in den ländlich strukturierten Gebieten nicht in der Lage, die Menschen angemessen in ihren Beförderungsinteressen abzubilden. Das schaffen auch Sammeltaxis oder Rufbusse nicht. Somit werden wir es auch künftig mit einer Mischung aus individueller und liniengebundener Beförderung zu tun haben.

GZ: Welche Technologie würden Sie bevorzugen?

Brandl: Meine große Hoffnung ist, dass die Wasserstofftechnologie schnell und intensiv weiterentwickelt wird. Sie ist für mich eine der möglichen Antriebsformen der Zukunft. Durch eine Modifikation der bisherigen Antriebstechnik wäre es möglich, im Automobilbereich wieder den Anschluss an „State of the Art“ zu schaffen.

Neue Wohn- und Lebenskonzepte

GZ: Nach dem Krieg hat man der Bevölkerung mit den Behelfsheimen ein Dach über dem Kopf und ein großes Grundstück zugänglich gemacht. Alternative Wohnkonzepte werden auch jetzt immer gefragt und gelten im ländlichen Raum als leichter umsetzbar als in städtischen Strukturen. Tiny Houses z.B. ermöglichen eine minimalistische Lebensweise und möglicherweise finanzielle Unabhängigkeit im Alter. Die Umsetzung erweist sich oft als schwierig. Was muss Ihrer Meinung nach getan werden, damit diesem Wunsch nach neuen Wohnformen entsprochen werden kann?

Brandl: Wir brauchen in der Tat andere Wohnformen – Tiny Houses können in kleineren und mittleren Kommunen – vielleicht übergangsweise, vielleicht modular – eine Chance haben. Allerdings gilt es, ungeordnete städtebauliche Entwicklungen

zu vermeiden. Bitte keine Häuser auf Rädern wie in den USA!

Die Gesellschaft hat zunehmend die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Mensch in Würde altern kann. Was generationenübergreifende Wohnformen angeht, reichen die Kapazitäten in den Bestandseinrichtungen bei weitem nicht aus. Alternative Wohnformen wie das Generationenhaus werden nun als das allein Seligmachende gepriesen. Bei aller Euphorie gilt jedoch: Die Chemie untereinander muss stimmen. Dieser Lösungsansatz passt nicht für jeden.

GZ: Thema Lebendige Ortsmitte: Veröden unsere Ortskerne jetzt noch schneller? Was passiert in Abensberg, um diese Entwicklung aufzuhalten?

Brandl: Einzelhandel und Gastronomie leiden auch in Abensberg sehr unter den Corona-Beschränkungen. Anders der Versandhandel. Der Trend zur digitalen Beschaffung hält an, weshalb wir mit Pleiten und Insolvenzen rechnen müssen. Das Wegbrechen einzelner, mittelständischer Familienunternehmen wird riesige strukturelle Probleme in unseren Gemeinden nach sich ziehen. Hier ist die Politik gefordert, ordnungspolitisch einen Riegel vorzuschieben. Ein Weg wäre, Retouren nicht mehr kostenfrei anzubieten. Auch könnte ich mir mit Blick auf die Wettbewerbsneutralität eine Art „Fernhandelsabsatzsteuer“ vorstellen.

Glasfasertechnik ist Zukunftsinvestition

GZ: Zur Digitalisierung in Schulen: Seit spätestens April ist klar, dass schnelles Handeln erforderlich ist. Es geht nicht nur darum, den Mangel an pädagogischem und fachlich geeignetem EDV-Personal zu beheben, es muss auch die entsprechende technische Ausstattung vorhanden sein. Sind unsere Kommunen hier handlungsfähig und bekommen sie die notwendige Unterstützung?

Brandl: Digitaler Unterricht ist ok, doch sind Qualifikationen und Skills vom Lehrer über den Schüler bis hin zum Elternhaus dringend erforderlich. In Zukunft werden technische Erfordernisse höhere Übertragungsgeschwindigkeiten erfordern. Deshalb ist die Glasfasertechnik eine der Zukunftsinvestitionen im Bildungssektor. Verweigert man sich einer vernünftigen Technologisierung des Schulgebäudes, wird die Gleichwertigkeit von Bildungsangeboten problematisch. Jetzt sind die Aufwandsträger und der Staat am Zug. Allen Schülern muss ermöglicht werden, an den neuen Lernmethoden zu partizipieren. Wir brauchen neue Finanzierungsformen. Es darf auch kein Tabu sein, z.B. Elternhäuser in sozial angemessenem Umfang an den Kosten zu beteiligen.

GZ: Hatespeech und Angriffe auf Kommunalpolitiker: Vor der Kommunalwahl wurde das Thema breit diskutiert und erschreckende Beispiele, auch aus Bayern, kamen ans Licht. Hat die intensive Diskussion dieses Themas hier die Situation entspannt? Wie empfinden Sie das derzeitige Gesprächsklima?

Brandl: Wir haben lange an dieser Front gekämpft und versucht, die Politik zu sensibilisieren. Dass es nun für Anfeindungen in der analogen Welt bei jeder der 22 Staatsanwaltschaften im Freistaat einen Ansprechpartner für Kommunalpolitikerinnen und -politiker gibt, ist ein erster, guter Ansatz. Gleiches gilt für das neue Online-Melde-

verfahren für Online-Straftaten. Amts- und Mandatsträger, die im Internet Ziel von Straftaten geworden sind, können künftig Anzeigen und Prüfbitten online an die Justiz übermitteln.

Apropos Justiz: Solange Verbalattacken gegen Politiker unter dem Blickwinkel der Meinungsäußerungsfreiheit straffrei gestellt werden und das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung sehr schnell verneint wird – siehe Fall Künast –, habe ich meine Zweifel, ob unsere Botschaft richtig ankommt. Wir und unsere kommunalen Schwesterverbände werden jedenfalls sehr genau darauf schauen, wie die Politik nachjustiert und wie vor allem auch die Justiz reagiert. Hier ist eine Vorstufe der Eskalation erreicht. Deshalb ist es wichtig, dass Facebook und Co. klare Grenzen aufgezeigt werden.

Feuertaufe bestanden

GZ: Die ersten 100 Tage haben die neuen und wiedergewählten Mandatsträger nun nach den Kommunalwahlen hinter sich. Die neue Generation an Entscheidungsträgern wurde gleich ins kalte Wasser geworfen, wie haben sie sich Ihrer Meinung nach geschlagen?

Brandl: Insgesamt haben wir die Herausforderungen auf der kommunalen Ebene sehr gut, sehr professionell und sehr pragmatisch bewältigt. In Teilbereichen wesentlich schneller als die große Politik. Die Neugewählten haben die Feuertaufe mehr als bestanden. Beim Bayerischen Gemeindetag wird die Beratungstätigkeit gottlob sehr rege in Anspruch genommen. Das ist für uns auch Bestätigung der Qualität des Hauses.

An Grenzen stoßen wir bei Fragen der Plausibilität. So herrscht in vielen Bereichen wie bei der Kinderbetreuung relatives Laissez-faire, während beispielsweise bei Kulturveranstaltungen die Schrauben weiterhin sehr angezogen bleiben. Das wird nicht überall verstanden. Hier wäre die Politik gut beraten, nach möglichst einheitlichen Maßstäben vorzugehen und nicht mit unterschiedlichen Handhabungen je nach Drucklage zu reagieren.

Landesversammlung unter Corona-Vorzeichen

GZ: Wie ist die Kommunikation innerhalb des Verbands, wenn Sitzungen nicht stattfinden? Was wird aus der Landesversammlung im Herbst?

Brandl: Die Landesversammlung wird coronabedingt eintägig ohne großes Festprogramm und ohne Ehrengäste über die Bühne gehen. Wir fahren an dieser Stelle auf Sparflamme. Unsere Verbandssitzungen halten wir nicht in der Geschäftsstelle, sondern außerhalb in großen Sälen ab.

GZ: Nach zwei Jahren an der Spitze des DSTGB – was nehmen Sie aus dieser Zeit mit?

Brandl: Diese Zeit war sehr interessant und lehrreich, weil das politische Parkett in Berlin doch ganz anders ist als in Bayern. Es wurden mir viele Einblicke in die Unterschiedlichkeit der kommunalen Ebenen hierzulande eröffnet. Ich hoffe sehr, in zweieinhalb Jahren die Chance auf eine weitere Amtsperiode als Präsident zu bekommen.

GZ: Welche Themen liegen Ihnen noch am Herzen?

Brandl: Ich bin sehr gespannt, wie es mit den gleichwertigen Lebensverhältnissen in Deutschland weitergeht. Aufgrund der Corona-Krise gibt es bereits Tendenzen, sich wieder auf die vermeintlich wichtigen, systemrelevanten Bereiche zu konzentrieren. Damit meine ich nicht nur die großen Kommunen, sondern auch die großen Akteure in der Wirtschaft. Aus meiner Sicht wäre dies viel zu kurz gesprungen. **DK**

Online-Veranstaltung am 2.10.2020:

Bayerisches FachkräfteForum

Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund in den Landkreisen München und Starnberg
Das nächste Bayerische FachkräfteForum steht an. Corona-bedingt wird es Online durchgeführt. Gemeinsam mit dem Bayerischen Landkristag laden MigraNet – IQ Netzwerk Bayern und die Bayerische Gemeindezeitung mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums zum Bayerischen FachkräfteForum „Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund“ ein.

Mit unserer Veranstaltungsreihe vertiefen wir das Thema „Fachkräftegewinnung vor Ort“ und zeigen Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund auf. Die Veranstaltungsreihe ermöglicht die gezielte Kommunikation relevanter Akteure vor Ort mit ausgewiesenen Fachleuten.

Die Gesetzeslage sowie die Chancen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes werden ebenso erläutert wie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse,

Spracherwerb und Arbeitsrecht. Die Veranstaltung richtet sich an Arbeitgebende, Personalverantwortliche, Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Verantwortliche in den Kommunen.

Die Teilnahme ist kostenfrei
Programm: <https://t1p.de/tonr>
Online-Anmeldung (bitte möglichst bis 26.09.2020) <https://t1p.de/lqv1>
Link zur Teilnahme am 2.10.2020, 15.00 Uhr: <https://t1p.de/lqv1>

Kinderschutz in Bayern

Familienministerin Trautner: „Die Bayerische Kinderschutzambulanz trägt als landesweites Kompetenzzentrum wesentlich zu Handlungssicherheit bei Verdacht auf körperliche oder sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche bei.“

Werden Ärztinnen und Ärzte mit Verletzungen von Kindern konfrontiert, deren Ursache unklar ist, so ist eine schnelle und vor allem richtige Einordnung dieser Verletzungen das Gebot der Stunde. Hier schafft die Bayerische Kinderschutzambulanz Klarheit und gibt schnell und umfassend Hilfestellung. 24 Stunden am Tag stehen Rechtsmediziner online, persönlich oder am Telefon zur Verfügung.

„Die Bayerische Kinderschutzambulanz ist ein Herzstück unseres Bayerischen Gesamtkonzepts zum Kinderschutz“, so Familienministerin Carolina Trautner bei ihrem Besuch der Kinderschutzambulanz in München. In jedem Verdachtsfall geht es um körperliche oder sexualisierte Gewalt gegen Kinder oder Jugendliche.

Die Rechtsmediziner der Bayerischen Kinderschutzambulanz

dokumentieren Verletzungen, sichern Beweise und stellen Diagnosen. „Damit tragen sie auch wesentlich dazu bei, Kinder vor weiterer Gewalt zu schützen“, so Trautner.

Die Ministerin betonte bei ihrem Besuch aber auch, dass Sensibilisierung und Qualifizierung das A und O für einen effektiven Kinderschutz sind. Für Ärztinnen und Ärzte aller Disziplinen hat das Familienministerium deshalb gemeinsam mit der Bayerischen Kinderschutzambulanz und weiteren Experten aus dem medizinischen Bereich eine umfassende und von der Bayerischen Landesärztekammer zertifizierte Online-Fortbildung zum Kinderschutz erstellt. Dazu die Familienministerin. Das digitale Fortbildungsangebot ist wichtiger denn je. Weitere Informationen gibt es hier: www.kinderschutz.bayern.de. **□**

Neue Ausstellung im Haus der Bayerischen Geschichte:

Bayern in den 1920ern

Ab 26. September präsentiert das Haus der Bayerischen Geschichte in Regensburg seine neue Sonderausstellung „Tempo, Tempo – Bayern in den 1920ern“. Präsentiert wird der fundamentale Umbruch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs.

Im Zentrum stehen die Veränderungen, die in Bayern trotz allen konservativen Beharrens feststellbar sind. Es geht um Tradition und Moderne, die Unterschiede zwischen Stadt und Land und um die Gründe, die zum Scheitern der Demokratie in Bayern führen.

„Die Zeit fährt Auto. Doch kein Mensch kann lenken“, beklagte der Schriftsteller Erich Kästner im Jahr 1928. Der Verkehr in den 1920er Jahren in Bayern wurde zunehmend dichter und gefährlicher. Ampeln und Verkehrspolizisten regelten neuerdings das Nebeneinander von Fußgängern, Radlern und motorisierten Verkehrsteilnehmern. Das musste sich erst einspielen und die Unfallzahlen stiegen drastisch an. Verkehrsaufklärung tat not: Plakate und Filme riefen zu Vorsicht und Rücksicht auf.

Die neue Mobilität und ihre Begleiterscheinung ist eines der zahlreichen Themen, die in der Bayerausstellung aufgegriffen werden. Viele weitere Aspekte dieses kontroversen Jahrzehnts des Auf- und Umbruchs werden beleuchtet, denn die Folgen des Ersten Weltkriegs, die Hyperinflation und die Extremisten von links und rechts belasteten die junge Demokratie. Trotzdem ermöglichte wirtschaftlicher Aufschwung bescheidenen Wohlstand, zunehmende persönliche Mobilität und Aufbruch.

Das Tempo dieses Jahrzehnts wird auch an den neuen Tanzstilen, neuen Musikinstrumenten und den bis heute populären Schlagern deutlich. Die gesellschaftliche Entwicklung wird aber auch kritisch gesehen. Thomas Mann machte sich über den Einfluss der Nationalsozialisten berechtigte Sorgen. Der Ruf Münchens als Kulturstadt stand auf dem Spiel. Der Volksänger Weiß Ferdl befürchtete hingegen: „Wir amerikanisieren uns“, wie er eines seiner Lieder überschreibt.

Zahlreiche Originalexponate, Filme, Musikbeispiele und Hörstationen ermöglichen bis 7. Februar 2021 einen bunt gemischten Rundgang durch dieses Jahrzehnt. Die ideale Ergänzung stellt eine aufwändige Filmproduktion zur Ausstellung mit dem Titel „Wartesaal. Das Schauspiel zur Ausstellung“ dar. Größen der bayerischen Kabarettzene treffen sich in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Rollen in Wartesälen der 1920er-Jahre. Dabei hinterfragt Christoph Süß, umringt von Luise Kinseher, Helmut Schleich, Christian Springer, Max Uthoff und Schauspielern des Münchner Volkstheaters, verschiedenste Entwicklungen und Aspekte der Zeit. **DK**

Gegen Angriffe auf die Demokratie

Damit Kommunalpolitikerinnen – und Politiker einfacher gegen Angriffe im Netz vorgehen können, hat Bayern ein neues Online-Meldeverfahren eingeführt.

Die Zahl der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger in Bayern steigt seit Jahren. Waren es im Jahr 2017 noch 194 Fälle, wurden laut Innenministerium 2019 knapp 100 zusätzliche Straftaten (272) angezeigt. Allein in diesem Jahr meldeten Opfer bis Ende Mai 158 einschlägige Straftaten – es könnten jedoch noch mehr sein, denn nicht jede wird zur Anzeige gebracht. Das neue Online-Meldeverfahren für Online-Straftaten soll dies ändern. Den Startschuss dazu hat Bayerns Justizminister Georg Eisenreich jetzt mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände in München gegeben.

Über 1.600 politisch motivierte Straftaten

Hass und Hetze gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger haben im Netz deutschlandweit ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Im vergangenen Jahr gab es laut Bundesinnenministerium insgesamt 1674 politisch motivierte Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger in Deutschland. Kommunalpolitikerinnen- und politiker, die im Internet – beispielsweise durch Hetze und Beleidigungen – angegriffen werden, können künftig Anzeigen und Prüfbitten unkompliziert online an die Justiz übermitteln. Geprüft werden die Meldungen dann durch den Hatespeech-Beauftragten der bayerischen Justiz, Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Hartleb. Dieses Amt wurde Anfang des Jahres neu geschaffen und bei der Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) bei der Generalstaatsanwaltschaft München angesiedelt. Wer nicht digital, sondern beispielsweise auf der Straße angegriffen wird, für den gibt es bei jeder der 22 Staatsanwaltschaften im Freistaat einen Ansprechpartner als Teil des Maßnahmenpakets der Staatsregierung zum Schutz kommunaler Mandatsträger. **red**

Online-Dienste der Verwaltung bekannter machen:

AKDB unterstützt bayerische Kommunen mit Werbekampagne

Um bayerische Bürger auf die große Bandbreite vorhandener Online-Dienste im Bürgerservice Portal aufmerksam zu machen, hat die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) eine Werbekampagne entwickelt. Vorlagen für Anzeigen, Plakate, Flyer und Online-Banner mit dem Slogan „Deine Verwaltung. Nur einen Klick entfernt“ stehen ab sofort allen interessierten Kommunen per Download kostenlos zur Verfügung.

Als zu Beginn des Corona-Shutdowns viele Ämter schließen oder auf Notbetrieb umstellen mussten, war für viele Bürgerinnen und Bürger die kommunale Webseite Anlaufstelle für Service-Informationen und alternative Kontaktmöglichkeiten. Dabei rückten auch die dort angebotenen aber oft noch weitgehend unbekannteren Online-Verwaltungsdienste von Stadt-, Landkreis- und Gemeindeverwaltungen stärker ins Bewusstsein. Das zeigt mitunter eine 30-prozentige Steigerung der Nutzungszahlen seit Beginn der Corona-Pandemie. Einzelne Dienste wie die internetbasierten Kfz-Zulassungsdienste schnellten gar um rund 3.000 Prozent in die Höhe.

Um die aktuell über 120 verfügbaren Online-Dienste in der

bayerischen Bevölkerung noch besser bekannt zu machen, hat die AKDB jetzt eine Werbekampagne für Print und Online entwickelt. Kommunen können sie individualisieren und auf das eigene Online-Angebot anpassen. Dazu gehören Vorlagen für Anzeigen, Plakate, Online-Banner, aber auch Flyer und redaktionelle Texte fürs Amtsblatt. Sie stehen allen Kommunen, die Online-Dienste über das Bürgerservice-Portal bereitstellen, kostenlos zur Verfügung.

Die fünf Kampagnen-Motive mit der Headline „Heute geh ich aufs Amt!“ zeigen unterschiedliche Bürgerinnen und Bürger jeden Alters in Freizeitsituationen und spielen mit einem Augenzwinkern auf die Tatsache an, dass ein Amtsgang nicht zwin-

gend ins Rathaus, ins Bürgerbüro oder ins Landratsamt führen muss. Er kann auch von zuhause oder von unterwegs erledigt werden, getreu dem Kampagnen-Motto: „Deine Verwaltung. Nur einen Klick entfernt“.

„Während die aktive Bewerbung von Online-Verwaltungsdiensten bislang kaum ein Thema war, haben wir seit Corona immer mehr Anfragen unserer kommunalen Kunden, ob wir sie hier nicht werblich unterstützen könnten“, so Wolfram Weisse, Leiter Marketing und Unternehmenskommunikation bei der AKDB zur Entstehungsgeschichte der Kampagne. „Nach einem internen Kreativprozess haben wir die beste Kampagnenidee einem Dutzend Kunden präsentiert, die Resonanz darauf war sehr positiv, denn die Standardfrage war fast immer ‚Wann können wir das haben?‘“, erinnert sich Weisse.

Positive Resonanz

Thomas Kiechle, Oberbürgermeister der Stadt Kempten (Allgäu), betont die zunehmende Bedeutung von Online-Diensten in der Verwaltung: „Die Zukunft ist nicht erst durch Corona digital. Aber während der gegenwärtigen Pandemie sind die Online-Dienste des Bürgerservice-Portals besonders wichtig.“ Die Stadt Kempten nutzt bereits Motive der Kampagne, um verstärkt auf die digitalen Anwendungen hinzuweisen. Für Kiechle liegen die Vorteile der On-

line-Dienste auf der Hand: „Der kontaktlose Online-Vorgang spart Zeit und bietet Sicherheit und Entlastung – sowohl auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger als auch für unsere Verwaltungsmitarbeiter. Ein Gewinn für alle“, so Kiechle weiter.

Für den Großteil der Online-Anträge brauchen Nutzer sich lediglich mit Nutzernamen und Kennwort im Bürgerservice-Portal zu registrieren. Für einige weitere Online-Dienste, die ein hohes Sicherheitsniveau erfordern, benötigen sie den Personalausweis mit freigeschalteter eID und eine kostenlose App. Diese kann man aus einem der gängigen App-Stores herunterladen.

Den Weg zur Digitalisierung von Verwaltungsdiensten hat der Gesetzgeber bereits seit einigen Jahren geebnet: So verpflichtet das Onlinezugangsgesetz – kurz OZG – Bund, Länder und Gemeinden, bis Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen online nutzbar zu machen.

Auch die Verwaltungsgemeinschaft Theres setzt bereits auf die Kampagne und macht ihre Bürger über Plakate, Anzeigen im Mitteilungsblatt und Veröffentlichungen in der örtlichen Presse auf die Online-Dienste der VG aufmerksam. „Nur wer digitale Angebote kennt, wird sie auch nutzen“, ist Theres' Bürgermeister und VG-Vorsitzender Matthias Schneider überzeugt. „Die Bürgerservice-Portal-Kampagne bringt das Thema digitale Verwaltung frisch und humorvoll rüber und das Thema der digitalen Erreichbarkeit ist angesichts der anhaltenden Corona-Pandemie aktueller denn je“, so Schneider weiter.

Vorlagen und freier Download der Kampagne unter www.akdb.de/heute-geh-ich-aufs-amt □

Gigabit-Ausbau wird ausgebremst

Der Deutsche Landkreistag kritisiert, dass es bis 2023 nicht möglich sein wird, den Breitbandausbau im Gigabit-Bereich mit staatlicher Förderung voranzutreiben. Laut Zeitungsberichten hat sich die Bundesregierung mit der EU-Kommission darauf geeinigt, dass die so genannte Aufgreifschwelle bis zu diesem Zeitpunkt bei 100 Mbit/s liegen wird. „Das bedeutet, dass in den nächsten zweieinhalb Jahren staatliche Investitionen in Gigabit-Verbindungen grundsätzlich nicht stattfinden dürfen. Das ist keine gute Nachricht, sondern wirft uns zurück“, so Präsident Landrat Reinhard Sager.

Damit habe sich die Kommission mit ihrer Auffassung zu einem Gutteil durchgesetzt, wonach das neue Förderprogramm eine Aufgreifschwelle vorsehen müsse. „Die Bundesregierung hatte hingegen ebenso wie der Deutsche Landkreistag und auch Abgeordnete des Deutschen Bundestags den Verzicht auf eine solche Schwelle gefordert.“

Erfolgversprechender Ansatz

Dieser Ansatz ist aus Sicht des Deutschen Landkreistages einzig erfolgversprechend. „Zwar erkennen wir an, dass es in bestimmten Konstellationen – etwa bei öffentlichen Dienstleistungen, Schulen oder Verwaltungsgebäuden – schon früher möglich sein wird, auch über 100 Mbit/s zu fördern. Aber der Breitbandausbau ist am Ende ein Flächenausbau, es darf hier keine Unterschiede geben. Nicht zuletzt geht es um die Menschen, die in den ländlichen Räumen leben und denen es nicht zu vermitteln sein wird, warum nicht endlich überall der schon im Koalitionsvertrag angekündigte geförderte Ausbau von Glasfasernetzen möglich

ist.“ Jedenfalls müsse jetzt angesichts der schon eingetretenen zeitlichen Verzögerung sichergestellt werden, dass mit dem Bau der Netze tatsächlich 2023 begonnen werden könne. Das setze voraus, dass wesentliche Elemente der Förderverfahren wie die Markterkundung, die Bewilligung der Fördermittel und die Zuschlagserteilung schon zuvor betrieben werden können.

Basis für Gigabitgesellschaft

Mit dem Wechsel zu Glasfaser werde die infrastrukturelle Basis für die Gigabitgesellschaft geschaffen, die gerade auch Ziel der europäischen Breitbandstrategie sei. „Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche. Demgegenüber führt ein – wenn auch befristetes – Festhalten an einer Aufgreifschwelle dazu, dass es erneut zur Bildung sehr kleiner Fördergebiete kommen wird, was einen flächendeckenden Ausbau deutlich erschwert“, so Sager. Auch würden am Ende mehr Fördermittel eingesetzt werden müssen, um die verbleibenden Lücken zu schließen. □

Staatsminister Gerlach und Füracker:

Verwaltungsdigitalisierung im Fokus

„Gerade in Zeiten von Corona wollen wir es unseren Unternehmen so einfach wie möglich machen, ihre Leistungen gegenüber der Verwaltung abzurechnen“, unterstrich Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach. Der Freistaat vereinfacht deshalb den Rechnungseingang bei Kommunen. Ab sofort können Rathäuser, Landratsämter und Bezirke Rechnungen mit Hilfe eines neuen E-Rechnungsviewers elektronisch entgegennehmen.

Dabei geht der Freistaat über die Anforderungen der EU hinaus und befähigt die Kommunalverwaltungen, auch digitale Rechnungen mit niedrigeren Beträgen anzunehmen. „Unsere Verwaltung muss mit dem digitalen Alltag der Wirtschaft gleichziehen. Digitale Rechnungen sparen Zeit, Geld und sind ein wichtiger Schritt für einen sparsamen Umgang mit Papier“, so Gerlach.

Finanzminister Albert Füracker, der für die technische Umsetzung in der staatlichen Verwaltung verantwortlich ist, begrüßt die Digitalisierung im Bereich der Rechnungsstellung: „Der Freistaat geht hier mit gutem Beispiel voran: Bei der Zusammenarbeit mit dem Staat steht den Unternehmen bereits seit April 2020 eine vollständig digitale Rechnungsverwaltung zur Verfügung. Das Angebot ist ein Erfolg und wird von vielen Betrieben schon genutzt. Alle Beteiligten können ‚volldigital‘ ohne Papier und Dateneingaben arbeiten. Das macht die Bearbeitung einfacher, schneller und kostengünstiger – und schont dazu noch die Umwelt. Wir freuen uns, wenn die Kommunen diesem Beispiel folgen und möglichst schnell und umfassend auch auf die digitale Rechnung setzen.“

Gerlach zufolge ist ein digitalisierter Rechnungsprozess vor allem für Aufträge mit niedrigen Summen sinnvoll, denn das sind zahlenmäßig die allermeisten. „Daher gehen wir für Bayern über die Anforderungen der EU hinaus und verpflichten unsere Kommunen nach einer Übergangsfrist von zwei Jahren auch unterhalb der vorgeschriebenen Schwelle elektronische Rechnungen anzunehmen. Der E-Rechnungsviewer erleichtert den Kommunen die Erfüllung dieser Pflicht und verbessert den Prozess der Rechnungsstellung für Unternehmen.“

Der E-Rechnungsviewer ist eine kostenlose Softwarelösung zur Visualisierung und Validierung von elektronischen Rechnungen. Dadurch können Prozessabläufe in

der Verwaltung noch weiter optimiert werden. Die Rechnungsdatensätze können hier hochgeladen und sichtbar gemacht werden: www.e-rechnung.bayern.de

Um die Digitalisierung in den bayerischen Rathäusern zu unterstützen, ist im Oktober 2019 das Projekt der sogenannten Digitalallotsen auf den Weg gebracht worden. Inzwischen haben 320 Teilnehmer die jeweils viertägige Schulung absolviert und stehen ihren Kommunalverwaltungen als Ratgeber bei der Digitalisierung zur Verfügung. Für den Herbst gibt es bereits rund 170 weitere Anmeldungen.

Digitalallotsen

„Ich freue mich sehr, dass das Programm so gut angenommen wird“, betonte Gerlach. Die Digitalallotsen seien wichtige Multiplikatoren bei der Digitalisierung der Verwaltung in den bayerischen Kommunen. Sie könnten notwendige Transformations- und Veränderungsprozesse anstoßen und dienen so als Impulsgeber für Digitalisierungsprojekte in den Kommunen.

Der „Grundkurs Digitalallotse“ wird von der Bayerischen Verwaltungsschule BVS in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Vermessungsverwaltung und den kommunalen Spitzenverbänden angeboten. 80 Prozent der Seminargebühren übernimmt der Freistaat. In dem Kurs werden die wichtigsten rechtlichen und organisatorischen Grundlagen vermittelt, die bei der Digitalisierung der kommunalen Verwaltung wichtig sind. Außerdem soll der Kurs für das Thema sensibilisieren und einen Überblick vermitteln, über die bereits vorhandenen Möglichkeiten, Verwaltungsabläufe zu digitalisieren. Der „Grundkurs Digitalallotse“ begleitet das Förderprogramm „Digitales Rathaus“. Dabei unterstützt der Freistaat die Kommunen mit insgesamt 43 Millionen Euro bei der Bereitstellung von neuen Online-Diensten. DK

»Also, ich sehe unendlich viele Lösungen für meine Kommune.«

Und was sehen Sie?
Wer am 4. AKDB Kommunalforum »Digital 2020« teilnimmt, dem eröffnen sich neue Horizonte – und unendliche Lösungswelten!
Diesmal komplett im Live-Stream.

1. Oktober 2020

Melden Sie sich gleich an!

www.akdb.de/kommunalforum

kostenfrei, aber mit Gewinn!

#kommunalforum20

Möglichkeiten
überall

AKDB
Kommunalforum



BREKO Marktanalyse20:

Glasfaserausbau auf der Überholspur

Der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) hat die aktuelle Analyse zur Lage des Telekommunikationsmarktes vorgestellt. Die Ergebnisse zeigen eine positive Entwicklung des Glasfaserausbaus in Deutschland. Deutschlandweit wurden 195 Netzbetreiber befragt. Daneben wurden Daten öffentlich zugänglicher Quellen zur Verifizierung sowie zur Ermittlung von Gesamtmarktzahlen herangezogen.

Der Anteil der Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude und Wohnungen im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Haushalte und Unternehmen („Glasfaserquote“) ist auf 13,5 Prozent gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von 1,1 Millionen auf insgesamt 6,1 Millionen Glasfaseranschlüsse deutschlandweit. Den größten Teil dieser Anschlüsse realisieren mit 4,9 Mio. die sog. alternativen Netzbetreiber, also die Wettbewerber der Deutschen Telekom. Die Ausbaudynamik wird sich in den kommenden Jahren verstärken: Für das Jahr 2023 prognostiziert die BREKO Marktanalyse20 einen Anstieg auf insgesamt 22 Millionen Glasfaseranschlüsse – 14,1 Millionen davon durch alternative Netzbetreiber realisiert.

Die Investitionen in die digitale Infrastruktur sind im Jahr 2019 auf insgesamt 9,6 Milliarden Euro gestiegen. Hier dominieren ebenfalls die alternativen Netzbetreiber. Mit 5,2 Milliarden Euro (54,1 %) finanzieren sie deutlich über die Hälfte des Ausbaus.

Sicherheit der Verbindung

Der Bedarf an Datenvolumen von Privathaushalten und Unternehmen steigt weiter und damit die Nachfrage nach echten Glasfaseranschlüssen. Mit 42 % liegt die Take-up-Rate bei

Glasfaseranschlüssen zwölf Prozentpunkte über der von Kabelnetz-Anschlüssen (30 %). Die Corona-Pandemie hat zusätzlich einen starken Einfluss auf die Nachfrage nach schnellem Internet. 49 Prozent der Bestandskunden fragten nach einem Tarif-Upgrade mit höherer Bandbreite. Auch bei 43 Prozent der Neukunden stellten die Netzbetreiber einen Bedarf an höherwertigen Anschlussprodukten fest. Die Zuverlässigkeit/Stabilität sowie die Download- und Uploadbandbreite sind für Privat- und Geschäftskunden in der aktuellen Situation zu besonders wichtigen Merkmalen des gebuchten Internetvertrags geworden. Geschäftskunden schätzen zudem die Sicherheit der Verbindung als immer wichtiger ein.

Die Krise überwinden

Dass ein hochleistungsfähiger Internetzugang in der Pandemie systemrelevant geworden ist, ist der Branche laut BREKO-Geschäftsführer Stephan Albers klar: „Unsere Netzbetreiber leisten einen wichtigen Beitrag dafür, dass wir die Krise überwinden können. Dieser Verantwortung sind wir uns bewusst. Corona hat eindrücklich gezeigt: Wir müssen zukunftssichere Glasfasernetze bauen. Sicherheit und Stabilität, die Vorzüge des Glasfasernetzes, werden immer wichtiger. Die Zukunft gehört dem ‚Fiber to the Homeoffice‘. Wichtig ist zudem, dass Glasfasernetze nicht nur leistungsfähiger sind, sondern durch verminderten Stromverbrauch auch

Breitbandausbau:

Spatenstich in Thurmsbang

Grund zur Freude für die Einwohner von Thurmsbang im Landkreis Freyung-Grafenau: Dort fand vor kurzem der Spatenstich für den Breitbandausbau statt. In den nächsten fünf Jahren sollen über 39 Kilometer Glasfaserkabel verlegt werden und die Menschen dort auch endlich Zugang zu schnellem Internet bekommen.

Bis 2025 sollen Unternehmen und Haushalte flächendeckend Zugang zu Gigabit-Verbindungen haben. Gerade in ländlichen und weniger dicht besiedelten Regionen wie Thurmsbang wird es für Unternehmen jedoch schnell unwirtschaftlich. Mit Bundesmitteln und Mitteln von Land und Kommune wird die Wirtschaftlichkeitslücke des privaten Netzbetreibers ausgeglichen - in diesem Fall der Deutschen Telekom. Für das Unternehmen rechnet sich damit der Ausbau in einem eigentlich unwirtschaftlichen Gebiet.

Beste Infrastruktur im Visier

Wie Bundesminister Andreas Scheuer betonte, sei beste Infrastruktur auch auf dem Land für Deutschland als Land der Regionen allerhöchste Pflicht. „Wir brauchen Gigabitnetze. Und das überall, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Denn schnelles Internet erleichtert uns allen die Arbeit und den Alltag. Das wurde in der aktuellen Lage noch einmal sehr deutlich, wenn teilweise sogar die Schule virtuell stattfinden muss. Darum investieren wir massiv in den Ausbau der Netze: hier in Thurmsbang mit rund 1,7 Millionen Euro für schnelles Netz in über 500 Haushalten.“

Für die Unterstützung beim Breitbandausbau bedankte sich Bürgermeister Martin Behrin-

die nachhaltigste digitale Infrastruktur darstellen und damit zum Klimaschutz beitragen. Damit wir diese Vorzüge nutzen können, müssen aber auch alle mitmachen. Die BREKO-Unternehmen werden dafür ihren Beitrag leisten.“

Festnetzanschlüsse spielen nach wie vor die entscheidende Rolle für den Datentransport in Deutschland. Das Verhältnis des über Festnetz und Mobilfunk übertragenen Datenvolumens bleibt dabei stabil bei einem Verhältnis von etwa 132 GB (Festnetz) : 1,6 GB (Mobilfunk). Nahezu 99 Prozent der Daten werden demnach über das Festnetz übertragen. Eine Ablösung des Festnetzes durch den Mobilfunk ist demzufolge weiterhin nicht erkennbar und auch zukünftig nicht zu erwarten.

Die BREKO-Netzbetreiber setzen weiterhin klar auf den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau. Trotz laufender Förderprogramme erfolgen 75 Prozent aller Ausbauprojekte eigenwirtschaftlich. Laut BREKO-Präsident Norbert Westfal „unterstreicht die neue BREKO Marktanalyse, dass der Löwenanteil des Glasfaserausbaus eigenwirtschaftlich erbracht wird. Ohne jegliche Fördermittel. Das liegt daran, dass der eigenwirtschaftliche Ausbau schneller, effizienter und marktorientierter umgesetzt werden kann. Förderprojekte sind von Natur aus langwierig und mit vielen Herausforderungen verbunden.“

Deshalb gilt es, die Rahmenbedingungen für den eigenwirtschaftlichen Ausbau weiter zu verbessern und Bürokratie abzubauen. Dennoch ist staatliche Förderung als Ergänzung wichtig, muss aber dosiert und nur dort eingesetzt werden, wo die Versorgung der Bürger und Unternehmen besonders schlecht ist. Geld allein baut keine Netze.“



Kultusminister Michael Piaolo (r.) gemeinsam mit Manfred Oetzelberger, Moderator und Presseclub-Vorstandsmitglied. Bild: CH

Die digitale Schule:

Corona liefert den notwendigen Schub

Gespräch mit Kultusminister Piaolo im Münchner Presseclub

Die „Digitale Schule“ stellt Kommunen vor gewaltige personelle, organisatorische und nicht zuletzt finanzielle Herausforderungen. Gerade für kleine Gemeinden, die unterschiedlichste Schulen mit Geräten auszustatten und für eine optimale Internetanbindung zu sorgen haben, ist der personelle Aufwand, Förderanträge für Internet und Endgeräte zu stellen, enorm. Der Wunsch nach zusätzlicher personeller Unterstützung, um komplexe Antragsverfahren abzuwickeln, ist groß. Bei einem Gespräch im Münchner Presseclub nahm Kultusminister Michael Piaolo Stellung zur Ausstattung der kommunalen Schulen.

Piaolo zufolge sind hierfür zwei Ministerien verantwortlich. Um den Breitbandausbau kümmert sich das Finanzministerium, Geräteausrüstung und WLAN fallen in den Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums - aus Sicht des Ministers eine eher unkomfortable Konstellation.

Der Bayerischen Gemeindezeitung wurde von einem Fall berichtet, in dem endlich Leihgeräte bestellt werden konnten, wann die aber tatsächlich geliefert werden, stehe noch in den Sternen, da die Nachfrage momentan sehr hoch sei. Förderanträge für digitale Maßnahmen zu stellen, das wird den bayerischen Kommunen auch zukünftig nicht erspart werden und geeignetes Personal, um diese Antragsflut zu bewältigen, muss auch erst gefunden werden.

Deutliche Nachbesserungen

Laut Minister ist gerade in den 2010er-Jahren die Digitalisierung in den Schulen vernachlässigt worden. Hier wird jetzt nachgebessert und Corona hat für den notwendigen Schub gesorgt. Geld und auch Strukturen wären vorhanden und auch der Bund hat sich bereit erklärt, beim WLAN zu helfen. Im Digitalpakt wurden insgesamt 5 Mrd. Euro für die Digitalisierung der Schulen eingestellt, von denen 787 Mio. Euro nach Bayern fließen, zusätzlich zu dem, was der Freistaat selber bereit stellt.

Unter Corona gab es zusätzlich zwei Annexe, die zum einen für die Leihgeräte von Schülerinnen und Schülern und zum anderen Wartung und Pflege abdecken. Für das Ministerium wird die Wartung und

Pflege als Aufgabe der Sachaufwandsträger verstanden, Kommunen sehen die Staatsregierung in der Pflicht. Piaolo selbst ist der Meinung, dass hier zusammengearbeitet werden muss: „Die Kosten der Kommunen für Wartung und Pflege werden im Wesentlichen für die nächsten Jahre übernommen.“ Jede Gemeinde sei außerdem auch informiert worden, so der Minister, wie viel sie an Mitteln zur Verfügung habe. Nun liege es aber auch an den Verwaltungsabläufen, wie schnell diese zum Einsatz kommen können.

Über die Sommerferien wurde der Stand der Breitbandanbindung aller 6.090 öffentlichen und privaten bayerischen Schulen erhoben und in einer übersichtlichen Internetkarte zusammengeführt. Unter www.schulatlas.bayern.de ist dieser digitale Schulatlas abrufbar, der demnächst um den Punkt WLAN ergänzt werden soll. So kann transparent der Gigabit-Netz-Anschluss der Schulen abgefragt werden.

Dabei zeigte sich, dass mehr als 95 % der öffentlichen Schulen bereits einen Glasfaseranschluss haben bzw. die Glasfasererschließung aktiv angegangen sind und mehr als die Hälfte aller öffentlichen Schulen in Bayern auf eine gigabitfähige Infrastruktur zugreifen kann. Andererseits, wie aus einer schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Margit Wild an das Finanzministerium hervor geht, gibt es immer noch 45 Schulen ohne Internetzugang. 1.291 Schulen verfügen nur über eine Anbindung von weniger als 50 Mbit/s. CH

EU-Kommission macht Tempo beim Ausbau von 5G

Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Investitionen in die Infrastruktur für Breitbandverbindungen mit sehr hoher Kapazität, einschließlich 5G, zu verstärken.

„Breitband und 5G-Konnektivität bilden die Grundlage für die grüne und digitale Umgestaltung der Wirtschaft, unabhängig davon, ob wir über Verkehr und Energie, Gesundheitswesen und Bildung oder Fertigung und Landwirtschaft sprechen“, so Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager.

Und weiter: „Wir haben gesehen, wie die aktuelle Krise die Bedeutung des Zugangs zu sehr schnellem Internet für Unternehmen, öffentliche Dienste und Bürger, aber auch für die Beschleunigung des Tempos in Richtung 5G deutlich gemacht hat. Wir müssen daher gemeinsam auf einen schnellen Netzausbau ohne weitere Verzögerungen hinarbeiten.“

Mit der Empfehlung fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, bis zum 30. März 2021 ein gemeinsames Konzept für den Netzausbau in Form eines Werkzeugkastens bewährter Verfahren zu entwickeln.

Säule des Aufschwungs

Die Infrastruktur ist der wichtigste Baustein der digitalen Transformation und eine wesentliche Säule des Aufschwungs. Die rechtzeitige Einführung von 5G-Netzen wird in den kommenden Jahren bedeutende wirtschaftliche Chancen bieten, da sie ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit Europas und ein wichtiger Faktor für künftige digitale Dienste ist. □

5G-Infrastruktur in Städten und Gemeinden:

InvisiWave von Raycap macht Antennen und Sender unsichtbar

Raycap, internationaler Hersteller von Produkten und Systemen für die passive Telekommunikationsinfrastruktur, hat das neuartige Material InvisiWave auf Kunststoffbasis entwickelt. Dieses hilft Carriern, Gemeindebehörden und Stadtverwaltungen, den Ausbau der 5G-Infrastruktur im innerstädtischen Bereich voranzutreiben. Dank seiner besonderen elektrischen Eigenschaften beeinträchtigen Verkleidungen aus InvisiWave die Signalstärke im mm-Wellenlängenbereich nicht wesentlich. Dadurch lassen sich erstmals Ansprüche an Ästhetik und Technik verbinden. Darüber hinaus sind Screen Panels aus InvisiWave problemlos nutzbar, um bestehende Small-Cell-Standorte auf 5G aufzurüsten.

Der Ausbau der 5G-Infrastruktur nimmt Gestalt an; die Nachfrage nach höheren Geschwindigkeiten und Bandbreiten beschleunigt diesen Prozess. Treibende Kraft hinter 5G sind die neuen Sender im mm-Wellenlängenbereich sowie die dazugehörigen Antennensystemen, deren Zellenradien um die 100 m betragen.

Signalqualität nicht beeinträchtigen

Jedoch sorgt der Ausbau der 5G-Infrastruktur vielerorts für Diskussionen. Antennen und Sendemasten stören – vor allem in historischen Altstädten – das Stadtbild und müssen aus ästhetischen Gründen meist verdeckt werden. Allerdings bestehen herkömmliche Verkleidungen oftmals aus einem Material, das die Signalstärke bei höheren Frequenzen stark beeinträchtigt. Dadurch ist die Infrastruktur zwar nicht mehr zu sehen, aber auch funktionsmäßig ineffizient.

Neuartiges Material

Um dieses Problem zu beheben und Signalstärke, Netzabdeckung und ästhetische Anforderungen zu vereinen, hat Raycap das neuartige Material InvisiWave entwickelt. Dadurch können Carrier, Gemeindebehörden und Stadtverwaltungen erstmals die für den 5G-Netzausbau notwendige Infrastruktur „unsichtbar“ machen, ohne Abstriche bei der Signalqualität machen zu müssen. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Smart City.

Durch InvisiWave werden beispielsweise Small-Cell-Standorte in Straßenlaternen, Verteilerschränken, Blumenkübeln oder anderen Stadtmöbel mög-

lich, ohne dass die Signalstärke durch das Material der Verkleidung wesentlich verringert wird. Dadurch wird die Netzabdeckung deutlich erhöht, ohne die Optik des Straßenbilds negativ zu beeinflussen. Dabei wird auch die Sicherheit der Infrastruktur berücksichtigt - die Verkleidungen aus InvisiWave sind nicht nur feuerbeständig, sondern schützen die sensible Technik auch vor Vandalismus.

Bestehende Standorte einfach aufrüsten

Mithilfe der neuen InvisiWave Screen Panels lassen sich auch bestehende verdeckte Wireless-Standorte für 5G aufrüsten. Dabei wird ein kleiner Teil der bestehenden Wandstruktur durch ein getarntes InvisiWave Screen Panel ersetzt, um die 5G-mmWave-Ausrüstung zu verbergen, ohne dabei die Leistung und Abdeckung zu beeinträchtigen. Durch das weltweit erste Drop-in-Upgrade eines 5G-Kleinzellen-Panels für vorhandene verdeckte Sendepunkte, lässt sich die bestehende Infrastruktur ganz einfach upgraden. So bauen Betreiber die 5G-Infrastruktur aus, ohne neue Standorte schaffen zu müssen.

„Wir wollten einen Weg finden, die 5G-Infrastruktur in den Städten so zu gestalten, dass sie im Stadtbild nicht auffällt. Gleichzeitig ist es aber wichtig, dass die Verkleidung die Signalqualität nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt. Auf Basis dieser Zielsetzung entwickelten wir InvisiWave. Auch im Hinblick auf die Förderung von Smart Citys“, erklärt Volker Lange, Vice President Sales EMEA bei Raycap. Weitere Informationen unter www.raycap.de □

Förderung für den Breitbandausbau

Der Freistaat hebt die Fördersätze des Bundesprogramms zum Breitbandausbau auf bis zu 90 Prozent. Die Digitalisierung im Freistaat treiben zudem Initiativen wie der online „Quick-Check“ sowie kostenloses WLAN an Hotspots in den Städten voran. So hat Berching als europaweit erste geförderte Stadt ab sofort ein Gigabitnetz.

Über 95 Prozent aller bayerischen Haushalte sind mit schnellem Internet versorgt. Um den Breitbandausbau weiter voran zu bringen, werden die Fördersätze für Gemeinden, die das Breitbandförderprogramm des Bundes nutzen, auf durchschnittlich knapp 90 Prozent erhöht. „Dies soll zusätzlicher Anreiz für unsere Kommunen sein. Wir wollen Glasfaser bis in jedes Haus“, sagte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Hohe Dynamik auf dem Land

Nahezu alle Gemeinden in Bayern haben die Förderung bereits genutzt: Freistaat und Kommunen haben seit Ende 2013 insgesamt über 1,5 Mrd. Euro in den Glasfaserausbau und damit in die Breitbandversorgung von Privathaushalten, Unternehmen, Schulen und Krankenhäusern investiert. In Bayern sind bisher 96,2 Prozent der bayerischen Haushalte mit schnellem Internet versorgt. Im ländlichen Raum hat

sich der Breitbandausbau seit Ende 2013 von rund 27 Prozent der Haushalte, die über schnelles Internet verfügen, auf 90 Prozent verbessert. Im Rahmen der Förderung erhalten Kommunen im Durchschnitt nur eine Förderung von gut 50 Prozent. Der Freistaat hat dafür ein Kofinanzierungsprogramm etabliert, dessen Konditionen jetzt nochmals deutlich verbessert werden. Das bedeutet eine Steigerung der Fördersätze durch Landesmittel auf bis zu 90 Prozent. In Härtefällen sind noch höhere Sätze möglich.

Online „Quick-Check“

Die Digitalisierung in Bayern wird zudem mit einzelnen Initiativen vorangetrieben. Dazu zählt beispielsweise auch der online „Quick-Check“ im BayernPortal. Damit kann jeder unverbindlich und anonym prüfen, wie hoch die eigenen Chancen auf eine Einbürgerung sind. Im Jahr 2019 ist mit insgesamt 20.977 Eingebürgerten die Zahl im Vergleich zu 2018 um

16,1 Prozent gestiegen. „Mit dem neuen ‚Quick-Check‘ ist eine weitere bürgernahe Dienstleistung online und sogar per Smartphone abrufbar. Wir bauen so die digitale Verwaltung Schritt für Schritt aus. Ziel: Ende dieses Jahres die wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen auch im Internet verfügbar zu haben“, sagte Digitalministerin Judith Gerlach bei der Einführung des Service Ende Juni 2020.

Der Quick-Check macht zwar nicht den formalen Antrag auf Einbürgerung überflüssig und erhöht auch nicht die Chancen, eingebürgert zu werden. Aber er ermöglicht einen unkomplizierten Test. Die 54 wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen des BayernPortals sollen bis Ende dieses Jahres online zur Verfügung stellen – und wo es möglich ist auch per App aufrufbar sein.

Gigabitnetz in Pilotgemeinde

Als Basis für eine erfolgreiche Digitalisierung zählt neben dem Breitbandausbau auch die Verfügbarkeit von kostenlosem WLAN. Dazu ist Anfang August 2020 der europaweit erste geförderte Gigabit-Turbo in Berching in Betrieb gegangen. In der Pilotge-

meinde wurde erstmals ein Gebiet, welches bereits mit schnellem Internet versorgt war, mithilfe staatlicher Förderung mit einem Gigabitnetz ausgestattet. Der Freistaat hat das Projekt mit über 100.000 Euro unterstützt. 1,54 Millionen Euro Förderung erhielt die Stadt bereits für den Breitbandausbau.

BayernWLAN für Bürger

Der neue BayernWLAN-Hotspot an der Grund- und Mittelschule Berching ist der 25.000ste in ganz Bayern. BayernWLAN ist in der Stadt Berching damit an vier Standorten verfügbar. Mit Nutzerzahlen von bis zu neun Millionen pro Monat bayernweit seien die Hotspots ein Erfolgsprojekt, sagte Füracker. Im Fokus als Standorte für BayernWLAN-Hotspots stehen vor allem Kommunen, touristische Highlights, Hochschulen und Behördenstandorte. Bei BayernWLAN gibt es weder Volumenbegrenzung noch Werbung. Der Einstieg in das freie BayernWLAN ist dabei leicht und praktisch: Jeder Hotspot heißt „@BayernWLAN“. Es sind keine Passwörter und keine Anmeldedaten erforderlich, eine Registrierung ist nicht nötig.

Breitbandberatung für Kommunen

Das Team der Breitbandberatung Bayern GmbH hat als unabhängiges Beratungs-/Planungsbüro bereits über 2.000 Kommunen in Bayern betreut. Seit 2008 unterstützen die Experten Kommunen bei der Durchführung der Breitbandförderprogramme Bayern sowie Bund. In diesem Zeitraum wurden laut Unternehmen über 3.000 Verfahren abgewickelt, 7.000 Sondierungsgespräche mit Netzbetreibern geführt und rund 6.000 Angebote ausgewertet: <https://www.breitbandberatung.de/>

Der Breitbandatlas

Der Breitbandatlas ist das zentrale Informationsmedium zur aktuellen Breitbandversorgung in Deutschland und steht allen Interessierten kostenfrei zur Verfügung. Anhand von interaktiven Karten wird gezeigt, welche Bandbreiten und Techniken für die Datenübertragung zur Verfügung stehen. Die Anzeige in der Karte kann von ganz Deutschland bis auf Ebene eines Orts- bzw. Stadtteils navigiert werden. Die Breitbandverfügbarkeit wird in Prozent der zu versorgenden Haushalte durch die Färbung der Rasterzellen dargestellt. Unbesiedelte Gebiete ohne Haushalte werden nur in der Ansicht zum Breitband Mobilfunk dargestellt: www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandatlas-Karte/start.html

Unterhaching:

M-net Glasfaser für Bürokomplex „Hatrium“

Videokonferenzen, Cloud-Speicher, Homeoffice: Die Coronapandemie hat die Aufmerksamkeit einmal mehr auf digitale Anwendungen im Berufskontext sowie auf mögliche Kapazitätsengpässe durch eine rückständige IT-Infrastruktur bei Immobilien gelenkt. Ein Büro-Objekt in Unterhaching, das bislang nur über eine unzureichende Breitbandversorgung verfügte, hat Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net gerade zusammen mit der Schwaiger Group an sein Glasfasernetz angeschlossen.

Mitarbeiter der Unternehmen in der 19.000 Quadratmeter großen Büroimmobilie können von nun an auf eine Standleitung mit bis zu 10 Gigabit/s zugreifen, statt auf bisher nur 16 Megabit/s Bandbreite vor dem Glasfaserausbau.

Quantensprung für Mieter

„Ein Quantensprung für unsere Mieter im Hatrium“, konstatiert Michael Schwaiger, CEO der Schwaiger Group. Zu den Mietern im Hatrium gehören Unternehmen wie Intel Mobile Communications, Infineon, Vincotech (Tochter der Mitsubishi Electric Corporation), das Hightech-Unternehmen Myconic und der Software-Entwickler CT-Engineering.

Doppelter Effizienzgewinn

Die Investition in die Umstellung auf Glasfaser bis ins Büro wird von vielen Immobilieneigentümern immer noch geschätzt, obwohl die Vorteile überwiegen. Dem Immobilienprojektentwickler Schwaiger Group zufolge ist Glasfaser nicht nur ein Effizienzgewinn mit Blick auf die Datenmengen, sondern auch in Bezug auf die Energieeffizienz: „Glasfaser benötigt fünf Mal weniger Energie als Kupferkabel.“

Wesentliche Vorteile der Glasfaser

Die Faktoren Bandbreite und Energieverbrauch sind aber nur zwei von fünf wesentlichen Vorteilen der Glasfaser, weiß Andreas Brand, Leiter der Abteilung Wohnungswirtschaft bei M-net: „Glasfaseranschlüsse verfügen außerdem über besonders geringe Latenzzeiten. Das heißt, die Reaktionsgeschwindigkeit ist höher als bei konventionellen Anschlüssen. Darüber hinaus sind sie besonders zuverlässig und sicher. Da die Daten mittels Licht übertragen werden, können ihnen elektromagnetische Störungen nichts anhaben“, macht Brand deutlich.

Ob Dienstleistungssektor oder verarbeitendes Gewerbe: Un-

ternehmen stellen schon heute hohe Anforderungen an einen leistungsstarken und zuverlässigen Internetanschluss. Neben dem Austausch von Daten etwa über Cloud-Server spielt auch das Thema Sicherheit eine zunehmende Rolle. Denn: Eine IT-Infrastruktur, die ohnehin an den Kapazitätsgrenzen arbeitet, sei kaum in der Lage, Cyber-Angriffen standzuhalten. „Da Kupferleitungen schon heute an ihr Limit stoßen, müssen Büros mit Glasfaser für das Datenaufkommen der Zukunft gerüstet werden“, erklärt Andreas Brand von M-net. Das Internet sei im Homeoffice häufig effizienter als im Büro. Nur etwa jeder zweite Büroangestellte sei einer Studie des IT-Dienstleisters ZyXEL mit der Internetverbindung im Büro zufrieden.

Maßgeschneidertes Portfolio

Um den Bedürfnissen von Unternehmen gerecht zu werden, bietet M-net ein maßgeschneidertes Geschäftskundenportfolio, angefangen von schnellen Internetzugängen über Business-Telefonielösungen und Server-Kapazitäten bis hin zu Standortvernetzungen für Unternehmen mit mehreren Standorten.

Glasfaser im Büro wird zum Standortfaktor

Weil schon heute jedes Unternehmen auf einen leistungsfähigen Internetanschluss angewiesen ist, beeinflussen schnelle Übertragungsraten laut Schwaiger immer mehr die Attraktivität eines Bürostandortes: „Eine schnelle Datenverbindung wird über alle Branchen hinweg immer mehr zum Erfolgsfaktor. Das gilt nicht nur für Unternehmen, deren Geschäftsidee im Kern digital ist.“ Immobilienunternehmen dürften deshalb ein Investment in Glasfaser nicht scheuen. „Gerade Büroimmobilien sollten Datenübertragungsraten von 10 Gigabit/s bieten können. Eine zukunftsfähige IT-Infrastruktur ist in unserem Zeitalter die Basis für zukunftsfähige Immobilien.“



Die Glasfaser für Haimhausen ist „gespleißt“ (v.l.): Hauseigentümerin Frau Plank; Uwe Nickl, CEO Deutsche Glasfaser; Finanz- und Heimatminister Albert Füracker; Bernhard Seidenath, MdL; Peter Felbermeier, Erster Bürgermeister von Haimhausen; Direktor Stefan Graf, Bayerischer Gemeindegeldtag; 2. Bürgermeisterin Claudia Kops.

Bild: AvH

So funktioniert Digitalisierung in Bayern:

Privat und Staat – Hand in Hand für flächendeckenden Glasfaserausbau

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker: „Durch kluge Kombination zwischen der Bayerischen Breitbandförderung und eigenwirtschaftlichem Glasfaserausbau bringen wir Gigabit in jedes Haus“

Die Deutsche Glasfaser hat in Haimhausen im Landkreis Dachau im ersten Schritt privatwirtschaftlich ein Glasfasernetz ausgebaut und schließt nun im zweiten Schritt die Netzlücken mit staatlichen Fördermitteln. So entsteht am Ende durch das abgestimmte Zusammenspiel von privatwirtschaftlicher Investition und Breitbandförderung ein flächendeckendes FTTH-Glasfasernetz („Fiber To The Home“ – Glasfaser bis ins Haus). Diese effiziente Zusammenarbeit in Haimhausen kann Blaupause für die rasche Digitalisierung vieler weiterer Kommunen in Bayern sein.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker verbindet zwei Glasfaserenden durch „Spleißen“ und rüstet so den Bauernhof einer Familie in Haimhausen für die digitale Zukunft. Nachdem Deutsche Glasfaser Mitte des letzten Jahres den Gemeindegeldern von Haimhausen und den Ortsteil Ottershausen mit Glasfaser ausgebaut hat, erhalten nun die nicht wirtschaftlich zu erschließenden Außengebiete mit Hilfe von Fördermitteln Anschluss an das Netz.

Die Tiefbauarbeiten sind bereits gestartet, so dass sukzessive die Haushalte im Fördergebiet angeschlossen werden. „Die leistungsfähige und flächendeckende Versorgung Bayerns mit schnellem, zukunftsfähigem High-Speed-Internet vor allem auch im ländlichen Raum ist ein zentrales Anliegen der Bay-

erischen Staatsregierung. Hier müssen alle Beteiligten, also Staat, Kommunen und Versorger, an einem Strang ziehen“, sagte Albert Füracker, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat.

Ambitioniertes Ziel

„Wo ein eigenwirtschaftlicher Netzausbau nicht möglich ist, greift unsere Bayerische Gigabitförderung und sorgt zusammen mit den Kommunen und der Wirtschaft für Flächendeckung beim High-Speed-Internet. In jeder Gemeinde ist so die Glasfaser bereits jetzt angekommen. Wir geben uns damit aber nicht zufrieden. Unser ambitioniertes Ziel für die Zukunft in Bayern: Gigabit bis in jedes Haus“, so Staatsminister Füracker weiter. Uwe Nickl, Geschäftsführer

Deutsche Glasfaser: „Die ländlich geprägten Kommunen in Deutschland werden durch reine Glasfasernetze als Wohn- und Wirtschaftsstandort immer attraktiver. Bayern wählt bei der Digitalisierung ihrer Kommunen definitiv einen guten Weg: Die Kombination aus schnellem privatwirtschaftlichen und geförderten Glasfaserausbau entfaltet dann ihre Wirkung, wenn der private Ausbau dem geförderten Ausbau vorausläuft. Deutsche Glasfaser skaliert ihren Netzausbau auch in Bayern massiv – die Bayerische Gigabitförderung bildet für kluge Kommunen dann die ideale Synergie. So sorgen wir gemeinsam für den Glasfaserzugang für alle.“

Peter Felbermeier, Bürgermeister von Haimhausen: „Wir freuen uns, dass wir in Haimhausen schon sehr bald gerüstet sind für alle digitalen Möglichkeiten heute und in Zukunft – und das flächendeckend. Das verdanken wir insbesondere auch unseren Bürgerinnen und Bürgern, die sich in der Vergangenheit für den privatwirtschaftlichen Netzausbau durch die Deutsche Glasfaser stark gemacht haben.“

Bayernweit – Gemeinsam für mehr Geschwindigkeit

breitbandausbau@m-net.de

M-net



V.l.: Altbürgermeister Helmut Krämer, Geschäftsleiter Rüdiger Schmidt, Johannes Bisping (Geschäftsführer Bisping & Bisping), 1. Bürgermeister Stefan Reichold, André Gudopp (Bisping & Bisping) Bundestagsabgeordnete Emmi Zeulner, Regierungsdirektor Bernd Geisler, Landtagsabgeordneter Holger Dremel, Stellvertretender Landrat von Bayreuth Manfred Neumeister, Kristina Klinger (atene KOM).

Breitbandzugang aktiviert:

Veilbronn, Leidingshof und Siegritz bereits im Gigabyte-Zeitalter

Ende Juli wurden die ersten Gemeindeteile des Marktes Heiligenstadt i.Ofr. an das Glasfasernetz angeschlossen und können ab sofort Bandbreiten bis zu 1.000 Mbit/s nutzen. 1. Bürgermeister Stefan Reichold dankte seinem Amtsvorgänger Helmut Krämer, Geschäftsleiter Rüdiger Schmidt und dem gesamten Marktgemeinderat für „eine weitsichtige und sehr kluge Entscheidung“.

Durch den Breitbandausbau schafft sich die Marktgemeinde einen Standortvorteil für die kommenden Jahre. Sein Appell geht deshalb an die Gewerbetreibenden, sich intensiv mit dem Thema Digitalisierung zu befassen und dadurch auch einen Wettbewerbsvorteil zu schaffen.

In seiner Funktion als Geschäftsführer der Breitband Markt Heiligenstadt i.Ofr. GmbH konnte Rüdiger Schmidt vor allem mit sehr erfreulichen Zahlen aufwarten: Der für die Marktgemeinde ursprünglich errechnete

Eigenanteil von etwa 2,4 Millionen Euro verringert sich durch die Förderung des Freistaates Bayern erheblich – auf zirka 700.000 Euro.

Davor skizzierte er die Entscheidungsfindung vom ursprünglichen Vorhaben, das Förderprogramm des Freistaates Bayern zu beantragen, dem „Nein“ des Gemeinderats und dem Einstieg in das Bundesförderprogramm, das eine Glasfaseranbindung jedes einzelnen Haushalts vorsieht. Zudem betonte er die schwierige Aufgabe, die 24 Gemeindeteile trotz langer Leitungswege und

steinigem Boden anzuschließen. Abschließend bedankte er sich bei den beteiligten Firmen für die gute Zusammenarbeit.

Leuchtturmprojekt

Emmi Zeulner, Mitglied des Bundestages, lobte den Mut und die Leistung der Marktgemeinde, dieses Leuchtturmprojekt als Vorreiter angegangen zu sein. Wasser, Abwasser und Glasfasernetz in kommunaler Hand zu wissen setze ein Ausrufezeichen im ländlichen Raum und sei ein historischer Tag für die Region. Glückwünsche des Bayerischen Finanz- und Heimatministeriums überbrachte Regierungsdirektor Bernd Geisler und betonte, dass Heiligenstadt sich als gutes Beispiel hervorgetan habe – gebe es doch wenige Gemeinden, die im Finanzministerium namentlich bekannt seien.

Den Gratulanten schlossen sich auch Landrat Johann Kalb („Alles richtig gemacht“), Altbürgermeister Helmut Krämer („Für die Zukunft ein wahnsinniges Projekt“) sowie Kristina Klinger von atene KOM an, die vor allem die gute und erfolgsorientierte Zusammenarbeit aller Beteiligten hervorhob.

Johannes Bisping, Geschäftsführer von Bisping & Bisping, würdigte ebenfalls den Mut, diesen zukunftsweisenden, aber teuren Schritt zu machen und zeigte sich stolz, das Projekt begleiten zu dürfen.

Die ausgezeichnete Bewerbung der Stadt umfasst eine zweijährige Strategieentwicklung und eine fünfjährige Umsetzungsphase. Thematisch gehören unter anderem das digitale Welterbe, die neue Mobilität, „ein Research Lab“ der Universität Bamberg, moderne und digitale Formen der Bürgerbeteiligung und des Bürgerservice, wohnortnahe Quartiersprojekte und digitale Gesundheitsdienste dazu.

„Es war genau richtig, dass wir mit der Digitalen Agenda der Stadt Bamberg schon früh angefangen haben, um die Digitalisierung erfolgreich voranzutreiben. Nun können wir dank der großzügigen Förderung Fahrt aufnehmen und werden die Ideen aus der Bamberger Bürgerschaft aufgreifen und den Nutzen neuer Techniken und Methoden für alle Bürgerinnen und Bürger dabei konsequent in den Mittelpunkt stellen“, ergänzt der Wirtschaftsreferent Dr. Stefan Goller.

Bund unterstützt schnelles Internet in Velden

MdB Oßner: „Glasfaserausbau im ländlichen Raum voranbringen“

„Der Breitbandausbau in Velden steht vor einem weiteren bedeutenden Schritt“, teilte der Bundestagsabgeordnete Florian Oßner (CSU) Bürgermeister Ludwig Greimel (FW) bei einem Arbeitsgespräch im Veldener Rathaus mit. Er freue sich sehr, „dass wir den Glasfaserausbau in der Region gemeinsam weiter voranbringen können“.

Mit einem umfassenden Förderprogramm des Bundes sollen sogenannte „weiße Flecken“ im Breitbandausbau geschlossen werden – nämlich dort wo ein marktgetriebener Ausbau nur schwer oder gar nicht möglich scheint, weil er unrentabel wäre. Hier springt der Bund mit seiner Breitbandförderung ein, um diese Wirtschaftlichkeitslücke zu schließen.

Lückenlose Versorgung

Für die Verwaltungsgemeinschaft Velden betragen die prognostizierten Gesamtbaukosten 13 Millionen Euro für die weiteren knapp 500 unterversorgten Haushalte im Marktgebiet Velden, in Wurmsham und Neufraunhofen. Davon werden 6,5 Millionen Euro nun vom Bund übernommen, informierte Oßner, der sich als Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur bereits seit Jahren für einen besseren Ausbau des schnellen Internets in der Heimatregion einsetzt. Ein weiterer erheblicher Teil wird

vom Freistaat Bayern finanziert. „Für uns als Infrastrukturpolitiker hat der entschlossene Ausbau einer schnellen, lückenlosen



V.l.: CSU-MdB Florian Oßner (l.) mit Veldens Bürgermeister Ludwig Greimel. Bild: Büro Oßner

Breitbandversorgung, insbesondere im ländlichen Raum, Priorität“, so der Bundestagsabge-

ordnete. Sowohl für die Bürger als auch die kleinen mittelständischen Betriebe und Unternehmen sei schnelles Internet entscheidend. „Unsere ländlich geprägte Heimat darf hier im Wettbewerb nicht gegenüber den Städten zurückfallen, weshalb die vom Bund zugesagte Förderung auch ein starkes Signal für die gesamte Region Landshut ist“, betonte Oßner.

Standortsicherheit und Lebensqualität

„Für uns ist der Internetzugang ein wichtiger Bestandteil der globalen Gesellschaft mittlererweil genauso wichtig wie Straßen-, Wasser- und Energienetze, erklärte das Gemeindeoberhaupt. Ohne Unterstützung wäre es jedoch für die Verwaltungsgemeinschaft Velden allein finanziell nicht zu stemmen. Greimel machte aber auch deutlich, dass der Breitbandausbau keine originäre Aufgabe der Kommunen sei. Er bedankte sich bei Bundestagsabgeordnetem Florian Oßner für seine Mitwirkung bei der zugesagten Förderung.

SWM verdichten das LoRaWAN

Netztrafostationen werden smart – sie senden künftig Daten in Echtzeit

Die SWM Netztrafostationen können künftig kommunizieren: Ein Teil der rund 5.000 Versorgungsanlagen im Münchner Stadtgebiet, die den Strom mit 10.000 Volt Spannung aus dem innerstädtischen Mittelspannungs-Verteilnetz auf 400/230 Volt für den Hausanschluss heruntertransformieren, wird mit LoRa-Nodes (Netzwerknoten) ausgestattet. Damit können die Stationen viele technische Parameter übermitteln – Strom- und Spannungswerte, Kurzschlussanzeiger oder ihre Temperatur. Sie übertragen die Daten alle 15 Minuten via LoRaWAN an eine Plattform in der SWM Zentrale.

Die Netztrafostationen werden von Mitarbeitern der SWM regelmäßig angefahren, überprüft und zyklisch gewartet. Mit der permanenten Auswertung und Visualisierung der Sensordaten lässt sich das Verteilnetz der Mittel- und Niederspannungsebene noch gezielter überwachen. Dies ist auch vor dem Hintergrund der steigenden Anforderungen durch E-Mobilität essen-



Das LoRaWAN als Funknetz mit großer Reichweite eignet sich speziell für Anwendungen des „Internet of Things“. Bild: SWM

derungen durch E-Mobilität essenziell, um das Stromnetz weiterhin sicher und zuverlässig betreiben zu können.

Zeigen sich Auffälligkeiten in den Daten, können die Fachleute des SWM Sicherheitservice unmittelbar die Fehlerbehebung einleiten. Sich anbahnende Defekte werden so frühzeitig erkannt und Ausfälle der Station vermieden. Bei einem Kurzschluss kann die Fehlerstelle sofort lokalisiert werden.

Grundlage für die Fernüberwachung ist das LoRaWAN Funknetz (LoRa/Long Range: große Reichweite), das die SWM stadtweit aufgebaut haben. Eine in der Netztra-

fostation installierte Messeinrichtung ermittelt deren aktuelle Daten und funkt diese per LoRaWAN an ein Gateway. Von hier aus werden die Daten meist per Glasfaser an die SWM Zentrale geleitet.

Zusätzliche Gateways geplant

Um in Zukunft weitere Anwendungen auch im Sinne intelligenter Stromnetze realisieren zu können, ist die Verdichtung des Netzes mit rund 50 zusätzlichen Gateways im Stadtgebiet München

geplant. Sie soll bis Ende 2021 abgeschlossen sein. Die SWM stellen diese leistungsstarke und zuverlässige Kommunikationsinfrastruktur auch für externe Anwendungen in München zur Verfügung.

Das LoRaWAN eignet sich speziell für die Anwendungen des „Internet of Things“ (IoT: Internet der Dinge). Es stellt die Basis für die Umsetzung innovativer netzbasierter Ideen und ist hervorragend für Datenerhebung geeignet, da die Sensoren auch per Batterie betrieben werden können. Es funkt im lizenzfreien Sub-Gigahertz-Bereich und hat je nach Umgebungsbebauung eine Reichweite von 2 bis 15 Kilometer. Damit werden für die ganze Stadt neue Möglichkeiten für Digitalisierung und Smart City geschaffen – von der Füllstandsmessung über Assettracking von Betriebsmitteln bis hin zu intelligenten Parksystemen.

BayernFunk für Kommunen in Bayern

Die App BayernFunk etabliert die Kommunikation im kommunalen Bereich zwischen Bürgern, ihrer Gemeinde, lokalen Institutionen und Vereinen. Mit dem Angebot unterstützen die Versicherungskammer Bayern und das Fraunhofer-Institut IESE (Institut für Experimentelles Software Engineering) das Miteinander in der Gemeinde, nicht nur in Zeiten von Corona ein wertvolles Gut.

Der BayernFunk ist Teil der „Digitalen Dörfer“, einer Plattform zum Ausbau der Digitalisierung im ländlichen Raum und kann von den Gemeinden individuell angefragt und eingerichtet werden. „Wir wollen mit der App die Gemeinden, Vereine und ihre Bürger unterstützen, sich direkt über lokal relevante Informationen auszutauschen und so das Zusammenleben vor Ort zu erleichtern“, erläutert Dr. Robert Heene von der Versicherungskammer Bayern.

Bürger finden und teilen in der App Informationen ihrer Gemeinde, z.B. Informationen der Feuerwehren und Kirchen, der Verwaltung oder auch Öffnungszeiten der lokalen Lebensmitteläden sowie Informationen zu Kitas oder Schulen. Zu den Informationen aus der Kommune kann auch übergreifender Inhalt, etwa der Staatsregierung, ergänzt wer-

den. Damit finden die Nutzer in der App alle Informationen der regional wichtigen Institutionen.

Auch das Miteinander ist Teil der App: So ist es möglich, über die Plattform Nachbarschaftshilfe anzubieten oder zu erbitten, beispielsweise das Einkaufen für ältere, behinderte oder in häuslicher Quarantäne befindliche Mitbürgerinnen und Mitbürger. „Der BayernFunk leistet so einen wichtigen Beitrag für das öffentliche Leben in Zeiten der Corona-Pandemie“, erläutert Steffen Hess von Fraunhofer IESE.

Die App steht im AppStore und im Google Playstore bereit. Sie ist bereits in ausgewählten Gemeinden in Bayern sowie im Bundesgebiet erfolgreich im Einsatz. Interessierte Kommunen können sich unter bayernfunk@vkb.de für die kostenfreie Lösung anmelden.

OB Andreas Starke:

„Ein Riesengewinn für Bamberg“

Bamberg erhält mehr als 15 Millionen Euro von Berlin aus dem Smart Cities-Bundesförderprogramm

Bamberg erhält in den nächsten sieben Jahren insgesamt 15,75 Millionen Euro Fördergelder des Bundesinnenministeriums, um die Welterbestadt zu einem Leuchtturm der Digitalisierung zu machen. Im Rahmen des Bundesprogramms „Modellprojekte Smart Cities“ wurden bundesweit 32 Städte für eine Förderung ausgewählt und sind nun Smart City Modellstandort.

In Bayern konnten sich zwei Städte qualifizieren: Neben Bamberg darf sich auch Kirchheim b. München Smart City nennen. Oberbürgermeister Andreas Starke sieht sich in seinen Bemühungen bestätigt, „Bamberg zu modernisieren und gleichzeitig die Lebenswürdigkeit unserer Stadt zu erhalten“.

„Das ist ein Riesengewinn für die Stadt Bamberg“, betonte Bambergs Oberbürgermeister Andreas Starke. Die Verwaltung habe in monatelanger Arbeit, fleißig und konzentriert den Antrag für die Bundesförderung erarbeitet. „Dieser Erfolg bringt uns dem Ziel, die Verwaltung zu modernisieren und die Digitalisierung zum Wohle der Bürgerschaft zu nutzen, deutlich näher. Besonderer Dank gilt unserem Bundestagsabgeordnetem Andreas Schwarz, der in dem Verfahren ein wichtiger Partner war“, so Starke. „Herausragend waren der Wirtschaftsreferent Dr. Stefan Goller und sein Mitarbeiter Sascha Götz, die sich enorm und vorbildlich engagiert haben. Jetzt gilt es in enger Zusammenarbeit mit der Universität, der Bürgerschaft und allen Institutionen und Einrichtungen

dafür zu sorgen, den Förderbetrag von 15,75 Millionen Euro zielorientiert einzusetzen. Ich freue mich auf die vielen Projekte die wir in den nächsten Monaten auf den Weg bringen werden“, sagte Starke. „Seit Wochen fieberten die Mitarbeiter der Stadtverwaltung dem Ergebnis des Auswahlverfahrens entgegen, das viele Türen öffnen wird“, so Dr. Stefan Goller.

Kompetentes Bündel digitaler Vorhaben

Beworben hat sich die Stadt mit einem kompetenten Bündel von digitalen Vorhaben, die von der Verwaltung der Stadt, der Universität, den Stadtwerken, dem Stadtbau Bamberg, dem Welterbezentrums und über 150 Bürgerinnen und Bürgern entwickelt und bewertet worden sind. Dies erfolgte in einem Online-Verfahren, da eine geplante Open Space Veranstaltung wegen Corona kurzfristig abgesagt werden musste. „Das Programm wurde dadurch noch breiter und überzeugte am Ende auch die Jury in der Bundeshauptstadt“, stellte der Oberbürgermeister fest.

Energieminister Hubert Aiwanger:

Lob für Paradigmenwechsel

Positiv sieht der bayerische Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger den ersten Entwurf der EEG-Novelle. Viele seiner Forderungen aus den vergangenen Monaten und Jahren fänden sich in dem aktuellen Vorschlag wieder.

Befreiung der Erzeugung von grünem Wasserstoff von der EEG-Umlage, Beteiligung der Standortkommunen von Windrädern an der Einspeisevergütung, Perspektiven für Biogas und generell alte EEG-Anlagen nach 20 Jahren, praktikables Mieterstrommodell: Viele Wünsche von Befürwortern der Energiewende wurden Aiwanger zufolge aufgegriffen. „Die EEG-Novelle kann ein großer Wurf werden, wenn jetzt nicht im Kleingedruckten wieder alles zerschossen wird. Ich hoffe, dass die Chance jetzt wirklich genutzt wird. Die Zeichen stehen gut“, betonte der Minister.

„Der gelungene Startschuss für den Aufbau einer bayerischen Wasserstoffwirtschaft“ war aus seiner Sicht die Eröffnung des Zentrums Wasserstoff Bayern (H2.B) vor einem Jahr. Seither seien wichtige Meilensteine wie die Verabschiedung einer Wasserstoffstrategie bewältigt worden. Demnächst gingen neue Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene an den Start.

Dabei verfolgt der Freistaat einen ganzheitlichen Ansatz, der die gesamte Wasserstoffwertschöpfungskette (Erzeugung, Speicherung, Anwendung, Nutzung und Logistik) vorantreibt und eine Basisinfrastruktur z.B. von Wasserstofftankstellen schafft. „Wir wollen die Wasserstoffwirtschaft ganz bewusst in allen Bereichen mit Industrie und Forschung vorantreiben“, erklärte Aiwanger. „Nur so gelingt es, die weltbesten Technologieprodukte zu entwickeln und zu exportieren, und genau das muss unser Ziel sein.“

Wasserstoff als tragende Säule

„Vor einem Jahr kam ich mir noch ein bisschen vor wie der einsame Rufer in der Wüste, aber seither hat in Politik und Industrie ein Paradigmenwechsel stattgefunden“, stellte der Minister fest. Grün erzeugter Wasserstoff soll eine tragende Säule des zukünftigen nachhaltigen Energiesystems werden: Mittels Elektrolyse eignet er sich zur Speiche-

rung von erneuerbarer Energie. Wasserstoffderivate können Erdölprodukte ersetzen und spürbar zur Dekarbonisierung von Verkehr und Industrie beitragen. Die notwendigen Technologien sollen in Bayern entwickelt, hergestellt und in die ganze Welt geliefert werden. „So können wir hochwertige Arbeitsplätze schaffen und den Transformationsprozess in der bayerischen Automobilindustrie bewältigen“, unterstrich Aiwanger.

Mit dem Start eines Förderprogramms für Wasserstoff-Tankstellen setzt Bayern ein starkes Zeichen. Aiwanger: „Um Wasserstoff als Energiequelle in der Mobilität voranzutreiben, brauchen wir ein ausreichend dichtes Netz von Wasserstofftankstellen. Mit dem neuen Förderprogramm wollen wir schnellstmöglich eine Basis-Infrastruktur von hundert Tankstellen in allen Teilen Bayerns aufbauen. Dafür stellen wir von 2020 bis 2023 Fördermittel in Höhe von 50 Millionen Euro bereit.“ Mit der bayerischen Förderrichtlinie werden öffentliche wie nichtöffentliche Wasserstofftankstellen für Nutzfahrzeuge, Busse sowie Logistikfahrzeuge unterstützt.

Baukastenförderung

Im Sinne einer Baukastenförderung unterstützt der Freistaat zudem die Anschaffung bzw. Umrüstung von H2-Nutzfahrzeugen und Bussen sowie Logistikfahrzeugen in Kombination mit betriebsinternen Tankstellen. „Damit schaffen wir neue Wertschöpfungsmöglichkeiten für Tankstellen-Standorte in der breiten Fläche: an kommunalen Betriebshöfen, bei Stadtwerken, für Fuhrpark- und Omnibusunternehmen“, erklärte der Staatsminister.

Die bayerische Förderung ergänzt passgenau die Bundesförderung nach dem Nationalen Innovationsprogramm „Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie Phase 2“, die einen Schwerpunkt auf Wasserstofftankstellen für PKW setzt. Standorte für Wasserstofftankstellen für PKW und Nutzfahrzeuge können künftig zusammen-

gedacht werden. Das Förderprogramm BayH2T wird vom Projektträger Bayern Innovativ GmbH koordiniert.

Eine weitere Erfolgsmeldung betrifft das Bayerische Programm zur Förderung von Photovoltaik-Speichern. Dieses verzeichnet bereits ein Jahr nach dem Start über 20.000 Förderanträge. Aiwanger ehrte den aus Niederbayern stammenden 20.000sten Antragsteller und übergab gleichzeitig den 10.000sten Förderbescheid persönlich an einen Antragsteller aus Oberbayern.

Laut Aiwanger „haben wir mit dem PV-Speicherprogramm auf das richtige Pferd gesetzt. Der große Zuspruch zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat Teil der Energiewende sein wollen. Sie geben sich nicht damit zufrieden, dass der Strom einfach aus der Steckdose kommt, sondern wollen wissen, wo und wie der Strom produziert wird. Unser Förderprogramm trifft die Ambitionen der Bürger und hat deutschlandweit Maßstäbe gesetzt.“

PV-Speicherprogramm

Das bayerische PV-Speicherprogramm gibt es seit August 2019. Es richtet sich an Gebäudeeigentümer von selbstgenutzten Ein- und Zweifamilienhäusern. Die Eigentümer können dabei eine Förderung für neue Stromspeicher in Verbindung mit einer neuen Photovoltaikanlage beantragen. Je nach Kapazität des neuen Batteriespeichers (kWh) und Leistung der neuen PV-Anlage (kWp) ist eine Förderung zwischen 500 und 3.200 Euro möglich. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, einen Zuschuss für die Installation einer privaten Ladestation für Elektrofahrzeuge zu erhalten.

Die durchschnittliche Förderungssumme pro Antrag liegt bei ca. 1.000 Euro, die mittlere geförderte Batteriespeicherkapazität beträgt ca. 8 kWh und die mittlere Leistung der zugehörigen PV-Anlage ca. 8 kWp. Bei knapp 4.000 Anträgen wurde zudem eine Ladestation für Elektrofahrzeuge mitbeantragt. Insgesamt wurden bisher über 22.000 Anträge gestellt.

Aiwanger: „Ob bei privaten PV-Anlagen oder Bürgerwindparks: Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Energiefragen nimmt zu. Deshalb habe ich das Team Energiewende Bayern ins Leben gerufen. Hier bündeln wir die Erfahrungen und das Wissen der Zivilgesellschaft, von Unternehmen, Verbänden und Institutionen. Gleichzeitig motivieren wir mit konkreten Tipps und Vorbildern zum Handeln. Jeder kann seinen Beitrag leisten, das ist unsere Botschaft. Tausende geförderte PV-Speicher sprechen für sich.“

Tiefen-Geothermie

Viel Potenzial für eine klimafreundliche Wärmeversorgung sieht Aiwanger in der Tiefen-Geothermie. „Wir haben noch viel ungenutztes Potenzial, nicht nur bei Windkraft und Photovoltaik, sondern auch bei Geothermie. Das müssen wir jetzt nutzen“, erklärte der Minister. Er hat deshalb einen Masterplan Geothermie auf den Weg gebracht, dessen Herzstück der Ausbau von Fernwärme-Verbindungen für den Transport der erschlossenen Geothermie in die Verbrauchszentren ist: „Ab 2021/2022 planen wir Haushaltsmittel für ein neues Förderprogramm ein.“

Geothermie steht ganzjährig unabhängig von meteorologischen Verhältnissen zur Verfügung und ist somit grundlastfä-

hig. „Bayern ist reich an heißen Thermalquellen, die uns helfen, von fossilen Energieträgern unabhängig zu werden“, so Aiwanger. Tiefen-Geothermie wird über Tiefbohrungen bis 5.500 Meter erschlossen. Bisher gab es 66 Bohrungen in Bayern. Daraus resultierten 22 Anlagen mit einer Wärmeleistung von mehr als 300 Megawatt und einer Stromleistung von etwa 30 Megawatt. Zwei Anlagen sollen dieses Jahr noch in Betrieb gehen.

Die bekannten Planungen sehen in den nächsten Jahren weitere Erkundungsbohrungen vor, insbesondere im Münchener Raum und im Südosten von Oberbayern. Die Bohrergebnisse sind abzuwarten. „Wir rechnen aber damit, dass die Unternehmen etliche Standorte erschließen können“, erklärte der Staatsminister.

LENK soll Energiewende gezielt voranbringen

Der Energiewende im Freistaat neuen Schub verleihen soll die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK), die Anfang August ihre Arbeit aufgenommen hat. „Coronabedingt etwas verzögert, wird LENK jetzt die Energiewende gezielt voranbringen. Regionale Energie bedeutet Wertschöpfung vor Ort und Arbeitsplätze für den Mittelstand. Dieses Potenzial müssen wir heben“, erklärte Hubert Aiwanger. Gemeinsam mit Umweltminister Thorsten Glauber hat er die neue Agentur ins Leben gerufen. LENK dient als Scharnier zwischen allen Akteuren der Energiewende und wird alle nachgeordneten staatlichen Institutionen mit Verbänden und weiteren wichtigen externen Partnern im Bereich Energiewende und Klimaschutz miteinander vernetzen. DK

Beiratsvorsitzender der Bundesnetzagentur:

Festhalten an 450 MHz-Frequenznutzung durch die Energiewirtschaft

In der Debatte um die künftige Nutzung der 450 MHz-Frequenz unterstreicht der Vorsitzende des Beirates bei der Bundesnetzagentur, Niedersachsens Energieminister Olaf Lies, die einstimmige Position des Gremiums.

„Der Beirat bei der Bundesnetzagentur hat sich wiederholt und eindeutig dafür ausgesprochen, der Energiewirtschaft auch nach 2020 die Nutzung der 450 MHz-Frequenzen zur Verfügung zu stellen“, betont Lies: „Daran halten der Beirat und ich als Vorsitzender fest. Die Energiewende und die Dezentralisierung führen zu deutlich komplexeren Strukturen in unserer künftigen Energieversorgung. Für eine sichere Steuerung wird dabei eine digitale Vernetzung von Millionen von Stromerzeugern und Stromverbrauchern benötigt. Die Nutzung einer sicheren Kommunikationsplattform ist damit eine zentrale Voraussetzung für eine langfristig sichere Energieversorgung.“

Unzureichendes Anwendungskonzept

Der Beiratsvorsitzende erteilt damit dem Versuch, die Frequenzvergabe zu stoppen, eine klare Absage. Selbstverständlich habe das Thema Sicherheit eine große Bedeutung, ergänzt Lies. Aber für die jetzt im Vergabeverfahren anstehenden Frequenzen gebe es im Innenbereich zurzeit kein ausreichendes Anwendungskonzept. Lies: „Der notwendige Ausbau der

Energieinfrastruktur als Grundlage für konsequenten Klimaschutz ist zwingend notwendig. Klar ist aber auch, dass die schon 2023/24 zur Verfügung stehenden Frequenzen für den Sicherheitsbereich eine geeigneterer Lösung darstellen.“

Damit stellt sich Lies den erneuten konkurrierenden Forderungen aus den unterschiedlichen Behörden des Sicherheitsbereiches entgegen. Trotz der bereits im Verfahren befindlichen Frequenzvergabe möchte man dort das ganze Verfahren wieder anhalten. „Es führt kein Weg daran vorbei“, so der Beiratsvorsitzende Lies, „zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende brauchen wir langfristig dringend eine sichere, schwarzfallfeste und bundesweit verfügbare Kommunikationslösung.“

Der Beiratsvorsitzende hält es für zwingend erforderlich, dass der Bereich der Energieversorgung als wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge und damit auch als kritische Infrastruktur anerkannt wird. Er spricht sich mit Nachdruck dafür aus, dass der Energiewirtschaft auch nach 2020 die erprobte sichere Kommunikationslösung auf Basis der 450 MHz-Funktechnik weiterhin zur Verfügung steht. □



WIR FÖRDERN OBEN UND UNTEN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 089/21 24 - 10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

Lfa Förderbank
Bayern

Gute Nachricht für Kunden:

SWM sind einer der fairsten Stromanbieter

Die Kunden der SWM fühlen sich von ihrem Energieversorger seit langem fair behandelt – und das mit Recht, wie die aktuelle Untersuchung „Fairster Stromversorger“ von ServiceValue im Auftrag von Focus Money belegt. Hier konnten die SWM ihre Top-Platzierung verteidigen und erhielten erneut die Gesamtnote „Sehr gut“. Schon seit Jahren erzielen die SWM in diesem Vergleich überdurchschnittliche Ergebnisse (Focus Money 35/2020).

Überdurchschnittliche Ergebnisse

Gesteigert haben sich die SWM beim Preis-Leistungsverhältnis, nach „Gut“ im Vorjahr auf „Sehr gut“. Damit sind sie jetzt in allen sechs Service- und Leistungsbereichen „sehr gut“: faire Produktleistung, fairer Kundenservice, faires Preis-Leistungs-Verhältnis, faire Kundenberatung, faire Kundenkommunikation sowie Nachhaltigkeit und Verantwortung. Im Juli hatten die SWM in der Studie „Höchste Reputation“ von Focus Money, Deutschland Test und dem Institut für Management- und Wirtschaftsforschung (IMWF) in der Kategorie „Stadtwerke“ das Prädikat „Herausragend“ erhalten (Focus 30/2020). Bewertet wurde unter anderem Arbeitgeber-Performance, wirtschaftliche Performance, Performance des Managements, Produkt- und Service-Performance sowie die Performance durch Nachhaltigkeit.

Die Untersuchung „Exzellente Kundenberatung“ des IMWF und Deutschland Test im Auftrag von Focus Money hat bereits im Februar den herausragenden Kundenservice der SWM bestätigt: Sie liegen auf Platz 2 der 4.000 größten deutschen Unternehmen (Focus 06/2020). Im Fokus hierbei: Service, Beratung, Vertrauen und Kundenzufriedenheit. □

VKU-Stadtwerkekongress 2020:

Die neue Energiewelt gestalten

Corona-bedingt in einem neuen Format fand jüngst der VKU-Stadtwerkekongress 2020 als digitale Veranstaltung statt. Laut Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) ist die Leitveranstaltung der Kommunalwirtschaft Jahr für Jahr wichtiger Branchentreffpunkt und Innovationsplattform. „In diesem Jahr gingen wir mit der Veranstaltung einen neuen Weg, der da hieß: 100 Prozent digital, 100 Prozent Inhalt, 100 Prozent Austausch.“

Auf die etwa 300 Teilnehmer wartete ein Programm mit über 40 Rednern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Start-Up-Szene. Sie diskutierten mit Praktikern aus der Kommunalwirtschaft beispielsweise darüber, wie sich die aktuelle Situation der Stadtwerke in Corona-Zeiten darstellt oder wohin sich die Stadtwerklandschaft entwickeln wird.

VKU-Hauptgeschäftsführer Liebing sieht die Unternehmen in der Krise gut aufgestellt. Starke Kommunen und Regionen machen aus seiner Sicht das Land krisenfester und resilient.

CO2-arme Energiezukunft

Wie eine Umfrage des Verbands unter rund 200 Stadtwerke-Vorständen und Geschäftsführern ergab, schreiten die Stadtwerke-Aktivitäten hin zu einer CO2-armen Energiezukunft weiter voran: Beinahe drei Viertel der befragten Unternehmen investieren in den Ausbau der Elektromobilität (78,6 Prozent) und der erforderlichen Ladeinfrastruktur (73,6 Prozent). In den Ausbau der Photovoltaik investieren 76,1 Prozent, in die Umsetzung der Wärmewende 74,2 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr sind die

Investitionen nahezu gleichgeblieben.

Die Umfrage ergab, dass die Unternehmen rund ein Fünftel der Investitionen Corona-bedingt zurückgestellt haben (bezogen auf die Gesamtinvestitionen im ersten Halbjahr 2020). Hinzu kommen Zusatzkosten aufgrund der Pandemie: Finanzielle Mittel mussten vor allem für Hygienemaßnahmen (40 Prozent) und für Personal (37 Prozent) aufgewendet werden, um die Gesundheit und Sicherheit von Mitarbeiter und Kunden zu garantieren. Notwendig wurden laut Umfrage zudem technische und IT-Maßnahmen (34 Prozent), insbesondere Investitionen in zusätzliche Hard- und Software für die verstärkte Arbeit im Homeoffice und digitale Prozesse.

Mehr digitale Kommunikation

Die Pandemie hat sich insbesondere auf die Arbeitsorganisation bei den Stadtwerken ausgewirkt. Knapp 95 Prozent der befragten Unternehmen sagten, dass sich Berufsalltag und -organisation geändert haben. Die Veränderungen werden auch aktuell und in der Zeit nach Corona eine verstärkte Rolle spielen – mehr digitale Kommunikation, Homeoffice und Flexibilität für

Berufsgruppen, die überwiegend in der Verwaltung und Management arbeiten. Neue Formen der Zusammenarbeit werden von 24 Prozent der Unternehmen auch baulich umgesetzt. Die Umfrage ergab zudem: Rund acht Prozent der Unternehmen können dieses Jahr Corona-bedingt kein neues Personal einstellen.

Hauptgeschäftsführer Liebing hofft auf Rückenwind durch die Politik. Der Kohleausstieg und das Konjunkturpaket seien bereits wichtige Weichenstellungen im laufenden Jahr gewesen. „Diesen Schwung sollten wir im zweiten Halbjahr beibehalten.“ Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes spiele dabei eine wichtige Rolle. Kern dieser Novelle müsse sein, die Ausbaupfade für das 65-Prozent-EE-Ziel zu definieren.

Hoffnung auf Rückenwind durch die Politik

Liebing zufolge „sind unsere Mitgliedsunternehmen gefordert wie nie. Die Auswirkungen

Spatenstich für die erste Freiflächen-Photovoltaik-Anlage des EBERwerks

In Markt Schwaben entsteht derzeit die erste Photovoltaik-Anlage des EBERwerks auf freier Fläche. Der kommunale Energieversorger wird zwischen den Zugtrassen nach Erding und Mühldorf künftig umweltfreundlichen Sonnenstrom für seine Kunden erzeugen.

Im sog. privilegierten Korridor entlang der Bahngleise nach Erding und Mühldorf errichtet das EBERwerk seine erste Freiflächen-Photovoltaik-Anlage. Die Anlage ist damit besonders umweltfreundlich in dreierlei Hinsicht. Die Fläche wurde bisher landwirtschaftlich genutzt

gen von Corona sind spürbar und müssen angegangen werden. Umso wichtiger ist es nun, die richtigen Anreize zu setzen, einen Rahmen und mehr Verlässlichkeit zu schaffen, damit langlebige moderne Infrastrukturen auf kommunaler Ebene realisiert werden können. Zaudern wäre verhängnisvoll.“

Stadtwerke Award

Nicht fehlen durfte beim VKU-Stadtwerkekongress die Verleihung des Stadtwerke Award. Der Preis würdigt unter anderem die vielfältigen Anstrengungen von Stadtwerken bei der Gestaltung der neuen Energiewelt und im Veränderungsprozess der Energiewirtschaft.

Ausgezeichnet wurden die Stadtwerke Osnabrück AG, die Innsbrucker Kommunalbetriebe AG und die swb Erzeugung AG & Co. KG aus Bremen. Mit dem Konzept „Neu starten!“, das Mitarbeitergewinnung mit einem Beitrag zur Gesellschaft und der Übernahme von sozialer Verantwortung verbindet, gewann die Stadtwerke Halle GmbH den Stadtwerke Award Sonderpreis. **DK**

Kunden des EBERwerks für diesen umweltfreundlichen Strom entschieden haben, werden so jährlich ca. 800 Tonnen CO2 eingespart. „Wo möglich setzen wir bei der Photovoltaik natürlich immer auf Dachflächen. In Poing haben wir beispielsweise kürzlich eine Dach-



Von links: Sebastian Föstl (Flächen-Verpächter), Manuel Herzog (EBERwerk), Markus Scheungraber (Vispiron), Michael Stolze (Bürgermeister Markt Schwaben & Aufsichtsratsvorsitzender EBERwerk), Walter Brilmayer (stellv. Landrat). **Bild: EBERwerk**

und wird künftig als Rückzugsort für Flora und Fauna dienen. Zudem fügt sich die Anlage zwischen den beiden Bahntrassen gut ins Landschaftsbild. Außerdem ist ausreichend Platz für eine installierte erneuerbare Erzeugungskapazität von 1,5 Megawatt.

800 Tonnen CO2-Einsparung

Damit ist die Anlage doppelt so groß, wie die sonst üblichen EEG-Anlagen entlang von Bahn und Autobahn und erzeugt besonders viel umweltfreundlichen EBERstrom – den regionalen Ökostrom des EBERwerks. Über ein Kalenderjahr ersetzt das EBERwerk so ca. 1.500.000 Kilowattstunden, die ansonsten von anderen Kraftwerken erzeugt würden. Weil sich die

Bayernwerk:

Netzausbau für erfolgreiche Energiezukunft

Mit dem Netzausbauplan 2020 im übersichtlichen Kartenformat bietet die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) einen transparenten Überblick über die Weiterentwicklung des eigenen 110-Kilovolt-Hochspannungsnetzes an. Welche Projekte in den nächsten zehn Jahren die Weichen für die Energiezukunft stellen und welche Maßnahmen zuletzt abgeschlossen wurden, können Interessierte ab sofort unter www.bayernwerk-netz.de/netzausbauplan einsehen.

Der Schwerpunkt der Bayernwerk-Maßnahmen im 110-Kilovolt-Hochspannungsbereich liegt in den nächsten zehn Jahren auf der Ertüchtigung, Modernisierung und Verstärkung bestehender Hochspannungstrassen. Die dargestellten Maßnahmen beruhen unter anderem auf Prognosen für die Last- und Einspeisentwicklung. Erstmals wurde dabei auch die bis 2030 vorhergesagte Entwicklung der Elektromobilität berücksichtigt.

Das Bayernwerk aktualisiert den Netzausbauplan regelmäßig. Die ergänzend zur Karte im Internet veröffentlichte Detailliste enthält zusätzlich eine nähere Beschreibung der einzelnen Maßnahmen, das Begleitdokument beschreibt die Planungsgrundsätze. Zur Instandhaltung des Netzes setzt das Bayernwerk laufend weitere Projekte, wie die Sanierung von Masten oder die Erneuerung von Umspannwerken, um. Diese Eingriffe führen jedoch nicht zu einer Kapazitätsveränderung im Hochspannungsnetz und sind deshalb nicht im Netzausbauplan enthalten.

34 neue Netzausbauprojekte

Der anhaltende Zubau von regenerativen Erzeugungsanlagen sowie die wachsende Zahl an Netzzanschlüssen erfordern in den kommenden Jahren einen weiteren Netzausbau. Bestimmende Größen sind die Entwicklung der Last und die Prognose für den künftigen Zubau erneuerbarer Energien. Im Vergleich zum Netzausbauplan des Vorjahres sind die wesentlichsten Änderungen, dass drei im Jahr 2019 abgeschlossene Projekte entfallen und 14 Projekte in diesem Jahr als abgeschlossen gemeldet werden können. Dazu

zählen fünf neue Umspannwerke als Knotenpunkte im Netzgebiet sowie zwei 110-Kilovolt-Kompensationsspulen in Pleinting und Schweinfurt. Zusätzlich werden mit dem diesjährigen Netzausbauplan 34 Projekte neu gemeldet, unter anderem der Anschluss von sieben Umspannwerken zur Integration erneuerbarer Energien, die Errichtung von zwei weiteren 110-kV-Kompensationsspulen in Etzenricht und Janahof sowie 18 Leitungsertüchtigungen.

Rund 300.000 regenerative Erzeugungsanlagen mit einer Leistung von bis zu zehn Großkraftwerken speisen aktuell in das Bayernwerk-Netz ein. In den vergangenen Jahren hat das Bayernwerk das Mittel- und Niederspannungsnetz sowie Umspannwerke als Verbindung zwischen Hoch- und Mittelspannungsebene erfolgreich gebaut und erweitert. Im Zeitraum von 2015 bis 2019 hat das Bayernwerk in 35 Umspannwerken die Trafokapazitäten erweitert, etwa 5.400 Kilometer Mittelspannungskabel neu verlegt und rund 2.800 Ortnetzstationen errichtet.

Um das Hochspannungsnetz in Stand zu halten und fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen, folgt das Bayernwerk einer Sieben-Stufen-Strategie bei der Netzentwicklung. Die sieben Stufen der Netzentwicklung richten sich nach dem Leitmotiv: Netz-Optimierung vor Netz-Verstärkung vor Netz-Ausbau – kurz: NOVA. Bevor das Bayernwerk neue Leitungen baut, wird das bestehende Netz verstärkt und verbessert. Gemäß der NOVA-Strategie beschreibt jede Stufe konkrete Maßnahmen der Netzentwicklung – von der einfachen Instandhaltung bis hin zum aufwändigen Neubau von Leitungen. **□**

VERBUND Ergebnis Quartal 1-2/2020:

Geschäftsmodell bewährt sich

Das VERBUND-Ergebnis für die Quartale 1-2/2020 war trotz geänderter Rahmenbedingungen aufgrund von COVID-19 und einer im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringeren Wasserführung nur leicht rückläufig. Das EBITDA sank um 6,8 % auf 639,0 Mio. Euro. Das Konzernergebnis reduzierte sich um 8,2 % auf 310,4 Mio. € gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Das Geschäftsmodell von VERBUND bewährt sich im von COVID-19 geprägten Umfeld gut. Der Fokus auf die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, der Ausbau des österreichischen Hochspannungsnetzes, die Fokussierung der Downstream-Aktivitäten und der Aufbau neuer innovativer Geschäftsfelder leisten dazu einen wesentlichen Beitrag. Unsere strenge finanzielle Disziplin in den Vorjahren führte dazu, dass VERBUND über eine hohe Widerstandsfähigkeit und über eine weiterhin hohe strategische Flexibilität verfügt und heute somit in einem etwas schwächeren und volatileren wirtschaftlichen Umfeld eine weiterhin gute Performance erzielen kann.

Weitere Umsetzung der Wasserstoffstrategie

Ende Juni 2020 wurde die Initialzündung für ein großes Gemeinschaftsprojekt mit Lafarge, OMV und Borealis bekanntgegeben. Die beteiligten Unternehmen kooperieren unter dem Namen „Carbon2ProductAustria“ (C2PAT)

mit dem erklärten langfristigen Ziel, nahezu 100 % des jährlichen CO2-Ausstoßes im niederösterreichischen Lafarge Zementwerk in Mannersdorf von 700.000 Tonnen CO2 abzuscheiden. Dabei soll grüner Wasserstoff zum Einsatz kommen, den VERBUND in einem Elektrolyseprozess auf Basis von Strom aus Erneuerbaren Energien produziert.

Start für Flächen-Photovoltaik

Im Mai 2020 startete VERBUND mit dem Bau der ersten Flächen-Photovoltaikanlage beim Draukraftwerk Feistritz-Ludmannsdorf. Diese neuartige Pilotanlage ist Teil eines von der österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft auf Mitteln des Klima- und Energiefonds geförderten Forschungsprojekts zur präventiven Instandhaltung von Photovoltaik-Anlagen. Österreichs größte Flächen-Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 14 MWp wird zur Zeit gemeinsam mit OMV am OMV-Standort Schönkirchen im Weinviertel errichtet. **□**

dena-Analyse zur Künstlichen Intelligenz:

Vom Hype zur energiewirtschaftlichen Realität

Künstliche Intelligenz hat das Potenzial, die Integrierte Energiewende weiter voranzubringen, lautet das Ergebnis der aktuellen Analyse „Künstliche Intelligenz – vom Hype zur energiewirtschaftlichen Realität“ der Deutschen Energie-Agentur (dena). Die Analyse hat für konkrete Anwendungsfelder u.a. den technischen Entwicklungsstand und das Aufwand-Nutzen-Verhältnis untersucht sowie Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Laut Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung, zeigen erste positive Beispiele aus der Energiewirtschaft, dass KI ein Treiber für neue Geschäftsmodelle sein kann, Innovationen beschleunigt und dabei hilft, Effizienzpotenziale zu heben. „Allerdings wird sie nur dann einen substantiellen Beitrag für die Integrierte Energiewende leisten, wenn jetzt die Handbremse gelöst wird und positive Erfahrungen aus ersten Anwendungen auf weitere Teilbereiche des Energiesystems übertragen werden. Besonders wichtig ist hier der Austausch und Wissenstransfer zwischen den Akteuren aus Energie- und Digitalbranche.“

Weitere Pilotprojekte erforderlich

Um das Potenzial von KI für die unterschiedlichen Anwendungsfelder einer Integrierten Energiewende zu heben, braucht es vor allem weitere Pilotprojekte, u.a. auch zur Erfassung des Nettonutzens der KI, so ein Ergebnis der dena-Analyse. Neben technischem und wirtschaftlichem Nutzen muss insbesondere Nachhaltigkeit zu einem zentralen Kriterium werden, um KI-Projekte zu bewerten.

Insbesondere bei Prognosen, Betriebs- und Bestandsoptimierung besteht bisher für KI das

größte Potenzial, einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Bei Prognosen kann KI z. B. dazu genutzt werden, um für Erzeugung und Handel die Produktion und Nachfrage fluktuierender erneuerbarer Energien früher und präziser vorherzusagen. Im Handlungsfeld Betriebsoptimierung hat die Einsatzplanung von Erzeugungsanlagen große Potenziale für den Einsatz von KI. Auch im optimierten Netzbetrieb bietet die Technologie zunehmend Chancen. Durch KI können beispielsweise die lokale Netzauslastung verbessert und kritische Zustände früher erkannt werden.

Beitrag zur Energiewende

Perspektivisch zeigt die Analyse ein großes Potenzial für die vereinfachte Teilhabe aktiver Verbraucher an der Integrierten Energiewende, z. B. durch den automatisierten Verkauf von selbst erzeugtem Strom aus privaten Photovoltaikanlagen. Auch das Energiemanagement zur Eigenverbrauchserhöhung von Photovoltaik-Batterie-Systemen in Haushalten oder die Identifikation kleinteiliger Effizienzpotenziale kann durch KI ermöglicht werden. Durch die Technologie werden etablierte Prozesse aus der Energiewirtschaft auch kleinen Akteuren zugänglich. **DK**



Kaufvertragsunterzeichnung: ABO Wind AG-Vorstandsvorsitzender Andreas Höllinger (l.), und Energieallianz Bayern-Geschäftsführer Ulrich Geis.

Energieallianz Bayern:

Windpark Wadern-Wenzelstein erweitert Portfolio

Die Energieallianz Bayern hat mit dem Kauf des Windpark Wadern-Wenzelstein im Saarland ihr Portfolio erweitern können. Projektentwicklung und Errichtung erfolgt durch die ABO Wind AG aus Wiesbaden.

Der nordöstlich von Wadern gelegene Windpark besteht aus drei Windkraftanlagen des Typs Nordex N131 auf einer Nabenhöhe von 164 m und mit einer Nennleistung von je 3,3 MW. Die Fundamente sind bereits fertiggestellt und die Inbetriebnahme ist für Ende dieses Jahres vorgesehen.

Weiterer Meilenstein

Ulrich Geis, Geschäftsführer der Energieallianz Bayern sagt: „Der Windpark Wadern-Wenzelstein ist für die Energieallianz Bayern ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zum Umbau der Energieversorgung in kommunaler Hand. Wir möchten allen Beteiligten ein großes Lob und unseren Dank für den

Einsatz im Projekt aussprechen. Mit dem neuen Windpark leisten wir einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz.“

Und Andreas Höllinger, Vorstandsvorsitzender der ABO Wind AG: „Mit der Energieallianz Bayern, die von uns bereits einen im Januar 2020 im hessischen Adorf in Betrieb genommenen Windpark erworben hat, arbeiten wir nun zum zweiten Mal sehr gut zusammen.“

Die Energieallianz Bayern betreibt nunmehr 6 Windparks mit einer Gesamtleistung von 72 MW. Technisches Asset Management und kaufmännische Betriebsführung für den Windpark Wadern-Wenzelstein führt die Energieallianz Bayern selbst durch.

Bayerngas:

Erfolgreiches Geschäftsjahr

Alle Geschäftsbereiche mit über Plan liegenden Ergebnissen

Der Bayerngas-Konzern, München, weist für das Geschäftsjahr 2019 ein Jahresergebnis von 27,9 Millionen Euro aus und zahlt seinen Anteilseignern eine über Plan liegende Dividende von 8 Prozent. Günter Bauer, Geschäftsführer der Bayerngas GmbH: „Das vorliegende Konzern-Ergebnis ist für uns sehr erfreulich und überzeugend zugleich. Denn es waren alle Bereiche und Funktionseinheiten unserer Unternehmensgruppe an diesem Erfolg beteiligt, was sich eindrücklich in den jeweils über Plan liegenden Ergebnissen aller Geschäftsbereiche zeigt.“

Das Konzern-Mutterunternehmen Bayerngas GmbH weist für das Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss von 25,4 Mio. Euro aus, das von der Bayerngas Energy GmbH verantwortete Geschäftsfeld Vertrieb und Handel ein Ergebnis von 6,0 Mio. Euro, das regulierte Netzgeschäft der bayernets GmbH 35,6 Mio. Euro und die Speichergesellschaft bayernugs GmbH 1,7 Mio. Euro.

Der Konzerngasabsatz liegt für 2019 bei 325,6 Terawattstunden (TWh). Umsatzerlöse erzielte die Münchner Unternehmensgruppe von 5,63 Mrd. Euro. Die Eigenkapitalquote lag bei 37,7 Prozent.

Stabiles Kerngeschäft

„Für die Bayerngas Energy GmbH war 2019 kein leichtes Jahr. Es war aber Herausforderung und Chance zugleich“, erklärt Bauer. „Herausfordernd war es, weil die Day-ahead-Preise an den für uns relevanten Handelsmärkten binnen Jahresfrist um gut 60 Prozent sanken. Positiv genutzt haben wir die hohe Liquidität, indem wir, basierend auf unserer stabilen Kundenbasis im Vertriebs-

markt, Beschaffungsoptionen genutzt haben“, so Bauer weiter.

Das breit aufgestellte, stabile Kerngeschäft des Bayerngas-Konzerns hat die Bayerngas-Gruppe bisher durch die Corona-Pandemie-Phase getragen. In welchem Maße sich die Pandemie auf den prognostizierten positiven Geschäftsverlauf für 2020 auswirken wird, lässt sich gegenwärtig noch nicht abschließend bewerten.

Gase als Teil der Lösung

Zuversichtlich stimmt die Unternehmensgruppe die aktuelle Wahrnehmung von Gas in der Politik. Gase, ob Erdgas, Wasserstoff oder synthetisches Methan, sind Teil der Lösung zum Erreichen der klimapolitischen Zwischenziele und der langfristigen Ziele.

Dazu Bauer: „Gasförmige Energieträger werden ihren festen Platz neben regenerativ erzeugtem Strom im Energiesystem der Zukunft haben. Unterschiedliche Projekte werden aufzeigen, welche Vorteile speicherbare Gase für die Gesellschaft und den Wirtschaftsstandort Deutschland haben.“

Energieversorgung in eigener Hand

Stadtwerke Donauwörth und erdgas schwaben schließen sich in neuer Netzgesellschaft für Erdgas zusammen

Die Stadt Donauwörth und erdgas schwaben werden bei der Energieversorgung in Donauwörths Stadtgebiet in Zukunft zusammenarbeiten: Anfang des Jahres ging hierfür eine neue, gemeinsame Gesellschaft „Gasnetz Donauwörth“ an den Start.

Die Stadtwerke Donauwörth halten an dieser gemeinsamen Gesellschaft mit 51 Prozent die Mehrheit der Anteile. Dieser Schritt, mit dem die Stadt künftig einen wesentlichen Bereich ihrer Energieversorgung selbst mitgestalten kann, erfolgte auf Beschluss des Stadtrates am 9.12.2019. Donauwörths Oberbürgermeister Armin Neudert mit Gertrud Hammer als Werkleiterin der Stadtwerke Donauwörth, Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben und Uwe Sommer, Geschäftsführer Gasnetz Donauwörth, unterzeichneten zwischenzeitlich die Verträge.

Neue Wege in der kommunalen Energiewirtschaft

„Mit der gemeinsamen Gasnetzgesellschaft gehen wir neue Wege in der kommunalen Energiewirtschaft“, sagt Oberbürgermeister Armin Neudert. „Gerade im Hinblick auf neue technologische Entwicklungen und Möglichkeiten im Zuge des Klimawandels können wir so als Stadt Einfluss auf die Energiewende und Infrastruktur vor Ort nehmen.“

Die Leiterin der Stadtwerke, Gertrud Hammer, führt als Beispiel aus, dass die Zukunft bestehender Gasnetze auch darin liegt, regenerativ erzeugten Strom in Gas umzuwandeln, in den Gasnetzen zu speichern und zu leiten, und bei Bedarf wieder zurück zu wandeln.

Erweitertes Spektrum der Daseinsvorsorge

Mit dem Einstieg in das lokale Gasnetz erweitern die Stadtwerke Donauwörth ihr Spektrum der Daseinsvorsorge in ei-

gener Hand: Auch am Stromnetz im Stadtgebiet halten die Stadtwerke inzwischen 51 Prozent.

Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben, sieht die neue Kooperation als Erfolg: „Wir freuen uns über das Vertrauen des Donauwörther Stadtrates. erdgas schwaben ist ein Energieversorger aus der Region – das hat einen nachhaltigen ökonomischen Effekt. Die Arbeitsplätze sind hier und die Wertschöpfung geschieht vor Ort.“

„Von der Kooperation profitieren alle Beteiligten. Donauwörth sichert damit die Teilhabe seiner Bürgerinnen und Bürger an der Energiezukunft“, machte Uwe Sommer, Geschäftsführer Gasnetz Donauwörth, deutlich.

Für die Kunden ändert sich nichts

Für die Donauwörther Erdgaskunden von erdgas schwaben ändert sich durch die Umstrukturierung nichts. Sie erhalten ihre Abrechnungen nach wie vor von erdgas schwaben, da der Netzbetrieb und der Netzvertrieb aufgrund gesetzlicher Vorgaben getrennt abgewickelt werden. Eigentümerin und Verantwortliche für die Entwicklung des Donauwörther Gasnetzes ist künftig die neue Gasnetz Donauwörth GmbH.

Die Gaskonzession der Stadt wurde dazu auf die neue Gesellschaft übertragen. Für den operativen Betrieb bleibt wie bisher erdgas schwaben zuständig, die 100-prozentige Netztochter von erdgas schwaben. Sie ist auch weiterhin Ansprechpartner für Hausanschlüsse. Dazu wird das Gasnetz an schwaben netz verpachtet.



Das Gasnetz der Marktgemeinde Dinkelscherben bleibt beim regionalen Energiedienstleister erdgas schwaben mit der Netzgesellschaft schwaben netz. Den Wegenutzungsvertrag unterzeichneten Edgar Kalb, erster Bürgermeister in Dinkelscherben (Mitte), und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, im Rathaus der Marktgemeinde. Links: Gabriele Krybus, Konzeptionsmanagement schwaben netz.

Bild: erdgas schwaben

Dinkelscherben verlängert Wegenutzungsvertrag

erdgas schwaben und schwaben netz sichern klimaschonende Energieversorgung bis 2039

Das Gasnetz der schwäbischen Marktgemeinde Dinkelscherben bleibt beim regionalen Energiedienstleister erdgas schwaben. schwaben netz, die Netzgesellschaft im erdgas schwaben-Unternehmensverbund, betreibt weiterhin die Gasinfrastruktur im Markt Dinkelscherben.

Den Wegenutzungsvertrag unterzeichneten Edgar Kalb, erster Bürgermeister in Dinkelscherben, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, im Rathaus der Marktgemeinde. Die Vergabe der Konzession bis 2039 erfolgte im Rahmen des vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Ausschreibungsverfahrens.

Preisgünstige und zuverlässige Energieversorgung mit langfristiger Perspektive

Die Bürgerinnen und Bürger von Dinkelscherben können damit auch in Zukunft auf den sicheren und preisgünstigen Energieträger Erdgas bzw. Bio-Erdgas umstellen. Durch die ständige Überwachung und Steuerung der Netze und das kompetente Störungsmanagement ermöglicht erdgas schwaben eine sichere und dauerhafte Energieversorgung.

„In unserem gesamten Versorgungsgebiet ist die Nachfrage nach der Umstellung auf Erdgas sehr groß“, hob Uwe Sommer, schwaben netz, hervor. „Das liegt vor allem daran, dass die Umstellung auf Gas kostengünstig und einfach ist, die Umwelt durch geringeren CO₂-Ausstoß entlastet wird und wir mit unseren über 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Regionen rund um die Uhr eine sichere Versorgung für unsere Kunden gewährleisten.“

Aktuell sind mehr als 200 Städte und Gemeinden an 6.500 Kilometer Gasleitungen angeschlossen. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen von erdgas schwaben. Gas ist heute Wunschenergie Nr. 1: Über 75 Prozent aller Bauherren wünschen einen Gasanschluss.

Energie für heute und morgen

Mein GünstigStrom – 100 % aus Wasserkraft

Echt fair für Ihre Zukunft
erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah



V.l.: Rupert Speer, Bürgermeister Saulgrub, Arno Nunn, Geschäftsführer Ammer-Loisach Energie, Landrat Anton Speer, Landkreis Garmisch-Partenkirchen, und Andreas Rödl, Bürgermeister Oberammergau.

Wasserkraft fürs Ammertal

Die Verantwortung des Tourismus für die technische und auch wirtschaftliche Entwicklung eines Landstrichs zeigt sich sehr gut am Beispiel Ammergau. Laut Oberammergau Bürgermeister, Andreas Rödl, soll Thomas Cook die Idee gehabt haben, für die Passion 1900 die Bahn von Dampf auf Strom umzustellen. Eigens dafür wurde das Wasserkraftwerk Kammerl bei Saulgrub gebaut.

Aufgrund verschiedenster technischer Schwierigkeiten konnte die Bahn dann aber erst ab 1905 von Murnau nach Oberammergau elektrisch fahren, trotzdem ist diese Strecke weltweit die erste, die mit einphasigem Wechselstrom betrieben wurde und das Wasserkraftwerk Kammerl zählt heute deutschlandweit zu den bedeutendsten Denkmälern für erneuerbare Energien.

In Nähe ist jetzt der Spatenstich für das neue Wasserkraftwerk der Ammer-Loisach Ener-

gie GmbH an der Halbammer erfolgt. Die Ammer-Loisach Energie ist ein Zusammenschluss aus zehn Gemeinden (Bad Bayer-soien, Saulgrub, Bad Kohlgrub, Schwaigen, Eschenlohe, Grai-nau, Oberau, Ettal, Oberam-mergau, Unterammergau) und dem regionalen Energieversorger Energie Südbayern. Das Ge-lände für die neue Anlage stellen Bayerische Staatsforsten und die Gemeinde Saulgrub.

Wasserkraftwerke werden in Bayern nicht oft gebaut, obwohl sie ein Zukunftsthema sind.

Neuer Rekordwert bei den Erneuerbaren im ersten Halbjahr 2020

Stromerzeugung im LEW Verteilnetzgebiet deckte rechnerisch zu 80 Prozent den Strombedarf
Zuwachs vor allem bei Photovoltaik / Rückgang des Stromverbrauchs im ersten Halbjahr

Einen Rekordwert bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien verzeichnete im ersten Halbjahr 2020 der Betreiber des regionalen Stromnetzes in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns, die LEW Verteilnetz GmbH (LVN): Die rund 79.000 ans Netz angeschlossenen Anlagen speisten zwischen Januar und Juni 2020 insgesamt rund 2,9 Milliarden Kilowattstunden Strom in das regionale Verteilnetz ein – ein neuer Rekordwert.

Zuwächse gab es vor allem bei der Stromerzeugung aus Photovoltaik. Weil im ersten Halbjahr 2020 gleichzeitig der Stromverbrauch der LVN Netzkunden zu rückging, stieg der Deckungsbeitrag der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch der LVN-Netzkunden deutlich an: Rein rechnerisch deckten die ans LVN-Netz angeschlossenen Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu rund 80 Prozent den Strombedarf der ans Netz angeschlossenen Stromkunden – inklusive großer Betriebe mit hohem Stromverbrauch. Im Vorjahr lag der Wert bei rund 70 Prozent.

Weit über Bundesdurchschnitt

Bundesweit deckten die erneuerbaren Energien in den ersten sechs Monaten des Jahres laut aktuellen Zahlen des statistischen Bundesamtes zu rund 52 Prozent den Stromverbrauch. Im Energiekonzept der Bundesregierung ist ein Anteil

langer Tradition sind. Der Geschäftsführer der Ammer-Loisach-Energie, Oberammergau ehemaliger Bürgermeister, Arno Nunn, dankte dem Landratsamt Garmisch-Partenkirchen für die rasche Bearbeitung: „Dieses Kraftwerk dient dem Klimaschutz und der Wertschöpfung vor Ort, denn mit den Bauarbeiten werden regionale Firmen beauftragt.“

Öko-Strom für 300 Haushalte

Nach Aussage von Geschäftsführer Jürgen Hitz werden die Bauarbeiten voraussichtlich Ende 2021 abgeschlossen sein. Das Kraftwerk soll dann mit einer Leistung von 135 KW jährlich etwa 500.000 KWh Ökostrom erzeugen – genug, um den Jahresverbrauch von etwa 300 Haushalten zu decken. Landrat Anton Speer wünschte dem Projekt den verdienten Erfolg und bekräftigte das Bekenntnis des Landkreises zur Wasserkraft: „Ca. 10 % der Energie im Landkreis wird mit Wasserkraft erzeugt und wir sind auf der Suche nach weiteren Möglichkeiten.“

Da die Halbammer wegen Hochwasserschutzmaßnahmen sowieso nicht durchgängig ist, hält sich der ökologische Eingriff in Grenzen. Sollte sich an der Durchgängigkeit etwas ändern, müssten auch am Kraftwerk entsprechende Maßnahmen nachgerüstet werden.

Technische Visionen und Synergieeffekte

Die Begeisterung für Energie aus Wasserkraft war bei den zahlreich anwesenden kommunalen Vertretern deutlich spürbar. Saulgrubs Bürgermeister, Rupert Speer, berichtete über technische Visionen, die das Ammertal schon früh beflügelten: „Als selbst in Berlin noch die Gaslaternen leuchteten, gab es im Bereich des Kraftwerks Kammerl schon elektrisches Licht.“

Vom neuen Kraftwerk erhofft sich die Gemeinschaft jetzt Synergieeffekte. Mit dem e-ALOIS, dem eCarsharing-Programm der Ammer-Loisach Energie, sind erste Ideen, den klimafreundlichen und CO2-freien Strom zu nutzen, auch schon in der Umsetzung.

CH

legungen, die Betreiber von Post-EEG-Anlagen bei Umstellung auf Eigenverbrauch zum Einbau eines Smart Meter zu verpflichten. Die damit einhergehenden Kosten gefährden einen wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen.

Hohe Investitionen in das regionale Verteilnetz

Das LVN-Netz umfasst rund 35.000 Kilometer Leitungen in Bayerisch-Schwaben und Teilen des westlichen Oberbayerns. Der Großteil der Investitionen der LEW-Gruppe fließt in Ausbau und Erneuerung dieses regionalen Stromnetzes. Mit Ab-

Donauwörth testet Smart-City-Straßenbeleuchtung:

Internetsurfen und Elektroauto-Laden und am Laternenpfahl

LEW installiert LED-Straßenbeleuchtung mit integrierter Ladesäule und WLAN Access Point

Donauwörth. An drei Straßenbeleuchtungsmasten bieten LEW und die Stadt Donauwörth Elektromobilisten und Spontan-Internetsurfern ab sofort einen neuen Service an: Sie profitieren jetzt nicht mehr „nur“ durch die Beleuchtung bei Nacht. Sie können die Masten auch nutzen, um ihr Elektrofahrzeug mit Strom zu versorgen und um mit Smartphone oder Tablet online zu gehen.

Die LEW entwickelten für das Smart-City-Projekt „iLamp“ spezielle Multifunktionsmasten (Smart Poles), in die zusätzlich zur LED-Straßenbeleuchtung eine Stromtankstelle und ein WLAN Access Point integriert sind: Jeder der Multifunktionsmasten bietet eine Ladeleistung von bis zu 11 Kilowatt. Der Service lässt sich auf dem reservierten Parkplatz direkt davor mit fast jeder Ladekarte nutzen. Ein in mehreren Metern Höhe angebrachter LED-Ring zeigt dabei bereits aus der Entfernung an, ob die Ladestation frei oder besetzt ist.

Der öffentliche Internetsurfing ist kostenfrei und ohne komplizierten Anmeldeprozess

nutzbar. Zudem lassen sich die Smart Poles mit weiteren Sensoren ausstatten – beispielsweise, um Verkehrsdaten erfassen oder die lokale Lärm- und Feinstaubbelastung zu erfassen. Mit den Multifunktionsmasten will Donauwörth gemeinsam mit LEW und weiteren Partnern verschiedene Smart-City-Lösungen testen.

„Gerade in der Innenstadt ist der Platz knapp. Die Multifunktionsleuchten bieten uns hier einen hohen Mehrwert. Wir können nun Lademöglichkeiten für Elektroautos schaffen, ohne zusätzlichen Raum zu belegen“, sagt der Donauwörther Oberbürgermeister Jürgen Sorré.

Informationen: www.lew.de

Kraftwerk Neuötting:

Beidseitige Fischwanderung möglich

Neuötting/Töging. Seit 2013 besitzt das Kraftwerk Neuötting an der linken Kraftwerksseite eine Fischwanderhilfe. Ende 2019 wurde mit der Errichtung einer weiteren Umgehungsmöglichkeit auf der rechten Seite begonnen. Das neue, 3,6 km lange Umgehungsgewässer ist inzwischen weitgehend fertig. Die Ergebnisse des Probebetriebs sind positiv und vielversprechend. Auch bei Spaziergängerinnen und Spaziergängern erfreut sich das neu gestaltete Gewässer großer Beliebtheit.

Das neue, zusätzliche Umgehungsgewässer besteht aus einem technischen Bauwerk zur Dammdurchdringung und mehreren Durchlässen. Zentraler Bestandteil ist der naturnahe Bachlauf, der die bestehenden Gräben von Fischbach und eines Teils des Mörbaches strukturell aufwertet. Zudem dient er der Durchgängigkeit für Innfische. Vor allem der Mündungsbereich in den Inn konnte in der Aue in ein Kiesbett gelegt werden, was für zusätzlichen Lebensraum sorgt. Ziel des Gesamtvorhabens ist nicht nur die weitere Verbesserung der Durchgängigkeit des Gewässers für Huchen, Äschen, Barben und Nasen, sondern auch die Erschließung neuer Lebensräume für die Innfische.

Auch bei Spaziergängern beliebt

Neben der reinen Aufwertung der bestehenden Gewässer durch Störsteine, Wurzelstöcke, und weitere Elemente der Gestaltung von Gewässern wurden mehrere Kleingewässer neu errichtet, um neben Jungfischen auch Amphibien und Libellen einen neuen Lebensraum in der ausgedehnten Aue anzubieten. Diese Komponenten sind wichtig da der sommerkalte Inn für viele Kleinfische nur schlechte Lebensbedingungen zum Wachsen bietet. Die Maßnahmen wurden in enger Koordination mit den Behörden und Fachplanern ent-

wickelt. In die Umsetzung haben die VERBUND Innkraftwerke rund 1,6 Mio. Euro investiert.

Der Probebetrieb hat gezeigt, dass das neu angelegte Umgehungsgewässer auch bei den Menschen positiven Anklang findet. Damit ist ein weiteres Ziel erreicht, das die Erlebbarkeit und Zugänglichkeit betrifft. Spaziergängerinnen und Spaziergänger werden jedoch darum ersucht, Rücksicht auf die aufkommende Vegetation zu nehmen und Jungpflanzen nicht zu beschädigen oder gar zu entfernen. Zudem warnen die VERBUND Innkraftwerke davor, die Gefahren am und im Wasser zu unterschätzen. Auch wenn ein Fließgewässer einen beschaulichen Eindruck vermittelt, von Strömungen, Steinen und Treibgut kann eine erhebliche Gefahr ausgehen.

Gesamtkonzept Ökologie und Wasserkraft

Die VERBUND Innkraftwerke GmbH hat sich im Rahmen einer Vereinbarung mit dem Freistaat Bayern verpflichtet, ökologische Verbesserungen in den Staugebieten am Inn umzusetzen. In dieser Vereinbarung mit dem Freistaat hat sich der Wasserkraftbetreiber verpflichtet auch die ökologische Durchgängigkeit (Fischtreppen oder Umgehungsgewässer) am Inn zwischen Rosenheim und Stammham entsprechend dem Ziel der der EU – Wasserrahmenrichtlinie vorzuziehen und umzusetzen. Darüber hinaus wurden weitere Themen z.B. aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie identifiziert, die zu wesentlichen Verbesserungen für die Fischfauna aber auch der Gesamtökologie führen sollen. Im Rahmen von Projekten werden in enger Abstimmung mit den Fachbehörden, Reg. von Oberbayern, Verbänden und Fischereivereinen Konzepte entwickelt und konkrete Maßnahmen zeitnah umgesetzt. Bis 2027 sollen am bayerischen Inn rund 85 Mio. Euro investiert werden.



KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Effiziente Gebäudereinigung: Reinigungsprozesse elektron. steuern
- rechtsichere elektronische Ausschreibung der Reinigungsdienstleistung
- maximaler Wettbewerb am Markt
- vollständige Steuerung von Reinigungsprozessen
- Ausschreibung von Strom und Erdgas
- rechtssichere Energiebeschaffung
- elektronische Ausschreibung mit elektronischer Auktion
- Energiedatenmanagement und Energiepreisprognose
- Bündelausschreibungen

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH
Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
☎ 089/44 23 540-0 ✉ bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
☎ 0385/30 31-251 ✉ info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Umfrageergebnisse des Deutschen Landkreistags:

Erneuerbare Energien in den Landkreisen

Auf der kommunalen Ebene sind die 294 Landkreise mit ihren rund 56 Mio. Einwohnern bereit, ihren Anteil zur Erreichung der Klimaschutzziele beizutragen. Dass viele Landkreise beim Klimaschutz und bei der Nutzung erneuerbarer Energien aktiv vorgehen, belegen die in einer neuen Publikation des Deutschen Landkreistags dargestellten Ergebnisse einer Umfrage, die der Verband mit großer Resonanz durchgeführt hat.

Demnach werden in den Landkreisen erneuerbare Energien in verschiedenen Formen genutzt. Gerade in ländlichen Räumen ist die Energieerzeugung aus regenerativen Quellen von besonderer Bedeutung. Viele Landkreise haben Energiekonzepte entwickelt, in denen unter Rückgriff auf erneuerbare Energien sowie mittels verstärkter Bemühungen für einen sparsamen und ressourcenschonenden Umgang mit Energie das Ziel einer weitgehenden Versorgungsautonomie für das Kreisgebiet angestrebt wird.

Bis 2030 sollen gemäß dem Ziel der Bundesregierung 65 % des Strombedarfs aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden, um die angestrebten Klimaschutzziele zu erreichen. In der Umfrage des Deutschen Landkreistags sahen mit Blick auf das Ausbauziel die Kreisverwaltungen noch vielfältiges Potenzial für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien im Kreisgebiet. Auch wenn jetzt schon die Solarenergie in den Landkreisen praktisch flächendeckend genutzt wird, sehen 96 % der Landkreise insbesondere hier noch das größte Ausbaupotenzial. Auch in Bezug auf Erdwärme und Windkraft werden von 72 % bzw. 61 % der Kreisverwaltungen noch Potenziale gesehen. Für den Ausbau der Bioenergienutzung sieht knapp der Hälfte (48 %) der teilnehmenden Kreisverwaltungen noch Potenzial.

Unabhängig von der möglichen Wertschöpfung bedeutet der Ausbau der erneuerbaren Ener-

gien für die ländlichen Räume oftmals zugleich eine Belastung. Während die Städte mit „sauberem Strom“ versorgt werden, wirken sich die vor allem im ländlichen Raum befindlichen Windkraft- und Solarparks sowie Bioenergieanlagen nicht nur auf Natur und Landschaftsbild aus, sondern können abhängig vom Anlagentyp auch durch Emissionen die Anwohner belasten. Ebenso werden die zum Transport des regenerativ erzeugten Stroms erforderlichen Übertragungsleitungen vor allem in den ländlichen Räumen errichtet.

Entwicklungschancen der ländlichen Räume wahren

Um diese Belastungen durch den Ausbau der erneuerbaren Energien im Land-Stadt-Verhältnis auszugleichen, sprechen sich in der Umfrage 92 % der Kreisverwaltungen für Maßnahmen zur Umsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse aus. Solche Maßnahmen z. B. in den Bereichen digitale Infrastruktur, ÖPNV oder medizinische Versorgung zielen generell darauf ab, die Entwicklungschancen der ländlichen Räume zu wahren. Einen unmittelbaren Vorteil würden die betroffenen Kommunen aus den Erneuerbare-Energien-Anlagen ziehen, wenn sie an den Vorhaben stärker finanziell beteiligt würden, was 63 % der Kreise anregen. Ähnlich viele Landkreise sprechen sich dafür aus, den Klimaschutz in den ländlichen Räu-

men stärker zu fördern und im städtischen Bereich den Ausbau von Dachflächen-Photovoltaik-Anlagen zu intensivieren, um dort den „sauberen Strom“ direkt vor Ort zu erzeugen.

In der Umfrage des Deutschen Landkreistages haben 8 % der Kreisverwaltungen angegeben, dass im jeweiligen Kreisgebiet bislang keine Windkraftanlagen errichtet wurden. Dagegen sind in der überwiegenden Zahl der Landkreise in unterschiedlichem Umfang Windkraftanlagen errichtet worden. Die Kreisverwaltungen führen in den Ländern regelmäßig die Genehmigungsverfahren für diese Anlagen durch, so dass sie nicht nur mit deren Wertschöpfungs-, sondern auch mit deren Konfliktpotenzial gut vertraut sind.

Konfliktpotenzial bei Windkraftanlagen

Fast alle Kreisverwaltungen geben in Bezug auf die bereits bestehenden sowie die geplanten Windkraftanlagen an, dass es vor Ort zu Konflikten kommt. In 86 % der Landkreise kommt es demnach zu Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Arten- und Naturschutz. In 81 % bzw. 80 % der Landkreise entzündeten sich die Konflikte an der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die Windkraftanlagen bzw. an deren Abständen zur Wohnbebauung. Vor diesem Hintergrund wird die generelle Akzeptanz im Kreisgebiet für die Errichtung (weiterer) Windkraftanlagen von den Kreisverwaltungen am häufigsten als „eher gering“ (38 %) bzw. „mittel“ (34 %) eingeschätzt. Gefragt nach Maßnahmen, die geeignet sind, die Akzeptanz von Windkraftanlagen zu fördern, nennen 78 % der Kreisverwaltungen die

Stärkung von Bürgerenergieprojekten.

Wenn die Bürger vor Ort eine Genossenschaft gründen, um Erneuerbare-Energien-Projekte umzusetzen und zu betreiben, schafft dies nicht nur regionale Wertschöpfung, sondern bietet auch die Möglichkeit zur bürgerschaftlichen Mitbestimmung. 70 % der Kreisverwaltungen halten daneben eine stärkere finanzielle Beteiligung der betroffenen Gemeinden für zielführend, um die Akzeptanz vor Ort zu steigern.

In 87 % der Landkreise wurden bereits Photovoltaik-Freiflächenanlagen (Solarparks) in unterschiedlicher Anzahl errichtet. Diese Anlagen befinden sich nicht auf oder an Gebäuden, sondern z. B. auf versiegelten Flächen, entlang von Autobahnen oder Schienenwegen, auf Konversionsflächen und – unter bestimmten Umständen – auch auf Acker- oder Grünland. Den Kreisverwaltungen obliegt in der Regel die Genehmigung entsprechender Vorhaben.

Am häufigsten kommt es im Zusammenhang mit Photovoltaik-Freiflächenanlagen laut den Kreisverwaltungen zu Konflikten um die Flächenverfügbarkeit. Während dies 61 % der Landkreise betrifft, geben 50 % der Kreisverwaltungen an, dass die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes für Auseinandersetzungen sorgt. Der Arten- und Naturschutz sowie der Abstand zur Wohnbebauung sorgen dagegen – anders als bei Windkraftanlagen – in deutlich geringerem Umfang für Konflikte.

Die generelle Akzeptanz für (weitere) Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Kreisgebiet wird von den Kreisverwaltungen am häufigsten als „mittel“ (46 %) bzw. „eher hoch“ (36 %) eingeschätzt. DK

Energiewende Oberland:

Solarstrompreis für Schwabsoien, Penzberg und Weilheim

Kommunen, die im vergangenen Jahr in besonderer Weise beim Ausbau der Stromerzeugung durch Sonnenenergie überzeugt haben, sind von der Energiewende Oberland (EWO) ausgezeichnet worden. Die Preisträger Schwabsoien, Penzberg und Weilheim kommen allesamt aus dem Landkreis Weilheim-Schongau.

Den Preis der EWO erhalten Kommunen, in denen im Vorjahr am meisten Photovoltaik-Leistung zugebaut wurde. Er soll ein Anreiz sein, die Installation weiterer Anlagen zu fördern. Zum Beispiel auch für alle, die E-Rad oder E-Auto fahren und den Strom direkt vom eigenen Dach oder Balkonkraftwerk beziehen wollen.

Datengrundlage für den Solarstrompreis im Oberland sind die Meldungen an die Bundesnetzagentur, bei der alle neu errichteten Anlagen angegeben werden müssen. Um die Preisträger-Kommunen zu ermitteln, wertet die Fachgruppe Solarenergie der EWO jährlich die installierten PV-Anlagen in den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach und Weilheim-Schongau aus.

In Schwabsoien sind vergangenes Jahr insgesamt knapp 11 MWp dazugekommen. Davon stammen allein 10 MWp aus einer großen Freiflächenanlage, die von Landwirten bei Sachsenried gebaut wurde und aus circa 36.000 Photovoltaikmodulen besteht. Die übrigen 900 kWp werden von zwei großen Anlagen mit rund 750 und 85 kWp sowie einigen kleineren Anlagen erzeugt. Die neu errichteten Anlagen erzeugen in Schwabsoien so viel Strom, wie ungefähr 2.725

Vier-Personen-Haushalte pro Jahr verbrauchen.

In Penzberg wurden 37 PV-Anlagen mit gut 1.000 kWp gebaut. Die beiden größten davon leisten etwa 300 und 270 kWp. Die breite Streuung der restlichen Leistung auf 35 kleinere Anlagen zeigt, dass immer mehr Menschen wissen, dass Strom aus Sonnenlicht die umweltfreundlichste Art der Stromerzeugung ist, so die EWO. Die neuen Anlagen können rund 250 Vier-Personen-Haushalte pro Jahr versorgen.

Auch in Weilheim verteilt sich die Gesamtleistung von rund 700 kWp auf viele, nämlich 30 kleine Anlagen und zwei größere Einheiten mit circa 230 und 160 kW. Die Anlagen liefern klimafreundlichen Strom für rund 175 Vier-Personen-Haushalte pro Jahr.

Insgesamt errichteten die vier Landkreise im EWO-Gebiet 2019 einen Neubau von etwa 750 Anlagen mit 22.500 kWp Photovoltaik-Gesamtleistung, nach 14.500 kWp im Jahr 2018. Aus Sicht von Walter Weiss von der Fachgruppe Solarenergie der EWO „ist die Beschleunigung beim Ausbau im Oberland für den Klimaschutz erfreulich. Und sie weist auch auf das oft weitsichtige und zukunfts-gewandte Denken lokaler Bürgermeister, Stadt- und Gemeinde-räte hin.“ DK

Hohe Nachfrage nach Energieberatung

Verbraucherzentrale berät deutlich häufiger zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz im Gebäudesektor

Die Energieberatung der Verbraucherzentrale Bayern ist derzeit stärker nachgefragt als jemals zuvor, in ihrer über vierzigjährigen Geschichte. Im ersten Halbjahr 2020 haben sich rund 15.000 Bürger und Bürgerinnen mit Anliegen zum Energiesparen oder energetischen Sanieren an einen Energieberater der Verbraucherzentrale Bayern gewandt. Dies entspricht einer Steigerung von 35 Prozent zum Vorjahr und einer Steigerung von 65 Prozent zum Jahr 2018. Besonders hoch ist der Andrang im Raum München, im Oberland, in Unterfranken und im Allgäu. Die Experten beantworten die Fragen telefonisch, per E-Mail, persönlich an einem der 140 Beratungsstandorte oder vor Ort in der Immobilie.

Laut einer Erhebung des Handelsverbands Heimwerken, Bauen und Garten (BHB) waren in den Baumärkten Baumaterial, Bauchemie sowie Anstrichmittel und Malerzubehör sehr gefragt. „Die pandemiebedingten Ausgangsbeschränkungen haben offenbar dazu geführt, dass sich mehr Menschen mit ihren Gebäuden und deren Sanierungspotential beschäftigen“, so die Verbraucherzentrale Bayern.

Bessere Förderkonditionen

Auch die verbesserten Förderkonditionen des Programms zum energieeffizienten Bauen und Sanieren (EBS) des Bundes dürften die Nachfrage nach Energieberatung gestärkt haben. Im ersten Halbjahr 2020 wurden in den EBS-Programmen bundesweit Kredite und Zuschüsse in Höhe von insgesamt 14,5 Milliarden Euro zugesagt.

Das zum Jahresbeginn 2020 novellierte Marktanreizprogramm (MAP) mit Zuschüssen für das Heizen mit erneuerbaren Energien wird ebenfalls stark nachgefragt. Bundesweit sind 130.697 Anträge auf Förderung

einer neuen Heizungsanlage in den ersten sieben Monaten des Jahres 2020 beim zuständigen BAFA eingegangen. Auch die neu eingeführte Öl-Austauschprämie wird von den Verbrauchern gut angenommen.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Beratungsthemen wider, die Ratsuchende mit den Energieberatern besprechen wollen. Im Mittelpunkt stehen der Heizungstausch, die Dämmung der Gebäudehülle, der Einsatz erneuerbarer Energien bei der Wärme- und Stromerzeugung sowie die entsprechenden Förderungen.

Online-Vorträge als neues beliebtes Format

Seit Beginn der Covid19-Pandemie hat die Verbraucherzentrale Bayern ihr Angebot an Online-Vorträgen stark ausgebaut. Mehrmals monatlich können Interessierte über das Internet kostenlos an einem Vortrag eines Energieberaters teilnehmen und Fragen zu dem jeweiligen Thema stellen.

Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich ein Energiebera-

tungsangebot in ihrer Nähe. Die Verbraucherzentrale Bayern kooperiert mit Kommunen, um vor Ort eine neutrale und unabhängige Energieberatung anzubieten. Sie stellt die Struktur für die Beratung zur Verfügung und koordiniert die Terminvereinbarung sowie die Abrechnung. Ein qualifizierter und ortskundiger Energieberater führt die Beratung durch. Zur Bewerbung des Angebots werden Broschüren und Marketingmaterialien zu sämtlichen Aspekten des Energiesparens und energetischen Sanierens zur Verfügung gestellt und bei Bedarf lokal adaptiert. Finanziert wird dies vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Energieberater zur Verstärkung gesucht

Landesweit sind derzeit 150 Energieberater für die Verbraucherzentrale Bayern auf Honorarbasis tätig. Sie haben als Architekten, Ingenieure oder Techniker eine qualifizierte Ausbildung und Praxiserfahrung in sämtlichen Gebieten der Energieeffizienz. Voraussetzung sind mindestens zwei Jahre Berufserfahrung in der Energieberatung von privaten Haushalten. Die Verbraucherzentrale Bayern hat das wirtschaftliche Interesse und Potenzial des jeweiligen Ratsuchenden im Blick. Aufgrund der stetig wachsenden Nachfrage werden neue Fachleute in das Netzwerk aufgenommen.

Interessenten können sich per E-Mail an berater@vz-energie.de wenden. □

Paul kauft am liebsten regional: Äpfel, Eier und Strom.

Auch bei erneuerbaren Energien ist die Herkunft wichtig. So ist das Ziel von regionalen Strommärkten: Strom dort erzeugen, wo er genutzt wird. Dadurch werden Bayerns Kommunen energetisch immer unabhängiger.

Energie, die Bayern weiterbringt. Bayernwerk.

Mehr unter bayernwerk.de

bayernwerk

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Markt Altdorf (Landkreis Landshut), 11.200 Einwohner

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

01.05.2020

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

...die Möglichkeit den Ort, in dem man aufgewachsen ist, selbst zu gestalten

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich wurde 2014 in den Marktgemeinderat gewählt und konnte mich seit dem intensiv mit den Problemen und Chancen meiner Marktgemeinde auseinandergesetzen.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Für mich persönlich in der Einarbeitung in das Tagesgeschäft. Ich war vorher in einem Planungsbüro für Freianlagen angestellt, da ist der Sprung in die Leitung einer öffentlichen Verwaltung dann doch ein großer Schritt.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

- Hochwasserschutz innerorts herstellen, um eine Nachverdichtung zu ermöglichen
- Energiewende vor Ort umsetzen: Nahwärmnetze ausbauen
- Personalmangel in den Kindertageseinrichtungen



und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Innerhalb des Rathauses versuche ich flache Hierarchien zu leben, um einen Draht zu allen Mitarbeitern zu haben.

In den Wochen zwischen den Ratssitzungen finden Besprechungen mit den Fraktionsprechern und stellvertretenden Bürgermeisterinnen statt.

Zur Bürgerinformation nutze ich unser monatliches Infoblatt, die Homepage und soziale Medien.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Bürgerbeteiligung und -information kann und muss auch online angeboten werden. Wichtig ist hier eine nutzerfreundliche Aufbereitung.

Für die Arbeit in den politischen Gremien erleichtert unser Ratsinformationssystem die Bereitstellung der Sitzungsunterlagen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Tue Recht und scheue niemand.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Darüber mache ich mir mit 32 noch keine Gedanken :-)

Sebastian Stanglmaier Erster Bürgermeister in Markt Altdorf

tionen bewältigen, um ausreichend Plätze bereit zu stellen

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Mit der strategischen Entwicklung unseres Marktes in allen Bereichen: städtebaulich, sozial, kulturell, wirtschaftlich. Hierzu ist im Herbst ein Klausurwochenende mit dem Marktgemeinderat geplant.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

...den gebe ich gerne, wenn ich auf die ersten Amtsjahre zurückblicke.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen

Besondere Auszeichnung für das Landratsamt Donau-Ries:

Familiengerechte Arbeitspolitik

Das Landratsamt Donau-Ries ist für seine langjährige, familien-gerechte und lebensphasenorientierte Personalpolitik besonders ausgezeichnet worden. So wurden die langjährigen Bemühungen zur stetigen Verbesserung der familiengerechten Arbeitsbedingungen mit dem nun dauerhaften Zertifikat zum „auditberufund-familie“ der Hertie-Stiftung gewürdigt.

Erstmals in seiner 22-jährigen Geschichte fand die Auszeichnung im Rahmen eines Zertifikats-Online-Events statt. Während dieses Events durfte der Personalleiter des Landratsamtes, Andreas Seifert die Auszeichnung von der Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey, die die Schirmherrschaft über das audit trägt, in Empfang nehmen.

Seifert freute sich sehr, dass die vielfältigen Bemühungen und Aktionen der letzten Jahre nun dazu geführt haben, dass man als eines der ganz wenigen Landratsämter in Deutschland nun dauerhaft zertifiziert ist. Dadurch steigt die Attraktivität als Arbeitgeber und natürlich ist es auch eine ehrliche und motivierende Bestätigung des

Arbeitskreises „Audit Beruf und Familie“, der sich regelmäßig im Landratsamt trifft und berät, welche weiteren Aktionen für eine bessere Vereinbarkeit umsetzbar sind.

Lebensphasenorientierte Familienpolitik

Sehr stolz und mit großer Freude hat auch Landrat Stefan Rößle auf die dauerhafte Zertifizierung reagiert. War er es doch, der bereits zum Antritt seiner ersten Amtsperiode im Jahr 2002 die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als oberstes Ziel im Landratsamt verankert hat.

Seither sind unzählige Veränderungen hin zu einer lebensphasenorientierten Familienpolitik umgesetzt worden. So

profitieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes von flexiblen Arbeitszeiten, von einem großzügigen Home-Office-Angebot, von großzügigen und persönlichkeitsfördernden Fortbildungsprogrammen und von mehr als 100 verschiedenen Arbeitszeitmodellen aus denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das für sie passende auswählen können.

Pflege von Angehörigen

Zunehmend nimmt auch das Thema Pflege von Angehörigen immer mehr Bedeutung ein. Auch hier bemüht sich der Arbeitgeber Landratsamt, dass immer großzügig geprüft wird, wo den Mitarbeitern unbürokratisch und schnell geholfen werden kann. Seit einigen Jahren ergänzt ein eigenes internes Gesundheitsmanagement mit vielen Aktionen und Vorträgen das umfangreiche Angebot. Besonders stolz ist Rößle über die fest verankerten Aktivitäten, wie z.B. den Kindermittag der jedes Jahr angeboten wird oder den Gesundheitstag, den es alle zwei Jahre gibt.

Neue Familienbeauftragte

Mit der Übergabe des Zertifikates an den Landrat konnte fast zeitgleich auch die neue Familienbeauftragte des Landkreises Donau-Ries, Ursula Leinfelder, begrüßt werden. Leinfelder ist Dipl.-Kommunikationswirtin und hat langjährige Erfahrungen in den Bereichen Marketing und Projektarbeit. Als Führungskraft und Mutter hat sie bereits Erfahrungen gesammelt, wo die Vereinbarkeit hilft und wo diese noch zu wünschen übriglässt.



Unser Bild zeigt v.l.: Landrat Stefan Rößle, Familienbeauftragte Ursula Leinfelder und Personalleiter Andreas Seifert alle Landratsamt Donau-Ries
Bild: Simon Kapfer/Landratsamt Donau-Ries

Digitale Geodaten in der Stadt- und Regionalentwicklung

Gemeinsamer Workshop zwischen der Landeshauptstadt München und der NordAllianz

Im Bürgerhaus Unterföhring fand ein Workshop zwischen Vertreterinnen und Vertretern der NordAllianz und der Landeshauptstadt München statt. Dabei ging es um das Förderprojekt „Digitaler Zwilling“: Seit Beginn des Jahres 2019 entsteht in München ein virtuelles Abbild der Stadt. Dies bedeutet, dass alle Daten über die Systeme der Stadt innerhalb einer digitalen Landkarte gesammelt werden, mit dem Ziel, diese Informationen gebündelt zu visualisieren.

Als digitale Kopie der realen Stadt bzw. der Region kann ein digitaler Zwilling auch Modelle oder Simulationen enthalten, so dass zum Beispiel Änderungen an der Verkehrsführung erst digital getestet werden können, bevor man diese real in die Tat umsetzt. Dies spart Zeit und Aufwand. Voraussetzung für das digitale Abbild ist eine umfassende Datenbasis, diese wird in München im GeoPortal München (<https://geoportal.muenchen.de>) gesammelt, welches auf einer Open Source-Software basiert, die bereits in mehr als 20 Kommunen in Deutschland erfolgreich genutzt und in einer gemeinsamen Kooperation weiterentwickelt wird.

Geodatensammlung in Stadt und Umland

Die Sammlung von urbanen Daten findet am besten auch über die Grenzen der Stadt hinaus statt, da beispielsweise Verkehrsströme ja nicht an der Stadtgrenze enden, sondern bis

Einmaliges Projekt:

Wolframs-Eschenbach eröffnet Stadtbäckerei

In Wolframs-Eschenbach (Landkreis Ansbach) ist eine Stadtbäckerei eröffnet worden. Dabei handelt es sich um ein einmaliges Projekt, nämlich die erste kommunale Bäckerei Bayerns.

Nach Informationen von br24.de war von 1598 bis Mitte 2018 hier durchgehend Betrieb. Als 2016 der alte Bäckermeister aufhörte, übernahm ein Filialist die Bäckerei. Nach nur zwei Jahren war allerdings Schluss, da Personal fehlte. Weil sich in der Folge kein Ersatz fand, beschloss Bürgermeister Michael Dörr, selbst aktiv zu werden. Eine Bäckerei sei schließlich wichtig für die Belebung der Innenstadt. Diese sollte fortan von der Stadt geführt werden.

Stärkung der regionalen Wirtschaft

Das Genehmigungsverfahren und Renovierungsarbeiten folgten. Dafür wurde eine städtische Firma gegründet und 50.000 Euro in die Hand genommen. Handwerker aus dem Umland und der Bauhof der Stadt halfen bei der Renovierung.

Gemeinsam mit dem Sozialunternehmen Diakoneo erarbeitete der Rathauschef ein Konzept mit Anlieferung von Waren und Teiglingen. Drei Fachverkäuferinnen wurden angestellt und sind nun montags bis samstags im renovierten Gebäude der aufgegebenen Bäckerei im Dienst. Die Bäckerei liefert dem gegenüberliegenden Metzger Brötchen, dafür bezieht diese für den baldigen „Frühstückstisch“ Wurst von ihm. Angeboten werden ausschließlich Waren aus der Region. Geht es nach Bürgermeister Dörr, sollen sich die Geschäfte in Wolframs-Eschenbach nämlich gegenseitig stärken und unterstützen. DK

Kulturstiftung des Bundes fördert Stadtbibliothek Kempten:

Lebendige Bibliothek für Nature Writing

Ob neue Medien-Angebote, Ausbau des bibliothekspädagogischen Konzeptes oder Online-Dienste: Die Stadtbibliothek Kempten hat sich in den letzten Jahren immer mehr von einem Ort des Lesens und der Ausleihe von Büchern zu einer modernen Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtung entwickelt.

Nun gehen die Verantwortlichen mit „Lebendige Bibliothek für Nature Writing“ neue Aufgaben an. Mit diesem Projekt knüpfen sie an die Tradition des Nature Writing an, ein literarisches Genre, das Naturbeschreibungen mit philosophischen und persönlichen Betrachtungen zur Natur verbindet und dessen Wurzeln in die Naturwissenschaften des 18. Jahrhunderts zurückreichen. Mit visuellen, auditiven, digitalen, sozialen und kinästhetischen Impulsen will die Bibliothek dabei alle Interessierten inspirieren, die eigene Umwelt neu wahrzunehmen.

Oberbürgermeister Thomas Kiechle freut sich sehr, dass mit diesem Projekt die Stadtbibliothek als partizipativer Raum in der Stadtgesellschaft verankert wird und „innovative Konzepte und Ideen, die hier in Kempten entwickelt werden, als Modellprojekt bundesweit in andere Bibliotheken getragen werden.“

in das Umland hineinreichen. Gerade in München ist die Stadt mit dem Umland eng verflochten und die städtebaulichen Herausforderungen wie die Lenkung des Verkehrs oder die Verbesserung von Radwegen sind Fragestellungen, die in der Stadt und in den angrenzenden Landkreisen gleichermaßen und nur im Austausch miteinander gelöst werden können.

Der Workshop stand unter dem Ziel, gemeinsame Anwendungsfälle für die NordAllianz und die Landeshauptstadt im Rahmen des „Digitalen Zwilling“ zu definieren. Zunächst präsentierte Projektleiter Markus Mohl (GeodatenService München, Kommunalreferat) die Eigenschaften des Münchener GeoPortal, anschließend fand ein reger Austausch über die Verwendungsmöglichkeiten des Portals in der NordAllianz zwischen allen Teilnehmenden statt. Die Vertreterinnen und Vertreter aus den NordAllianz Kommunen aus verschiedensten Fachabteilungen wie beispielsweise der Wirt-

schaftsförderung, den Umwelt- oder Bauabteilungen definieren gemeinsam zahlreiche mögliche Anwendungsfälle, sogenannte „Use cases“, wie das GeoPortal für die NordAllianz genutzt werden könnte.

Anwendungsfall: Straßenzustandsanalyse

Ein wichtiger Anwendungsfall, der bei vielen Teilnehmenden Anklang fand, war beispielweise der Vorschlag von Garchings Erstem Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann, der die gemeinsame Durchführung einer Straßenzustandsanalyse vorschlug. Ein weiterer Vorschlag, der auf Zustimmung bei allen Anwesenden stieß, war die Bündelung unterschiedlicher Quellen der Verkehrsmessung in der Region. Hier sind bereits viele Daten vorhanden, jedoch nicht an einer gebündelten Stelle, was die Auswertung der Verkehrssituation für die Kommunen oftmals erschwert. Alle definierten Vorschläge der Teilnehmenden werden nun im Nachgang gebündelt und in einem Bericht aufgearbeitet. Dieser soll dann dem NordAllianz-Gremium in Gänze vorgestellt werden, mit dem finalen Ziel, auch entsprechende Umsetzungsmaßnahmen anzustoßen. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chelfin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Von A wie Ankunft bis Z wie Zukunft

Landkreis München legt ein umfassendes Integrationskonzept vor

Es ist keine einfache Entscheidung, das Heimatland zu verlassen. Wie lange es dauert, im neuen Zuhause und dem ungewohnten Umfeld anzukommen, hängt nicht nur davon ab, wie gut sich Einzelne auf die neue Kultur einlassen, sondern auch davon, wie sie in der neuen Wahlheimat in die Gesellschaft aufgenommen werden. Um das Ankommen und Aufnehmen zu erleichtern, hat der Landkreis München nun erstmals ein umfassendes Integrationskonzept vorgelegt. Die Maßnahmen richten sich gleichermaßen an Zugewanderte wie Eingessessene.

Rund 69.000 Menschen aus 173 Nationen leben aktuell im Landkreis München. Sie verfügen über vielfältige persönliche Voraussetzungen, unterschiedliches Bildungsniveau und verschiedensten kulturellen Hintergrund. Vieles haben sie jedoch gemeinsam: Ob aus Osteuropa, Afrika oder Österreich, ob Pflegekraft, Ingenieur oder Gastprofessorin – sie alle suchen vorübergehend oder dauerhaft Anschluss an die Gesellschaft und wollen zugleich die eigenen Traditionen bewahren. Darüber hinaus stehen alle gleichermaßen vor der Herausforderung, sich im vielschichtigen Netz des deutschen Behörden- und Sozialsystems zurechtzufinden.

Mit dem vorgelegten Konzept will der Landkreis München allen Beteiligten Leitlinien an die Hand geben, damit Integration auf allen Seiten nachhaltig und langfristig gelingen kann.

Über 90 Maßnahmen für gelingende Integration

Das Integrationskonzept soll aus dem Ausland zugewanderten Menschen die gleiche Chance zur Teilhabe am Bildungssystem, am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Gleichzeitig soll es dazu beitragen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu festigen und durch politische Partizipation die Demokratie zu stärken. Dafür wurden insgesamt 91 praktische, messbare und an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Maßnahmen entwickelt, die sich an alle Teile der Gesellschaft richten. Denn das zugrunde liegende Integrationsverständnis setzt eine Veränderungsbereitschaft und ge-

genseitige Anerkennung sowohl auf Seiten der Einwandernden als auch der aufnehmenden Gesellschaft voraus. Im Fokus des Konzepts steht darum nicht der Umgang mit tatsächlichen oder gefühlten Unterschieden, sondern die zahlreichen Potenziale und Chancen, die eine vielfältige Gesellschaft mit unterschiedlichen Stärken und verschiedensten Prägungen bietet.

Handlungsfelder

Sechs Handlungsfelder aus unterschiedlichen Bereichen des Lebens und der Arbeit wurden dafür festgelegt. Die Maßnahmen erstrecken sich auf die Bereiche Arbeit, Bildung, Interkulturelle Öffnung, Sprache, Teilhabe und Öffentlichkeitsarbeit und reichen von Unterstützung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern über Berufsorientierung und -vorbereitung, die Weiterentwicklung des Sprachkursystems bis hin zur Förderung der öffentlichen Abbildung von Vielfalt und kultureller Diversität im Alltag.

Ergänzt werden die Maßnahmen des Integrationskonzepts durch ein ansprechend gestaltetes Themendossier, das mit aussagekräftigen Grafiken und Statistiken die Empfehlungen des Konzepts untermauert. „Letztendlich liegt es an uns allen, das vorliegende Konzept nun auch mit Leben zu füllen, den Prozess aktiv zu gestalten und dafür zu sorgen, dass wir für die Zukunft bestmöglich aufgestellt sind. Vielfalt kann anstrengend und fordernd sein, birgt aber große Potenziale; es lassen sich etliche Beispiele gelungenen Zusammenlebens im Landkreis Mün-

chen finden. Jetzt ist es unsere gemeinsame Aufgabe – von Einheimischen wie von Zugewanderten –, diesen Prozess in die Breite zu tragen und das Beispiel zur Regel werden zu lassen“, so Landrat Christoph Göbel.

Das nun vorgelegte Integrationskonzept ist das Ergebnis von gut drei Jahren intensiver Arbeit. Zum Auftakt wurden 2017 in einem verwaltungsinternen Workshop im Landratsamt zu diesem Zeitpunkt bereits vorhandene Maßnahmen und Ansätze gesammelt und bewertet sowie weitere Handlungsfelder identifiziert. Im weiteren Jahresverlauf fanden dann zwei Integrationskonferenzen mit rund 400 Akteuren statt, darunter Mandatsträger sowie Rathausmitarbeiter aus den 29 Städten und Gemeinden des Landkreises, Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, Polizei, Feuerwehr, aus dem medizinischen Bereich, der Agentur für Arbeit und der IHK, zudem Unternehmer, Verantwortliche aus Vereinen und Mitglieder der Asyl-Helferkreise.

Arbeitsleitfaden

Die zahlreichen Anregungen, Ideen und Wünsche wurden im Anschluss nach thematischen Handlungsfeldern gegliedert und mit konkreten Empfehlungen, Maßnahmen und Zielsetzungen versehen. Entstanden ist Arbeitsleitfaden, der ab sofort die Grundlage für kontinuierliches Integrationsmanagement im Landkreis München bilden wird. Auch ein kontinuierliches kommunales Integrations-Monitoring soll unter Einbezug aller relevanten Akteure aufgebaut werden. Eine erste Zwischenbilanz soll es nach drei Jahren geben.

Das Integrationskonzept sowie das dazugehörige Themendossier stehen unter <https://www.landkreis-muenchen.de/themen/auslaenderrecht-und-integration/integration/integrationskonzept/> zum Herunterladen bereit. □

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Na, jetzt sind wir Bayern ja mal wieder in einem wichtigen Bereich an der Bildungsspitze in Deutschland, wie zu den besten Zeiten von Maier, Zehetmair und Hohlmeier. In Sachen berufliche Bildung macht uns nicht einmal Sachsen und Thüringen was vor.“ Mein Chef, der Bürgermeister, weiß um die Bedeutung beruflicher Bildung. Wir als Stadt bilden selbst dual aus und die beruflichen Schulen, für die wir den Sachaufwand haben, sind uns lieb und vor allem teuer.

Aber auch wenn Berufsschulen in Bau und Unterhalt besonders kostspielig sind, leisten wir uns das gerne. Denn die duale Ausbildung im Betrieb und die diese ergänzende theoretische Fundierung durch den Berufsschul-

Wir brauchen gut ausgebildete Fachkräfte

terricht ist doch unbestritten eines der Geheimnisse des starken Arbeitsmarkts und der Qualität des Standorts. Dabei umfasst das berufliche Schulwesen weit mehr als die klassische Berufsschule. An den Wirtschaftsschulen kann man die Mittlere Reife erlangen, an den Fach- und Berufsoberschulen das Fachabitur und sogar die allgemeine Hochschulreife. Man kann an den Berufsfachschulen eine Ausbildung in Berufen absolvieren, für die es keine dualen Ausbildungsplätze gibt und man kann durch den Besuch von Fachschulen und Fachakademien beruflich weiterkommen. An diesen beiden Schularten kann man auch das Fachabitur „bauen“ oder man besucht das Telemekolleg, mit dem der Bayerische Rundfunk einen Weg zur Hochschule bahnt, die aus beruflichen oder familiären Gründen nicht Tag für Tag in eine Schule gehen können. Der Weg zur Uni wird also ganz und gar nicht allein vom Übertrittszeugnis der 4. Klasse bestimmt, wie so oft geklagt wird, sondern nur davon, ob man die vielen anderen Chancen, die das berufliche System bietet, ergreifen will.

Diejenigen, die diese schulischen Wege beschritten haben oder die nach der Berufsausbildung den Meister oder Fachwirt angehängt haben, sind das Rückgrat und die Leistungsträger unserer Wirtschaft. Denn der brillianteste Arzt ist aufgeschmissen ohne beruflich gebil-

dete Krankenschwester oder Sprechstundenhilfe. Astrophysiker, die schwarze Löcher erforschen, würden in eine schwarze Leere schauen, wenn nicht IT-Techniker ihre Computer am Laufen hielten. Und die Kommunalpolitiker hätten ein Problem, würden die Leute vom Bauhof oder der Stadtgärtnerei nicht Radwege in Schuss halten oder die Parks pflegen. Jeder von uns ist Teil des Ganzen, spielt eine Rolle und

keiner ist verzichtbar.

Umso erstaunlicher, dass sich nun auch in der beruflichen Bildung alle Augen in Richtung Hochschule wenden. Unter einem Handwerksmeister, einem Techniker oder einem Fachwirt kann man sich was vorstellen. Aber die sollen nun Platz machen für den Bachelor professional oder sich gleich eins höher zum Master professional weiterentwickeln. Wer, bitte schön, braucht solche Begriffsmimikry? Wenn ich zum Metzger gehe, erwarte ich mir fachkundige Beratung und eine aus vertiefter Berufskennntnis heraus verarbeitete Ware, aber doch nicht eine pseudo-akademisierte Berufsbezeichnung. Bachelorbutcher?

Genauso wenig verstehe ich, warum immer mehr Ausbildungen von den Berufsfachschulen an die Fachhochschulen wandern sollen. Was um Gottes willen war daran falsch, Hebammen an Hebammenschulen auszubilden? Kommen die Kinder heutzutage komplizierter auf die Welt? Wer braucht Pflegekräfte, Logopäden, Physiotherapeuten, die an der Fachhochschule statt am Patienten lernen? Gut, ein Friseurmeister kann auch den Bachelor in Beauty Management erwerben, wenn er seinen Salon betriebswirtschaftlich top aufstellen will. Aber das ist halt eine Zusatzqualifikation und nicht akademisches Haarschneiden.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist etwas milder als ich. Schließlich muss auch die deutsche berufliche Bildung im europäischen Kontext gesehen werden. Da müssen halt die Begriffe dem Mainstream angepasst werden. Und so manche Ausbildung muss an die FH, wenn man international mithalten will.

Zum Schluss noch der satirische Beitrag Dieter Hildebrandts zur Medienbildung: „Bildung kommt von Bildschirm und nicht von Buch, sonst hieß es ja Buchung.“

ihre
Sabrina

CSU richtet Blick in die Zukunft

Corona nicht nur eine medizinische Herausforderung

Erlangen-Kosbach (pmw). Die im Vergleich mit anderen Ländern in Deutschland und Bayern relativ guten Ergebnisse bei der Bewältigung des neuen Virus seien Beweis dafür, dass die von der Bundesregierung und der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen prinzipiell richtig sind. „Die allermeisten Menschen sehen das auch so“, meinten Wahlkreisabgeordneter Stefan Müller und Stimmkreisabgeordneter Joachim Herrmann bei einem nach langer Zeit wieder ersten größeren öffentlichen Auftritt der Erlanger CSU unter strenger Beachtung aller Corona-Auflagen. Müller und Herrmann dankten in diesem Zusammenhang allen, die in dieser schweren Zeit Großartiges geleistet hätten.

Zu dieser Traditionsveranstaltung im Biergarten des Kosbacher Stadls hatte Bezirks- und Stadträtin Alexandra Wunderlich als CSU-Kreisvorsitzende eingeladen. Ihr Stellvertreter und Vorsitzende der Stadtratsfraktion, Christian Lehmann, begrüßte eine stattliche Anzahl von Gästen, die sich coronabedingt unter Einhaltung von Abständen versammelt hatten. Mit dabei waren auch Landtagsabgeordnete

Walter Nussel, Bürgermeister Jörg Volleth und die Kreisvorsitzenden der Jungen Union und der Frauen-Union, Sophia Schenkel und Irina Schmitz. Der Musikverein Erlangen-Büchenbach sorgte für schmissige Begleitung.

Größtes Solidaritätspaket

Stefan Müller, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen

Bundestag, nannte die Ziele des „größten Solidaritätspakets seit der Wiedervereinigung“: Die Gesundheit der Menschen schützen, die wirtschaftlichen Folgen abfedern und gemeinsam in der Europäischen Union einerseits die Krise bewältigen und andererseits Vorsorge für die Zukunft treffen. „Die medizinischen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen von Corona sind eine große Herausforderung“, so Müller. Die enormen Kosten von deutlich mehr als einer Billion Euro und etwa 115 Milliarden Neuverschuldung beim Bund könnten nur deshalb getragen werden, weil in den letzten Jahren solide gewirtschaftet worden sei. Jetzt brauche es aber einen „Schuldentilgungsplan“.

Zukunft mit Investitionen in Forschung und Technologie

Auch wenn die Politik nicht alle Unternehmen und Arbeitsplätze retten können, könne die Krise als Herausforderung für neue Chancen und Jobs genutzt werden. Stefan Müller: „Corona ist ein Beschleuniger des notwendigen Umbruchs“ und Aufgabe der Politik sei es, „wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für neue Technologien und den Schutz des Klimas zu schaffen“. Er bat darum, „sich offen für Neues zu zeigen und bei Veränderungen nicht nur Risiken zu sehen“.

Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, versicherte, der Freistaat Bayern werde die Krise unter Führung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder gut meistern. Wie Stefan Müller richtete auch er den Blick in die Zukunft und freute sich beispielsweise darüber, dass kürzlich das Richtigste für das Erlanger „Centre for Astroparticle Physics“ auf dem Südgelände der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) gefeiert werden konnte. Mit Investitionen von fast 40 Millionen Euro würden optimale Arbeitsbedingungen auf dem zukunftsweisenden Forschungsfeld der Astroteilchenphysik geschaffen, „ein für den gesamten Wissenschaftsstandort Bayern herausragendes Aushängeschild“.

Inzwischen sei auch der Bauantrag der FAU für Sanierung und Umbau eines früheren Siemens-Verwaltungsgebäudes genehmigt. Hier würden in den nächsten Jahren 100 Millionen Euro vom Freistaat investiert, um für die Philosophische Fakultät einen neuen Standort zu schaffen. Und rund 140 Millionen Euro stelle Bayern bereit, um einen Neubau für die Grund- und Mittelschullehrerbildung im Nürnberger Norden zu errichten. „Alles Investitionen in die Zukunft“, so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann, „und zwar nicht nur für die Region, sondern für einen weltweiten Spitzenplatz Bayerns bei der Forschung in Medizin und Spitzentechnologien.“ Peter Müller

STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V.:

Neues Förderprogramm

Im Rahmen des landesweiten Projekts sollen Workshops zur kulturell-ästhetischen sowie ökologischen Bildung von jungen Menschen – im Wald, im Park, in der Stadt, im Museum, im Theater, in Bibliotheken. Es können Zuschussanträge für Workshops in den Mitgliedsstädten von STADTKULTUR gestellt werden. Dem Netzwerk können alle bayerischen Kommunen beitreten.

„Gerade während Krisen ist kulturelle Bildung wichtig, denn sie gibt Orientierung, Sinn und Lebensfreude, fördert die Teilhabe und positive Entwicklungschancen“, erklärt Dr. Christine Fuchs, Projektinitiatorin und Leiterin von STADTKULTUR. „Das Thema Kultur und Nachhaltigkeit ist angesichts des Klimawandels, der trotz Corona nichts an seiner Brisanz verloren hat, von größter Aktualität und Relevanz. Gerade für junge Menschen.“

Sinnliche Wahrnehmung und gestalterische Tätigkeit

Der Gestaltung der Workshops sind keine Grenzen gesetzt: vom Nature Writing oder Theater- und Tanzperformances über Projekte zur Urbanen Botanik bis hin zu Musikworkshops zu den Sounds of Nature. Professionelle Kunstschaffende aus allen Sparten sind aufgerufen sich zu beteiligen. Einzige Voraussetzungen: Die Workshopteilnehmenden müssen sich im direkten Kontakt und unmittelbaren Erleben mit Bäumen beschäftigen und selbst gestalterisch tätig werden. Die Work-

shops können im Wald, im Park, in der Stadt und in Kulturräumen (z.B. Museum, Theater, Bibliothek, Galerie) sowie teilweise digital stattfinden. Zielgruppe sind in erster Linie Kinder und Jugendliche.

Teilnahme- und antragsberechtigt sind freischaffende Künstlerinnen und Künstler sowie Kunstpädagoginnen und kommunale Träger kultureller Bildung aus den Mitgliedsstädten von STADTKULTUR. Eine Deadline für die Anträge gibt es nicht.

Schwerpunktthema „Kultur und Klima“

Das Projekt findet im Rahmen des von STADTKULTUR für die Jahre 2021/2022 gesetzte Schwerpunktthemas „Kultur und Klima – den kulturellen Wandel gestalten“ statt. Gefördert wird „Wurzelwärme, Blättertauschen“ durch den Kulturfonds Bayern des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst. Informationen sowie die Antragsunterlagen sind auf der Homepage von STADTKULTUR zum Download verfügbar. www.stadtkultur-bayern.de □



V.l.: Stefan Müller, Ehefrau Christine Müller, Gerswid und Joachim Herrmann. Bild: Peter Müller

„Lebenswerte Kommune – Senioren mittendrin“

Ideenwettbewerb der Gesundheitsregion plus im Landkreis Ebersberg

Ebersberg – Wie wird älteren Menschen eine aktive Teilhabe am Leben in ihren Heimatgemeinden ermöglicht? Dies will der zum Welt-Alzheimerstag am 21. September gestartete Ideenwettbewerb „Lebenswerte Kommune – Senioren mittendrin“ der Projektgruppe Demenz der Gesundheitsregion plus im Landkreis Ebersberg beleuchten. „Es gibt in den Landkreiskommunen viele tolle Angebote, aber auch noch Lücken“, so Projektgruppenleiterin Elfi Melbert. Sie und ihre Mitstreiter hoffen auch zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer, deren Ideen durchaus zum Nachmachen anregen dürfen.

Dass alles rund um das Thema „Lebenswerte Kommune – Senioren mittendrin“ in den Gemeinden verortet ist, hat die Projektgruppe zum Welt-Alzheimerstag 2019 erfahren. „Dessen kommunale Angebote wurden erkennbar besser angenommen als solche, die landkreisübergreifend stattgefunden haben“, erinnert sich Elfi Melbert. Grundsätzlich gelte, dass Maßnahmen zur Inklusion von Menschen mit Einschränkungen körperlicher oder geistiger Natur, zum Beispiel von nicht mehr mobilen Älteren, am effizientesten und schnellsten in den jeweiligen Kommunen umgesetzt werden könnten.

An diversen Hilfsangeboten vor Ort mangle es in der Flä-

che nicht, so Melbert. Doch sei die Palette von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich und in der überwiegenden Zahl auch nur vor Ort bekannt, meint die Leiterin der Betreuungsstelle im Ebersberger Landratsamt.

Broschüre geplant

Dies will der unter der Schirmherrschaft von Bayerns Ex-Sozialministerin Christa Stewens stattfindende Wettbewerb ändern, indem er zum Beispiel seine Preisträger mit ihren jeweiligen Engagements in einer dann auch öffentlich ausliegenden Broschüre vorstellen will.

„Man muss das Rad nicht immer neu erfinden, sondern kann

oft auch gut auf die Erfahrungen anderer zurückgreifen“, hofft Melbert auf einen Beispiel- und Vorbildeffekt des Wettbewerbs, „damit Kommunen sich in Hinblick auf demenz-beziehungsweise seniorengerechte Strukturen weiterentwickeln können.“

Bewertungskriterien

Bewerben können sich neben den Gemeinden im Landkreis Ebersberg selbst auch Bürgerinnen und Bürger, Vereine aller Art, Verbände, ehrenamtliche Organisationen, private Initiativen, kirchliche Gruppierungen, Unternehmen und Unternehmensverbände sowie Jugendinitiativen und -gruppierungen. Professionelle oder kommerzielle Anbieter sind nur dann zur Teilnahme am Wettbewerb zugelassen, wenn ihr Projekt der Organisation oder Begleitung ehrenamtlicher Dienste dient. „Oft bewirken schon kleine Dinge viel“, stellt Melbert fest. Zum Beispiel, wenn einige Freundinnen einen Fahrdienst organisierten, der die Menschen mit einer dementiellen Erkrankung zu einem für sie in der Gemeinde veranstalteten Tanztée bringen würde. Veranstaltungen wie diese und sie ehrenamtlich begleitende Dienste, Mittagstische, generationenübergreifende

Sport- und Kulturangebote wie regelmäßige Spielabende, regelmäßige Besuche, Hilfen bei Haushaltsführung oder Einkauf, Dienstleistungstauschsysteme, oder Telefonketten können Themen sein für Einreichungen zum Wettbewerb. Ebenso kleine, zeitlich begrenzte Initiativen.

Inklusive Ideen

Gemein sein sollte ihnen „die inklusiven Gedanken, gerade in Hinsicht der Beteiligung und Unterstützung von Seniorinnen und Senioren“, betont Elfi Melbert. Die Sozialpädagogin sieht in dem Wettbewerb auch eine Chance, die Menschen zum Hinschauen einzuladen, um so der Isolation von beeinträchtigten Senioren und Seniorinnen entgegenzuwirken. Auch hier könnten Kleinigkeiten Großes bewirken, so Melbert. Sie nennt als ein Beispiel aus dem Leben einen Stuhl auf dem Friedhof, der betagten Menschen, die nicht mehr lange stehen können, wieder die Teilnahme an Beerdigungen ermöglicht.

Hinschauen, sich in die älteren Menschen hineinversetzen und ihnen durch entsprechende Unterstützung und Hilfe den Weg in die Mitte der Gesellschaft ebnen, dazu wollen Elfi Melbert und die Projektgruppe die Landkreiskommunen anstoßen. „Für die Verteilung des Preisgeldes in Höhe von 5.000 Euro auf bis zu zehn Bewerber haben wir die Kriterien von Nachhaltigkeit, Umsetzungsgrad, Zugänglichkeit, über die Einbeziehung der Betroffenen bei der Projektplanung und -ausgestaltung, Übertragbarkeit auf andere Kommu-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen der Kalender 2021 der Landesgewerbeanstalt Bayern (LGA) sowie ein Prospekt der Firma Lindner bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

nen, geeignet auch für schwerer beeinträchtigte Menschen, zum Beispiel solche mit Demenz oder Hochbetagte, bis hin zur Kreativität bewusst weit gefasst“, erklärt die Leiterin des Wettbewerbs. Letztlich profitiere die gesamte Gesellschaft von der

Entwicklung „einer aktiven Kultur des Alterns, die die Chancen und Potenziale der älteren Menschen in den Mittelpunkt stellt.“

Informationen zum Wettbewerb und Bewerbungsformular
<http://demografie.lra-eb.de/willkommen/aktuelles/> □



Merkel lobt Gesundheitsdienst

Der Neu-Ulmer Landrat Thorsten Freudenberger (links) und Amtsärztin Dr. Stephanie Kurz (rechts) beteiligten sich an der Videokonferenz mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Die Kanzlerin dankte den Gesundheitsämtern für deren zentrale Rolle bei der Bekämpfung des Corona-Virus. Sie hätten „einen ganz wesentlichen Anteil daran, dass wir das Infektionsgeschehen bislang in Deutschland doch weitgehend unter Kontrolle halten konnten“.

Die Infektionsketten zu verfolgen sowie Corona-Tests und Quarantänen anzuordnen bedeuteten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesundheitsämter einen „unfassbaren Mehraufwand“, so Merkel. Diesem trage der Bund mit einem Vier-Milliarden-Paket zur besseren personellen und materiellen Ausstattung der Öffentlichen Gesundheitsdienste Rechnung. Bis Ende 2022 sollen mindestens 5.000 unbefristete Vollzeitstellen im Öffentlichen Gesundheitsdienst neu entstehen. Außerdem ist eine breit angelegte Unterstützung bei digitalen Lösungen, etwa für Meldesysteme, geplant. 90 Prozent der zusätzlichen Stellen sollen in den Landkreisen und kreisfreien Städten geschaffen werden. □ Bild: Anette Kölle / Landratsamt Neu-Ulm

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etbs.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
www.erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de • www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahrenn-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Gewerbebau

Fertigteillbau in Holz und Beton
Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe . Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 087 24/88-0 . www.laumer.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.**AKDB**.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthäuser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthäuser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelwerk
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **platts star**

**Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!**

Technische Daten	Unitrac 112 LDrive Kommunalprofi	Lintrac 130 Kommunalprofi
Kabine	Hydrogummigelagerte Freisicht-Komfortkabine mit Türen (OECD-geprüft), seitlich kippbar, 2 Seitenspiegel elektr. verstell- und beheizbar , zusätzliche Blinker und Begrenzungsleuchten am Seitenspiegel, 2 Scheibenwischer mit Intervallschaltung, Komfortsitze mit Beckengurt, LDrive-Armlehne am LDrive-Komfortluftsitze, Sonnenblende, Radiokonzole mit Radiovorbereitung, 12-Volt-Handstecker, Blinkerrückstellung, Heizung, 3-Stufen-Gebläse, Signalsteckdose, Türschlösser, ergonomisch geformtes Bedienpult, Innenbeleuchtung, Komforteinstieg	TracLink Komfortkabine, ROPS, grüngetönte Panoramaverglasung, ausstellbare Frontscheibe, 2 Seitenspiegel elektr. verstell- und beheizbar , Heckscheibenwischer & Waschanlage, Innenverkleidung, LED-Innenbeleuchtung mit Türautomatik, Heizungs- und Lüftungssystem mit 4-stufigen Hochleistungsgebläsen, Startsperrung, Signalsteckdose, Dauerstromsteckdose (3-polig), selbsttätige Blinkerrückstellung, Scheibenwischer Intervall, Handy-Steckdose, Radiokonzole mit Radiovorbereitung, Sonnenschutz-Schieber und-Blende
<i>Kabinausführung Kommunal</i>	Klimaautomatik, LDrive Fahrer- & Beifahrersitz luftgedert mit hohen Rückenlehnen, Sitzheizung & 3-Punkt-Gurt, LDrive Gummikotflügel am Chassis, tief gezogene beheizbare Panoramafrontscheibe	Klimaautomatik, TracLink-Dachschale mit vergrößertem Frontlader-Freisicht-Fenster, LDrive Fahrersitz luftgedert, Sitzheizung, Heck- & Frontscheibe beheizbar , Heckscheibenwischer & Waschanlage
Anzeige	VDO-Zentralinfoboard & I.B.C.-Monitor mit Fernbedienung, TracLink PRO Geräteerkennung	I.B.C.-Monitor Pro mit Fernbedienung, TracLink Smart Geräteerkennung
Motor	VM-Turbodiesel (Euro6)	Perkins Syncro - 904J-E36TA Stufe 5
<i>Leistung nach ISO14396</i>	79 kW (107 PS) / 2300	100 kW / 136 PS
<i>Zylinder / Hubraum / Kühlung</i>	4 / 2970 cm ³ / Wasser	4 / 3600 cm ³ / Wasser
<i>Max. Drehmoment</i>	420 Nm bei 1100-1400 U/min	530 Nm bei 1400 U/min
Hochleistungsfahrwerk	Einzelradaufhängung, hydraulische Federung mit Niveauregelung, Längsdifferenzialsperre u. Differenzialsperre hinten elektrohydraulisch per Knopfdruck, Komfort-Federung, Achslastanzeige für Vorder- und Hinterachse, Optional: Differenzialsperre vorne	Lindner-Komfort Vorderachsfederung, Kabinenfederung mechanisch, optional: pneumatische Kabinenfederung
Efficient Power Program	Common-Rail, Visko-Lüfter, Digitalanzeige, Verbrauchsrechner, Elektr. Handgas, getr. Ölhaushalt, Bedienung über Multifunktions-Joystick auf LDrive-Armlehne, Axialkolbenpumpe	Common-Rail, Ladeluftkühlung, Visko-Lüfter, Getriebeölkühlung bedarfs-gesteuert, Elektronische Lageregelung mit Fernbedienung, Axialkolbenpumpe , Getrennter Ölhaushalt, Bedienung über Multifunktions-Joystick auf LDrive-Armlehne, mengeneinstellbare Load-Sensing-Steuergeräte
Getriebe	Lindner-ZF-Stufenlosgetriebe , 0 - 40 oder 0 - 50 km/h, LDrive-Bedienung, Zapfwellenkupplung elektrohydraulisch per Knopfdruck, High-Traction	TMT11.2-ZF-Stufenlosgetriebe , Lindner LDrive-Bedienung, 40 oder 50 km/h, druckumlaufgeschmiert, High-Traction für Zugkraftehöhung, lastschaltbarer Allrad-Zuschaltung per Knopfdruck, Differenzialsperre hinten – Zuschaltung per Knopfdruck, elektro-hydraulische Sicherheitsperre
Hinterachse	4-Rad-Lenkung (optional Hundegang)	LINDNER-Hinterachslenkung (bis 20° Lenkeinschlag – Bereifungsabhängig) mit 4 Lenkmodi (Gegenlenken, Hundegang, Mählenken, Manuell)
Zapfwelle	Lastschaltbar	
<i>Motorzapfwelle</i>	540 / 1000 U/min	540 / 750 / 1000 / 1400 U/min
<i>a. W.: Frontzapfwelle</i>	1000 U/min	
Bremse	2-Kreis-Bremssystem, Scheibenbremsen vorne und hinten innenbelüftet, elektrohydraulische Federspeicherbremse, Optional: Wirbelstrombremse	Druckluftbremsanlage 2 Leiter inkl. Lufttrockner, elektrohydraulische Sicherheitsperre, 4-Rad-Kardanbremse
Hydraulikanlage	BOSCH-Rexroth / Load-Sensing – Axialkolbenpumpe	
<i>Heckhubwerk</i>	optional	EHR mit AHC
<i>Arbeitsdruck</i>	200 bar	
<i>Max. Fördermenge</i>	88 l/min	88 (bis 100 l/min optional)
<i>Steuergeräte / Kipperleitungen</i>	3 x dws / 1 x ews über Joystick, Hinten. 3 Leitungen + R, Vorne: 4, proportionale EHS-Steuergeräte mit Schwimmschwelle und einstellbarer Durchflussmenge	4 x EHS dws, Synchrolock-Schlauchkuppler Unterteil mit E-Anschluss (7 polig)
<i>Hubkraft / mit Zusatzhubzylinder</i>	2000 kp	4900 kp (5500 kp optional)
<i>a. W.: Hubkraft Fronthydraulik</i>	2000 kp	2500 kp
Licht	Voll-LED-Hauptscheinwerfer mit integriertem LED-Tagfahrlicht, 2 x Rück- und Bremslicht in LED-Technologie mit integriertem Blinker hinten, zusätzliches H7-Aufund Abblendlicht oben, LED-Rücklichter, LED-Rundumleuchte links, höhenverstellbar	2 x H7-Bi-Halogen-Scheinwerfer (Fern- und Abblendlicht unten), 2 x seitliche Blinker mit integriertem Begrenzungslicht, LED-Tagfahrlicht, 2 x Rück- und Bremslicht in LED-Technologie mit integriertem Blinker hinten, TracLink Kommunal Dach-Blitzer & LED-Rundumleuchte links 4 x LED-Scheinwerfer (Fern- und Abblendlicht oben), 2 x LED-Arbeitscheinwerfer (vorne und hinten), LED-Rücklicht-Bogen
Masse und Eigengewicht	Kommunalprofi 3.890 kg	Kommunalprofi 5.590 kg
<i>A Größte Länge / B Größte Breite</i>	5067-5567 mm / 1972-2078 mm	3625 mm / 2226 mm
<i>C Größte Höhe / D Radstand</i>	2470 mm / 2750-3250 mm	2718 mm / 2420 mm
Serienbereifung	285/70-R19,5 DUNLOP SP 444	440/80-R34 Nokian TRI2 & 360/80-R24 Nokian TRI2
	3 Jahre Garantie inkl. TracLink PRO	3 Jahre Garantie inkl. TracLink SMART
Kommunalprofi Ausstattung	Anbaukonsole EURO 3 inkl. TracLink-Platte, Stoßbalken auf Chassis am Fahrzeug (inkl. Beleuchtung, auto. Rückfahrsh. + 7 pol. Steckdose, Kommunalfarbe RAL 2011 (orange))	Lindner Fronthydraulik verstärkt (2500 kp), Frontgeräteplatte EURO 3 für Fronthydraulik, Anfahrerschutz vorne mit Schlauchhalter rechts, Frontladerkonsole TOP BLOCK + 4 Leitungen, Kommunalfarbe RAL 2011 (orange)

Kommunalprofi-0720-DE - Fotos sind Symbolabbildungen. Technische Änderungen im Sinne der Weiterentwicklung sowie Satz- und Druckfehler vorbehalten.

LINTRAC UND UNITRAC FÜR KOMMUNALPROFIS



- SAUBERSTE MOTOREN STUFE V / EURO6
 - ZF-STUFENLOSGETRIEBE AUS STEYR
 - 4-RAD-LENKUNG & 50 KM/H
 - LUFTSITZ MIT SITZHEIZUNG
 - LED-SCHEINWERFER
 - KOMMUNALFARBE RAL 2011
- KLIMAAUTOMATIK
 - RADIO MIT BLUETOOTH-FREISPRECHERLEITUNG
 - FRONTANBAUKONSOLE
 - KOMMUNALBEREIFUNG
 - TRACLINK MIT GERÄTEERKENNUNG
- 4 HYDRAULIK-STEUERGERÄTE
 - BEHEIZTE FRONTSCHIEBE & SEITENSPIEGEL
 - WERTSCHÖPFUNG: 60% IN ÖSTERREICH / 95% EUROPA
 - 3 JAHRE WERKSGARANTIE

* Aktionspreise sind Sondernettopreise inklusive MwSt. Aktion gültig von 1.7. bis 30.10.2020 auf Neufahrzeug-Bestellungen in Kommunalprofi-Ausstattung.

UNITRAC 112 DRIVE

KOMMUNALPROFI

LINTRAC 130

KOMMUNALPROFI



11.800 €

139.000 €



7.200 €

119.000 €



10.800 €



34.700 €



19.700 €

LINDNER BY HAUER SCHNEEPFLUG SRS-2L 2600

- Kuppelplatte Euro3
- 2,3 m Räumbreite bei maximaler Schrägstellung mit Randabweiser
- Pflugschar zweiteilig – seitlich erhöht
- Hydr. Seitenverstellung (Druckbegrenzungsventil)
- SRS-Pflugscharsicherung
- Schneestaubschutz in Lindner-Grau
- Elastik-Laufräder
- Automatischer Horizontalausgleich
- Pendelausgleich sperrbar

AUFSATZ STREUAUTOMAT SPRINGER AS 250 1,7 DB

- Fassungsvermögen von 1,7 m³ (optional bis 2,6 m³)
- Stufenlos einstellbare Streubreite von 2-8 m
- Streumengen: 30-200 g/m² (Splitt), 5-40 g/m² (Salz)
- Niedrige Bauweise mit tiefem Schwerpunkt
- Doppelschneckenförderanlage
- Vollhydraulischer Antrieb
- Wegeabhängige Steuerung

LINDNER 3-SEITEN-KIPPER

- Korndichte Alu-Bordwände inkl. Stangenträger
- Zentralverriegelung hinten (Pendelwand)
- Ecksteher abnehmbar, versenkte Verschlüsse
- KTL-gründiert, inklusive Standstützen

FRONTLADER POM-LX 110 POWERED BY HAUER

- Hubhöhe 3950 mm / Hubkraft 2015 kg
- Vollhydraulischer Frontlader mit Stabilisator-Ladeschwinge und Parallelführung
- Geräte-Schnellwechseleinrichtung, vorbereitet für Lasthaken
- Ventilblocksystem „MCV“
- Doppeltwirkende Hubzylinder
- Gleichlauf-Kippzylinder (Druckbegrenzungsventil)

LINDNER BY HAUER SALZ-SPLITT-STREUER 1,5 M³ TS 215

- 3-Punkt-Anbau
- Behälter verzinkt und lackiert - Volumen 1,5 m³
- Streumengen: 0-200 g/m² (Splitt), 0-50 g/m² (Salz)
- Förderschnecken-/Streutellerantrieb getrennt (1 DWS)
- Wegeabhängige Steuerung TS-W
- Schutzgitter und Abstellstütze verzinkt
- Förderschnecke, Streuteller und Leitblech aus Edelstahl V4A
- Druckkolben für einwandfreie Funktion aller hydr. Bauteile
- LED-Beleuchtung
- Elektrische Streubildverstellung
- Hydraulische Selbstladeeinrichtung

Alle Sondernettopreise verstehen sich inklusive MwSt. Gültig bis 30. Oktober 2020.



- [PRÜFSTATIK]
- [BAUWERKSDIAGNOSE]
- [BRANDSCHUTZ]
- [GEOTECHNIK]
- [VERKEHRSWEGEBAU]
- [MATERIALPRÜFUNG]

Gemeinsam Zukunft gestalten



Sicherheit und
Qualität seit 1869

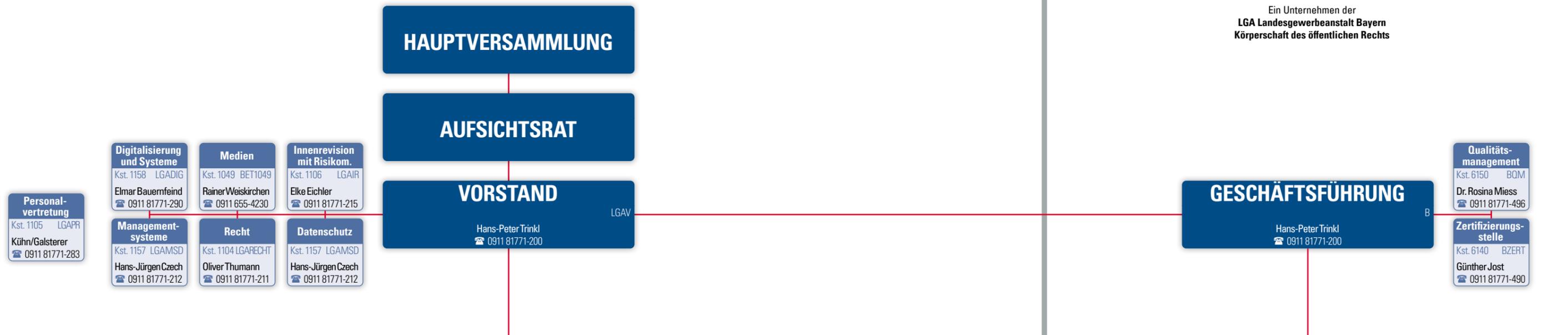
Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
1 Di KW 49	1 Fr Neujahr	1 Mo KW 5	1 Mo KW 9	1 Do	1 Sa Tag der Arbeit	1 Di	1 Do	1 So	1 Mi	1 Fr	1 Mo Allerheiligen	1 Mi	1 Sa Neujahr
2 Mi	2 Sa	2 Di	2 Di	2 Fr Karfreitag	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo KW 31	2 Do	2 Sa	2 Di KW 44	2 Do	2 So
3 Do	3 So	3 Mi	3 Mi	3 Sa	3 Mo KW 18	3 Do Fronleichnam	3 Sa	3 Di	3 Fr	3 So Tag d. Dt. Einheit	3 Mi	3 Fr	3 Mo KW 1
4 Fr	4 Mo KW 1	4 Do	4 Do	4 So Ostersonntag	4 Di	4 Fr	4 So	4 Mi	4 Sa	4 Mo KW 40	4 Do	4 Sa	4 Di
5 Sa	5 Di	5 Fr	5 Fr	5 Mo Ostermontag	5 Mi	5 Sa	5 Mo KW 27	5 Do	5 So	5 Di	5 Fr	5 So	5 Mi
6 So	6 Mi Hl. Drei Könige	6 Sa	6 Sa	6 Di KW 14	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 Mo KW 36	6 Mi	6 Sa	6 Mo KW 49	6 Do Hl. Drei Könige
7 Mo KW 50	7 Do	7 So	7 So	7 Mi	7 Fr	7 Mo KW 23	7 Mi	7 Sa	7 Di	7 Do	7 So	7 Di	7 Fr
8 Di	8 Fr	8 Mo KW 6	8 Mo KW 10	8 Do	8 Sa	8 Di	8 Do	8 So	8 Mi	8 Fr	8 Mo KW 45	8 Mi	8 Sa
9 Mi	9 Sa	9 Di	9 Di	9 Fr	9 So	9 Mi	9 Fr	9 Mo KW 32	9 Do	9 Sa	9 Di	9 Do	9 So
10 Do	10 So	10 Mi	10 Mi	10 Sa	10 Mo KW 19	10 Do	10 Sa	10 Di	10 Fr	10 So	10 Mi	10 Fr	10 Mo KW 2
11 Fr	11 Mo KW 2	11 Do	11 Do	11 So	11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi	11 Sa	11 Mo KW 41	11 Do	11 Sa	11 Di
12 Sa	12 Di	12 Fr	12 Fr	12 Mo KW 15	12 Mi	12 Sa	12 Mo KW 28	12 Do	12 So	12 Di	12 Fr	12 So	12 Mi
13 So	13 Mi	13 Sa	13 Sa	13 Di	13 Do Himmelfahrt	13 So	13 Di	13 Fr	13 Mo KW 37	13 Mi	13 Sa	13 Mo KW 50	13 Do
14 Mo KW 51	14 Do	14 So	14 So	14 Mi	14 Fr	14 Mo KW 24	14 Mi	14 Sa	14 Di	14 Do	14 So	14 Di	14 Fr
15 Di	15 Fr	15 Mo KW 7	15 Mo KW 11	15 Do	15 Sa	15 Di	15 Do	15 So	15 Mi	15 Fr	15 Mo KW 46	15 Mi	15 Sa
16 Mi	16 Sa	16 Di Fastnacht	16 Di	16 Fr	16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo KW 33	16 Do	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So
17 Do	17 So	17 Mi	17 Mi	17 Sa	17 Mo KW 20	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Fr	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo KW 3
18 Fr	18 Mo KW 3	18 Do	18 Do	18 So	18 Di	18 Fr	18 So	18 Mi	18 Sa	18 Mo KW 42	18 Do	18 Sa	18 Di
19 Sa	19 Di	19 Fr	19 Fr	19 Mo KW 16	19 Mi	19 Sa	19 Mo KW 29	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr	19 So	19 Mi
20 So	20 Mi	20 Sa	20 Sa	20 Di	20 Do	20 So	20 Di	20 Fr	20 Mo KW 38	20 Mi	20 Sa	20 Mo KW 51	20 Do
21 Mo KW 52	21 Do	21 So	21 So	21 Mi	21 Fr	21 Mo KW 25	21 Mi	21 Sa	21 Di	21 Do	21 So	21 Di	21 Fr
22 Di	22 Fr	22 Mo KW 8	22 Mo KW 12	22 Do	22 Sa	22 Di	22 Do	22 So	22 Mi	22 Fr	22 Mo KW 47	22 Mi	22 Sa
23 Mi	23 Sa	23 Di	23 Di	23 Fr	23 So Pfingstsonntag	23 Mi	23 Fr	23 Mo KW 34	23 Do	23 Sa	23 Di	23 Do	23 So
24 Do Heiligabend	24 So	24 Mi	24 Mi	24 Sa	24 Mo Pfingstmontag	24 Do	24 Sa	24 Di	24 Fr	24 So	24 Mi	24 Fr Heiligabend	24 Mo KW 4
25 Fr Weihnachten	25 Mo KW 4	25 Do	25 Do	25 So	25 Di KW 21	25 Fr	25 So	25 Mi	25 Sa	25 Mo KW 43	25 Do	25 Sa Weihnachten	25 Di
26 Sa Weihnachten	26 Di	26 Fr	26 Fr	26 Mo KW 17	26 Mi	26 Sa	26 Mo KW 30	26 Do	26 So	26 Di	26 Fr	26 So Weihnachten	26 Mi
27 So	27 Mi	27 Sa	27 Sa	27 Di	27 Do	27 So	27 Di	27 Fr	27 Mo KW 39	27 Mi	27 Sa	27 Mo KW 52	27 Do
28 Mo KW 53	28 Do	28 So	28 So	28 Mi	28 Fr	28 Mo KW 26	28 Mi	28 Sa	28 Di	28 Do	28 So	28 Di	28 Fr
29 Di	29 Fr		29 Mo KW 13	29 Do	29 Sa	29 Di	29 Do	29 So	29 Mi	29 Fr	29 Mo KW 48	29 Mi	29 Sa
30 Mi	30 Sa		30 Di	30 Fr	30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo KW 35	30 Do	30 Sa	30 Di	30 Do	30 So
31 Do Silvester	31 So		31 Mi		31 Mo KW 22		31 Sa	31 Di		31 So		31 Fr Silvester	31 Mo KW 5

$$M = \frac{q_l^2}{8}$$

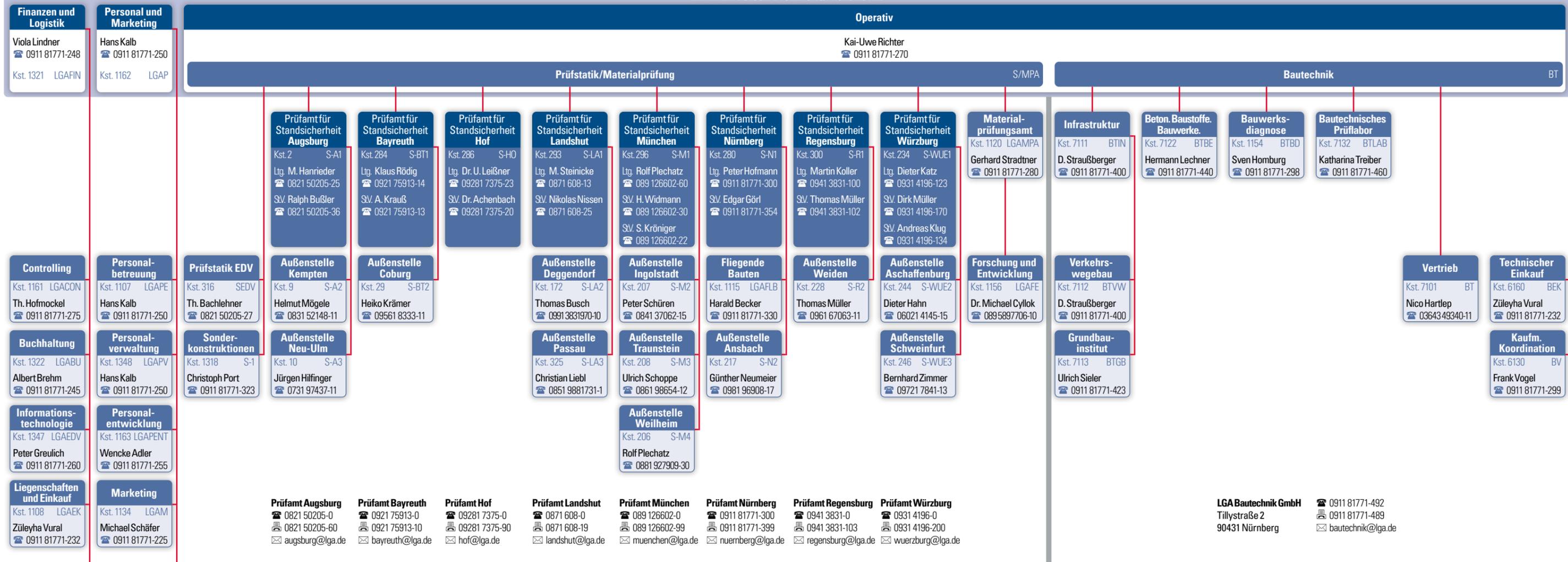
LGA LANDESGEWERBEANSTALT BAYERN
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

LGA BAUTECHNIK
GMBH

Ein Unternehmen der
LGA Landesgewerbeanstalt Bayern
Körperschaft des öffentlichen Rechts



ERWEITERTE GESCHÄFTSLEITUNG/PROKURISTEN



ORG-LGA-408_2 Version 1.20